

MEMORIAL

Journal Officiel
du Grand-Duché de
Luxembourg



MEMORIAL

Amtsblatt
des Großherzogtums
Luxemburg

RECUEIL DES SOCIÉTÉS ET ASSOCIATIONS

Le présent recueil contient les publications prévues par la loi modifiée du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales et par la loi modifiée du 21 avril 1928 sur les associations et les fondations sans but lucratif.

C — N° 164

21 janvier 2016

SOMMAIRE

Deka Vienne Rocher SARL	7864	Madev Holding Corporation S.A., SPF	7861
Eti International S.A.	7851	MEDCLEAN Luxembourg S.A.	7861
German Retail Portfolio 2 S.à.r.l.	7872	Menarini International Investment S.A. - Lu-	7861
GIA Finance S.A.	7872	xembourg	
Global I.T. SOLUTIONS	7872	Menarini International Operations Luxem-	7862
Global Logistic Solutions Luxembourg S.A.	7872	bourg S.A., en abrégé M.I.O.L. S.A.	
.....		Merck Finanz S.à r.l.	7863
Green Basil S.A.	7856	Merlin Lux Finco 1 S.à r.l.	7862
Guillaume Invest S.A.	7872	Morgarten Luxembourg S.à r.l.	7860
HT Holding Luxembourg S.A.	7856	Multipartner Sicav	7826
I.C.S. S.à r.l.	7871	Multiplex Luxembourg 1 S.à r.l.	7860
IMS, Inspiring More Sustainability	7857	Multiplex Luxembourg General Partner S.à	
Julius Baer Multipartner	7826	r.l.	7860
KCH Even Markt S.à r.l.	7863	Multiplex Luxembourg Limited Partner	
Kensal Holdings S.à.r.l.	7860	S.à.r.l.	7862
Kensal Holdings S.à.r.l.	7858	Ostwind S.à r.l.	7856
Le Premier Investment II S.C.A.	7863	PayPal 2 S.à r.l.	7869

**Multipartner Sicav, Société d'Investissement à Capital Variable,
(anc. Julius Baer Multipartner).**

Siège social: L-1661 Luxembourg, 25, Grand-rue.
R.C.S. Luxembourg B 75.532.

Im Jahre zweitausendundfünfzehn, am fünfzehnten Dezember.

Vor dem unterzeichneten Notar Henri Hellinckx, mit dem Amtssitz in Luxemburg (Großherzogtum Luxemburg).

Fand die außerordentliche Generalversammlung der Anteilseigner des JULIUS BAER MULTIPARTNER, einer Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital, welche ihren Geschäftssitz in 25, Grand-rue, L-1661 Luxembourg hat, (die „Gesellschaft“), gegründet in Luxemburg am 26. April 2000 durch Urkunde des Notars Jean-Joseph WAGNER, mit damaligem Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, welche im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations („Mémorial“) Nr. 456 vom 28. Juni 2000 veröffentlicht wurde, statt.

Die Gesellschaft ist eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister in Luxemburg, Sektion B unter der Nummer 75.532.

Die außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre („außerordentliche Generalversammlung“) wird um 11.20 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Nils KRUSE, Privatangestellter, berufsansässig in Luxemburg, eröffnet.

Dieser ernannt zum Schriftführer Frau Petra Eßer-Dannhauer, Privatangestellte, berufsansässig in Luxemburg.

Die außerordentliche Generalversammlung ernannt Frau Sandy Thier, Privatangestellte, berufsansässig in Luxemburg, zur Stimmzählerin.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der außerordentlichen Generalversammlung fest, dass:

- am 11. November 2015, eine erste außerordentliche Aktionärsversammlung einberufen wurde, welche nicht über die Tagesordnung abstimmen konnte;

- für diese zweite außerordentliche Aktionärsversammlung welche über dieselbe Tagesordnung entscheiden wird, die Namensaktionäre gemäß den gesetzlichen Vorschriften frist- und formgerecht am 12. November 2015 schriftlich zur Teilnahme an der außerordentlichen Generalversammlung eingeladen worden sind;

- die Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend am 12. November 2015 und am 28. November 2015 im „Wort“, im „Tageblatt“ sowie im „Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations“, dem Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg, veröffentlicht wurde;

- im Ausland die Veröffentlichungen wie folgt erfolgten:

Schweiz: am 12. und am 27. November 2015 auf www.fundinfo.com;

Belgien: am 12. und am 27. November 2015 auf www.fundinfo.com;

Deutschland: am 12. und am 27. November 2015 im Bundesanzeiger;

Finnland: am 12. und am 27. November 2015 im Kauppalehti;

Frankreich: am 12. und am 30. November 2015 im Balo;

Italien: am 12. und am 27. November 2015 auf www.jbfundnet.com;

Niederlande: am 12. und am 28. November 2015 im Het Financieele Dagblad;

Österreich: am 12. und am 28. November 2015 in der Wiener Zeitung;

Schweden: am 12. und am 28. November 2015 im Dagens Industri;

Spanien: am 12. und am 28. November 2015 im Expansión.

Die Tagesordnung der außerordentlichen Generalversammlung lautet wie folgt:

1) Umbenennung der Gesellschaft von JULIUS BAER MULTIPARTNER in MULTIPARTNER SICAV und entsprechende Anpassung von Art. 1 der Satzung der Gesellschaft.

2) Weitere Anpassungen der Satzung:

Verlorene und zerstörte Zertifikate - Art. 7: Vollständige Streichung des Artikels, da die Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt solche Zertifikate ausgegeben hat. Dadurch verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Artikel, d.h. alt Art. 8 wird neu zu Art. 7 usw.

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen - Art. 12 (neu Art. 11): Der erste Absatz wird unverändert als erster Absatz in Art. 13 (neu Art. 12 - „Einladungen“) eingefügt.

Einladungen - Art. 13 (neu Art. 12): Ergänzung des letzten Absatzes betreffend die speziellen Antragsrechte der Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, um folgenden Satz: „Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.“.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen - Art. 23 (neu Art. 22): Mitteilungen an die Aktionäre im Zusammenhang mit der Liquidation oder der Verschmelzung von Subfonds sollen künftig grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form erfolgen.

Verkaufspreis und Rücknahmepreis - Art. 27 (neu Art. 26): Es wird ein Absatz eingefügt, auf dessen Grundlage im Rechtsprospekt das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ vorgesehen werden kann.

Namensgebung der Gesellschaft - Art. 30: Aufgrund des Wegfallens des Namensbestandteils „Julius Baer“ (vgl. Tagesordnungspunkt 1) oben) wird dieser Artikel ersatzlos gestrichen. Dadurch verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Artikel nochmals, d.h. alt Art. 31 wird neu zu Art. 29 usw.

3) Ergänzung der Satzung durch die englische Übersetzung.

Die außerordentliche Generalversammlung ist somit ordnungsgemäß einberufen und kann rechtsgültig über sämtliche Punkte der Tagesordnung beraten und beschließen.

Der Vorsitzende stellt unter Zustimmung der außerordentlichen Generalversammlung darüber hinaus fest, dass:

- die anwesenden und die vertretenen Aktionäre und deren Bevollmächtigte sowie die Anzahl ihrer Aktien in einer Anwesenheitsliste aufgeführt sind, die von den anwesenden Aktionären und den Bevollmächtigten der vertretenen Aktionären sowie dem Schriftführer, der Stimmzählerin und dem Vorsitzenden unterzeichnet und diesem Protokoll beigelegt wird;

- sich aus der Anwesenheitsliste ergibt, dass 127.551 Aktien von insgesamt 32.216.635 ausgegebenen und sich im Umlauf befindlichen Aktien auf der außerordentlichen Generalversammlung anwesend oder vertreten sind.

Die Feststellungen des Vorsitzenden werden von der außerordentlichen Generalversammlung genehmigt.

Die außerordentliche Generalversammlung fasst mit 126.871 Pro-Stimmen und 680 Gegenstimmen die folgenden Beschlüsse:

Erster Beschluss

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt die Umbenennung der Gesellschaft von JULIUS BAER MULTIPARTNER in MULTIPARTNER SICAV und entsprechende Anpassung von Art. 1 der Satzung der Gesellschaft.

Zweiter Beschluss

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt die weitere Anpassung der Satzung hinsichtlich:

Verlorene und zerstörte Zertifikate - Art. 7: Vollständige Streichung des Artikels, da die Gesellschaft zu keinem Zeitpunkt solche Zertifikate ausgegeben hat. Dadurch verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Artikel, d.h. alt Art. 8 wird neu zu Art. 7 usw.

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen - Art. 12 (neu Art. 11): Der erste Absatz wird unverändert als erster Absatz in Art. 13 (neu Art. 12 - „Einladungen“) eingefügt.

Einladungen - Art. 13 (neu Art. 12): Ergänzung des letzten Absatzes betreffend die speziellen Antragsrechte der Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, um folgenden Satz: „Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.“.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen - Art. 23 (neu Art. 22): Mitteilungen an die Aktionäre im Zusammenhang mit der Liquidation oder der Verschmelzung von Subfonds sollen künftig grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form erfolgen.

Verkaufspreis und Rücknahmepreis - Art. 27 (neu Art. 26): Es wird ein Absatz eingefügt, auf dessen Grundlage im Rechtsprospekt das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ vorgesehen werden kann.

Namensgebung der Gesellschaft - Art. 30: Aufgrund des Wegfallens des Namensbestandteils „Julius Baer“ (vgl. Tagesordnungspunkt 1) oben) wird dieser Artikel ersatzlos gestrichen. Dadurch verschiebt sich die Nummerierung der nachfolgenden Artikel nochmals, d.h. alt Art. 31 wird neu zu Art. 29 usw.

Dritter Beschluss

Die außerordentliche Generalversammlung beschließt, der aktuellen Version der Satzung die entsprechende englische Übersetzung hinzuzufügen.

Die Satzung der Gesellschaft in deutscher und englischer Fassung hat fortan folgenden Wortlaut:

Die Gesellschaft

Art. 1. Unter dem Namen „MULTIPARTNER SICAV“ (die „Gesellschaft“) besteht eine „Investmentgesellschaft mit veränderlichem Kapital“ (SICAV).

Dauer

Art. 2. Die Gesellschaft besteht für einen unbegrenzten Zeitraum. Sie kann jederzeit durch einen Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft aufgelöst werden, sofern der Beschluss in der Form gemäß Art. 30 dieser Satzung erfolgt.

Gegenstand

Art. 3. Der ausschließliche Gegenstand der Gesellschaft ist die Anlage in übertragbare Wertpapiere jeder Art und/oder in andere liquide Finanzanlagen im Sinne von Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (das „Gesetz von 2010“) über Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapiere, zum Zwecke der Risikostreuung und um den Aktionären

das Ergebnis der Verwaltung des Anlagevermögens zukommen zu lassen. Die Gesellschaft kann jede Maßnahme treffen und alle Geschäfte durchführen, die sie als zur Erfüllung und Entwicklung ihres Gesellschaftszwecks nützlich erachtet, in dem Umfange, wie es das Gesetz von 2010 erlaubt.

Geschäftssitz

Art. 4. Der Geschäftssitz der Gesellschaft besteht in der Stadt Luxemburg, im Großherzogtum Luxemburg. Zweigniederlassungen oder andere Repräsentanten können entweder in Luxemburg oder im Ausland durch Beschluss des Verwaltungsrates der Gesellschaft (der „Verwaltungsrat“) errichtet werden.

Falls der Verwaltungsrat entscheidet, dass Ereignisse höherer Gewalt geschehen sind oder unmittelbar bevorstehen, welche die normalen Geschäftstätigkeiten der Gesellschaft an ihrem Geschäftssitz oder den laufenden Kontakt mit Personen im Ausland beeinträchtigen könnten, so kann der Geschäftssitz vorübergehend ins Ausland verlegt werden, bis diese außerordentlichen Umstände beendet sind. Derartige vorübergehende Maßnahmen haben keine Auswirkung auf die Nationalität der Gesellschaft, die eine Luxemburger Gesellschaft bleibt.

Gesellschaftskapital - Aktien

Art. 5. Das Gesellschaftskapital ist durch Anteile ohne Nennwert („Anteile“) dargestellt, die zusammen jederzeit dem Inventarwert der Gesellschaft entsprechen.

Das Mindestkapital der Gesellschaft entspricht in Schweizer Franken dem Gegenwert von einer Million zweihundertfünfzigtausend (1.250.000,-) Euro. Sofern ein oder mehrere Subfonds (wie unten definiert) in Anteile anderer Subfonds der Gesellschaft investiert sind, ist der Wert der relevanten Anteile zum Zweck der Überprüfung des gesetzlichen Mindestkapitals nicht mit zu berücksichtigen.

Der Verwaltungsrat ist ohne Einschränkung berechtigt, jederzeit Anteile zum Ausgabepreis pro Anteil gem. Artikel 26 dieser Satzung auszugeben, ohne den bestehenden Aktionären der Gesellschaft ein Anrecht auf die neuen Anteile zu gewähren. Der Verwaltungsrat kann jedem seiner Mitglieder oder einem Geschäftsführer der Gesellschaft oder jeder rechtmäßig ermächtigten Person die Befugnis übertragen, Zeichnungen anzunehmen und Zahlungen für solche neuen Anteile entgegenzunehmen und diese auszuhändigen.

Solche Anteile können gemäß Beschluss des Verwaltungsrates verschiedenen Anlagevermögen („Subfonds“) angehören und ebenfalls nach Beschluss des Verwaltungsrates in unterschiedlichen Währungen notiert sein. Der Verwaltungsrat kann außerdem bestimmen, dass innerhalb eines Subfonds zwei oder mehrere Kategorien von Anteilen („Anteilkategorie“) mit unterschiedlichen Merkmalen ausgegeben werden, wie z.B. eine spezifische Ausschüttungs- oder Thesaurierungspolitik, eine spezifische Gebührenstruktur oder andere spezifische Merkmale wie jeweils vom Verwaltungsrat bestimmt und im Rechtsprospekt („Rechtsprospekt“ bzw. „Prospekt“) der Gesellschaft beschrieben.

Der Erlös der Ausgabe jedes Subfonds wird gemäß Artikel 3 dieser Satzung in Wertpapiere (Wertrechte etc.; in der Folge „Wertpapiere“) bzw. in andere liquide Finanzanlagen investiert, die den Anlagebestimmungen entsprechen, die der Verwaltungsrat für die betreffenden Subfonds bestimmt.

Die Gesellschaft kann von Zeit zu Zeit Gratisanteile ausgeben, wobei der Inventarwert pro Anteil dann auf dem Wege eines Splits verkleinert wird.

Zur Bestimmung des Gesellschaftskapitals werden die Inventarwerte jedes Subfonds, die nicht in Schweizer Franken ausgedrückt sind, in Schweizer Franken umgerechnet, so dass das Gesellschaftskapital der Summe aller Inventarwerte aller Subfonds ausgedrückt in Schweizer Franken entspricht.

Namensanteile

Art. 6. Der Verwaltungsrat wird ausschließlich Namensanteile ausgeben. Inhaberanteile werden nicht ausgegeben.

Es werden keine Zertifikate über die ausgegebenen Anteile ausgestellt. Wenn ein Aktionär dies wünscht, wird ihm stattdessen eine Bestätigung seines Anteilsbesitzes ausgestellt und zugesandt, und es werden ihm dafür die üblichen Gebühren belastet. Die Gesellschaft kann Anteilsbestätigungen in einer Form ausstellen, die der Verwaltungsrat jeweils beschließen wird.

Es können Bruchteile von Anteilen ausgegeben werden, welche auf- oder abgerundet werden, gemäß den Bestimmungen des geltenden Rechtsprospektes der Gesellschaft.

Anteile werden nach Annahme der Zeichnung und vorbehaltlich der Zahlung des Kaufpreises (gem. Artikel 26 dieser Satzung) ausgegeben. Der Zeichner wird auf Wunsch die Bestätigung seiner Anteile innerhalb gesetzlich vorgeschriebener Fristen erhalten.

Zahlungen von Dividenden an Aktionäre erfolgen an ihre Anschrift im Gesellschaftsregister („Register“) oder an jene Anschrift, die der Gesellschaft schriftlich angegeben worden ist.

Die Aktionäre sämtlicher ausgegebenen Namensanteile der Gesellschaft werden im Register eingetragen, das von der Gesellschaft oder durch eine oder mehrere Personen/Firmen geführt wird, die hierzu vom Verwaltungsrat ernannt werden. In diesem Register soll der Name jedes Aktionärs, sein Wohnsitz oder der gewöhnliche Aufenthalt und die Anzahl, die Subfonds und Anteilkategorie der von ihm gehaltenen Anteile eingetragen werden. Die Übertragung und die Rückgabe eines Namensanteils werden in das Register eingetragen nach Zahlung einer üblichen Gebühr, die von der Gesellschaft für eine derartige Registrierung festgelegt wird.

Anteile sind frei von Beschränkungen der Übertragungsrechte und Ansprüchen zu Gunsten der Gesellschaft.

Die Übertragung von Anteilen erfolgt durch Eintragung in das Register ggf. anlässlich der Aushändigung der Bestätigungen über diese Anteile (soweit ausgegeben) zusammen mit solchen Dokumenten für die Übertragung, die der Gesellschaft notwendig erscheinen.

Sämtliche Mitteilungen und Ankündigungen der Gesellschaft an die Aktionäre können an die Adresse geschickt werden, die in das Register eingetragen wurde. Falls ein Aktionär diese Anschrift nicht mitteilt, kann eine entsprechende Notiz in das Register eingetragen werden. Infolgedessen kann die Gesellschaft davon ausgehen, die Anschrift des Aktionärs befände sich am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einer anderen Adresse, wie von der Gesellschaft beschlossen, bis der Aktionär der Gesellschaft eine andere Anschrift schriftlich mitteilt. Der Aktionär kann jederzeit seine in dem Register eingetragene Anschrift korrigieren, durch schriftliche Mitteilung an die Gesellschaft an deren Geschäftssitz oder an eine Anschrift, die die Gesellschaft bestimmt hat.

Im Falle der Ausgabe von Bruchteilsanteilen wird ein solcher Bruchteil in das Register eingetragen. Dieser Bruchteil beinhaltet keine Stimmberechtigung, jedoch berechtigt er, in dem Umfang wie von der Gesellschaft festgelegt, zu einem entsprechenden Anteil an der Dividende und am Liquidationserlös.

Einschränkung des Anteilbesitzes

Art. 7. Der Verwaltungsrat hat das Recht, die Einschränkungen (außer Einschränkung der Übertragung von Anteilen) zu erlassen, die er für notwendig erachtet, um sicherzustellen, dass keine Anteile der Gesellschaft oder Anteile eines Subfonds und/oder einer Anteilskategorie von einer Person (im folgenden „Ausgeschlossene Person“ genannt) erworben oder gehalten werden:

- a) welche die Gesetze oder Vorschriften eines Landes und/oder behördliche Verfügungen verletzt oder gemäß den Bestimmungen des Rechtsprospekts vom Anteilseigentum ausgeschlossen ist;
- b) deren Anteilsbesitz nach Meinung des Verwaltungsrats dazu führt, dass die Gesellschaft Steuerverbindlichkeiten bzw. andere finanzielle Nachteile erleidet, die sie ansonsten nicht erlitten hätte oder erleiden würde.

Die Gesellschaft kann demnach den Besitz von Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person einschränken oder untersagen. Hierfür kann die Gesellschaft:

- a) die Ausgabe von Anteilen oder die Registrierung von Anteilsübertragungen ablehnen, bis sie sich vergewissert hat, ob die Ausgabe oder die Registrierung dazu führen könnte, dass dadurch ein tatsächliches Eigentum an solchen Anteilen durch eine Ausgeschlossene Person begründet würde;
- b) jederzeit von jeder namentlich registrierten Person verlangen, dem Register alle Angaben zu liefern, die sie für notwendig erachtet zwecks Klärung der Frage, ob diese Anteile tatsächlich im Eigentum einer Ausgeschlossenen Person stehen oder stehen werden;
- c) falls die Gesellschaft der Überzeugung ist, dass eine Ausgeschlossene Person, entweder allein oder in Gemeinschaft mit einer anderen Person, rechtlicher oder tatsächlicher Eigner der Anteile ist, und falls diese Person die Anteile nicht einer berechtigten Person überträgt, kann die Gesellschaft zwangsweise von diesem Aktionär alle von ihm gehaltenen Anteile wie folgt zurücknehmen:

(1) die Gesellschaft wird dem Aktionär, der als der Eigner der erworbenen Anteile gilt, eine Aufforderung zustellen (nachstehend die „Rückgabe-Aufforderung“ genannt), wobei sie, wie oben beschrieben, die zurückzugebenden Anteile, den für diese Anteile zu zahlenden Preis und den Ort, wo der Kaufpreis im Hinblick auf diese Anteile zahlbar ist, bestimmt. Jede solche Rückgabe-Aufforderung kann einem solchen Aktionär auf dem Postweg zugestellt werden, durch frankiertes Einschreiben an die im Register der Gesellschaft eingetragene Anschrift des Aktionärs. Der Aktionär ist daraufhin verpflichtet, ggf. der Gesellschaft die Anteilsbestätigungen, auf die sich die Rückgabe-Aufforderung bezieht, zurückzugeben. Unmittelbar nach Geschäftsschluss am Tag, der in der Rückgabe-Aufforderung genannt ist, verliert der Aktionär sein Eigentumsrecht an den in der Rückgabe-Aufforderung genannten Anteilen, und sein Name wird im Register gelöscht.

(2) Der Preis (nachstehend „Rücknahmepreis“ genannt), zu dem die genannten Anteile gemäß Rückgabe-Aufforderung zurückgenommen werden, ist der Betrag, der dem Inventarwert der Anteile je Subfonds und Anteilskategorie entspricht, wie er in Übereinstimmung mit Artikel 24 dieser Satzung berechnet wird, abzüglich einer etwaigen Rücknahmegebühr gem. Artikel 22.

(3) Die Zahlung des Rücknahmepreises wird dem Aktionär solcher Anteile in der Währung des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie geleistet und wird durch die Gesellschaft bei einer Bank in Luxemburg oder an einem anderen Ort (wie in der Rückgabe-Aufforderung beschrieben) zur Zahlung, ggf. gegen Aushändigung der Anteilsbestätigungen oder gegen die Erbringung eines sonstigen für die Gesellschaft akzeptablen Eigentumsnachweises, hinterlegt werden. Nach Hinterlegung dieses Kaufpreises, verliert die Person die Rechte, die sie, wie in dieser Satzung und dem Rechtsprospekt aufgeführt, besaß, sowie alle weiteren Rechte an den Anteilen, oder irgendwelche Forderungen gegen die Gesellschaft oder deren Vermögenswerte; ausgenommen ist das Recht der als berechtigter Eigentümer erscheinenden Person, den so hinterlegten Rücknahmepreis (ohne Zinsen) seitens der Hinterlegungsstelle wie oben beschrieben zu erhalten.

(4) Die Ausübung der ihr gemäß diesem Artikel zustehenden Rechte durch die Gesellschaft kann in keinem Fall mit der Begründung in Frage gestellt oder als ungültig angesehen werden, dass kein ausreichender Nachweis des Eigentumsrechts von Anteilen einer Person vorgelegen hat, oder dass der tatsächliche oder rechtliche Eigner dieser Anteile ein anderer war,

als es gegenüber der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Rücknahmeaufforderung erschien, vorausgesetzt, dass die besagten Rechte durch die Gesellschaft in gutem Glauben ausgeübt worden sind;

d) die Stimmabgabe an einer Gesellschafterversammlung durch irgendeine Ausgeschlossene Person ablehnen.

Rechte der Generalversammlung der Aktionäre

Art. 8. Jede ordnungsgemäß abgehaltene Generalversammlung der Aktionäre stellt das oberste Organ der Gesellschaft dar. Deren Beschlüsse sind für alle Aktionäre verbindlich, unabhängig vom Subfonds oder von der Anteilskategorie, soweit diese Beschlüsse nicht in die Rechte der getrennten Versammlung der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie gemäß den nachfolgenden Bestimmungen eingreifen.

Die Generalversammlung der Aktionäre hat die weitest gehenden Befugnisse, alle Rechtshandlungen, die sich auf die Geschäfte der Gesellschaft beziehen, anzuordnen, auszuführen oder zu genehmigen.

Generalversammlung

Art. 9. Die jährliche Generalversammlung der Aktionäre wird in Übereinstimmung mit dem luxemburgischen Recht am Geschäftssitz der Gesellschaft oder an einem anderen in der Einladung genannten Ort in Luxemburg abgehalten und findet am 20. Oktober jeden Jahres um 16:00 Uhr statt. Falls dieser Tag kein Bankarbeitstag in Luxemburg ist, wird die Generalversammlung am nächstfolgenden Bankarbeitstag in Luxemburg abgehalten. Die Generalversammlung kann im Ausland abgehalten werden, falls außergewöhnliche Umstände dies gemäß freiem Ermessen des Verwaltungsrats erforderlich machen.

Andere Versammlungen können an dem Ort und zu dem Zeitpunkt abgehalten werden, die in der entsprechenden Einladung bestimmt sind.

Getrennte Versammlungen der Aktionäre

Art. 10. Getrennte Versammlungen der Aktionäre eines bestimmten Subfonds oder einer bestimmten Anteilskategorie können auf Antrag des Verwaltungsrats einberufen werden. Für die Beschlussfähigkeit und Abstimmungen gelten die in Artikel 11 dieser Satzung niedergelegten Regelungen sinngemäß. Eine getrennte Versammlung der Aktionäre kann bezüglich der betreffenden Subfonds oder Anteilskategorien über alle Angelegenheiten beschließen, die gemäß Gesetz oder dieser Satzung nicht der Generalversammlung oder dem Verwaltungsrat vorbehalten sind. Beschlüsse von getrennten Versammlungen der Aktionäre dürfen nicht in die Rechte von Aktionären anderer Subfonds oder Anteilskategorien eingreifen.

Beschlussfähigkeit und Abstimmungen

Art. 11. Jeder Anteil eines Subfonds oder einer Anteilskategorie hat, unabhängig vom Inventarwert des jeweiligen Anteils, das Recht auf eine Stimme, vorbehaltlich der durch diese Satzung oder das Gesetz auferlegten Einschränkungen.

Ein Aktionär kann an jeder Versammlung von Aktionären teilnehmen oder sich mittels einer brieflich oder durch Telegramm, Fernschreiben oder Fernkopierer oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form erteilten Vollmacht durch einen anderen Aktionär oder durch eine andere Person vertreten lassen.

Unter Vorbehalt anderslautender gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen werden Beschlüsse an einer ordnungsgemäß einberufenen Versammlung von Aktionären durch einfache Mehrheit der anwesenden oder durch Vollmacht vertretenen und abgegebenen Stimmen gefasst. Der Verwaltungsrat kann alle weiteren Bedingungen festlegen, die durch die Aktionäre zu erfüllen sind, um an einer Versammlung der Aktionäre teilnehmen zu können.

Falls die Gesellschaft nur einen einzigen Aktionär hat, übt letzterer alle Rechte aus, welche den Aktionären durch das Luxemburger Gesetz vom 10. August 1915 in seiner jeweils aktuellen Fassung (das „Gesetz von 1915“) und der vorliegenden Satzung zustehen. Die von einem solchen alleinigen Aktionär gefassten Beschlüsse werden in einem Protokoll niedergeschrieben.

Einladungen

Art. 12. Für die Einberufung von Generalversammlungen oder von getrennten Versammlungen von Aktionären gelten die gesetzlichen Fristen und Formalitäten.

Die Generalversammlung bzw. weitere Versammlungen der Aktionäre werden durch den Verwaltungsrat mittels Einladung einberufen, die die Tagesordnung enthält. Diese erfolgt durch Einschreiben wenigstens 8 Tage vor der Generalversammlung, wobei die gesetzlich geforderten Unterlagen und Informationen den Aktionären gemeinsam mit der Einladung zugesandt werden. Diese Unterlagen sind ferner 15 Tage vor der Generalversammlung am Gesellschaftssitz zur Einsicht verfügbar.

Die Einladung kann vorsehen, dass die Beschlussfähigkeit und Mehrheitserfordernisse auf Grundlage derjenigen Anteile festgestellt werden, welche am fünften Tag, welcher der Generalversammlung um 24 Uhr (Luxemburger Zeit) vorausgeht, ausgegeben und im Umlauf sind. Die Rechte eines Aktionärs zur Teilnahme und Abstimmung bei einer Generalversammlung richten sich ebenfalls nach seinem Anteilsbesitz zu diesem Zeitpunkt.

Auf Verlangen von Aktionären, die mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, muss eine Generalversammlung einberufen werden.

Ferner können ein oder mehrere Aktionäre, welche mindestens ein Zehntel des Gesellschaftskapitals vertreten, verlangen, dass eine Generalversammlung einberufen wird und dass Abstimmungspunkte der Tagesordnung hinzugefügt werden. Der entsprechende Antrag ist mindestens fünf (5) Tage vor der Generalversammlung per Einschreiben an den Sitz der Gesellschaft zu richten.

Der Verwaltungsrat

Art. 13. Die Gesellschaft wird durch den Verwaltungsrat geführt, der sich aus mindestens drei Mitgliedern zusammensetzt, die nicht Aktionäre sein müssen.

Die Verwaltungsratsmitglieder werden durch die Aktionäre anlässlich der Generalversammlung für eine Dauer von maximal sechs (6) Jahren gewählt und sind wiederwählbar. Sollte die Stelle eines Verwaltungsratsmitglieds infolge von Tod, Rücktritt oder in sonstiger Weise nicht mehr besetzt sein, können die verbliebenen Verwaltungsratsmitglieder auf dem Weg der Nachwahl mit einfacher Stimmenmehrheit ein Verwaltungsratsmitglied wählen, das die unbesetzte Stelle bis zur nächsten Generalversammlung besetzen wird.

Ein Verwaltungsratsmitglied kann jederzeit mit oder ohne Grund durch Beschluss der Generalversammlung der Aktionäre abberufen und/oder ersetzt werden. An der Generalversammlung kann nur eine Person, die dem Verwaltungsrat bis zu diesem Zeitpunkt angehörte, als Mitglied des Verwaltungsrates gewählt werden, es sei denn, diese Person

(1) wird vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen, oder

(2) ein Aktionär, der bei der anstehenden Generalversammlung, die den Verwaltungsrat bestimmt, voll stimmberechtigt ist, unterbreitet dem Vorsitzenden - oder wenn dies unmöglich sein sollte, einem anderen Verwaltungsratsmitglied - schriftlich nicht weniger als sechs und nicht mehr als 30 Tage vor dem für die Generalversammlung vorgesehenen Datum seine Absicht, eine andere Person als seiner selbst zur Wahl oder zur Wiederwahl vorzuschlagen, zusammen mit einer schriftlichen Bestätigung dieser Person, sich zur Wahl stellen zu wollen, wobei jedoch der Vorsitzende der Generalversammlung unter der Voraussetzung einstimmiger Zustimmung aller anwesenden Aktionäre den Verzicht auf die oben aufgeführten Erklärungen beschließen kann und die solcherweise nominierte Person zur Wahl vorschlagen kann.

Interne Organisation des Verwaltungsrates

Art. 14. Der Verwaltungsrat wird aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, sowie gegebenenfalls einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende wählen. Er kann auch einen Sekretär ernennen, der nicht Mitglied des Verwaltungsrats zu sein braucht und für die Protokolle der Verwaltungsratssitzung und der Generalversammlung verantwortlich ist.

Der Vorsitzende führt den Vorsitz der Verwaltungsratssitzungen. In seiner Abwesenheit ernennen die Verwaltungsratsmitglieder eine andere Person zum vorübergehenden Vorsitzenden durch Mehrheitsbeschluss der Anwesenden.

Eine Sitzung des Verwaltungsrats kann durch den Vorsitzenden oder durch zwei Mitglieder des Verwaltungsrates am in der Einladung angegebenen Sitzungsort unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.

Briefliche, telegrafische, elektronische oder Telefaxeinladungen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats erfolgen an alle Mitglieder mindestens 24 Stunden vor Beginn einer solchen Sitzung, mit Ausnahme dringender Umstände, in welchem Falle diese in der Einladung anzuführen sind.

Unter Vorbehalt der nachfolgenden Bestimmungen ist der Verwaltungsrat nur bei einer ordnungsgemäß erfolgten Einberufung der Sitzung beschlussfähig.

Mit Zustimmung aller Verwaltungsratsmitglieder kann auf ein Einberufungsschreiben verzichtet werden. Eine Einberufung ist nicht erforderlich für Sitzungen, deren Daten durch Verwaltungsratsbeschluss im Voraus festgelegt worden sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied kann sich bei einer Verwaltungsratssitzung durch ein anderes Mitglied des Verwaltungsrats vertreten lassen. Die Vollmachtserteilung erfolgt brieflich, per Telegramm, Fernschreiber oder Fernkopierer oder in jeder anderen Form wie vom Verwaltungsrat beschlossen.

Vorbehaltlich der nachfolgenden Ausnahmen kann der Verwaltungsrat nur rechtsgültig beraten oder beschließen, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend oder vertreten sind, wobei eine Teilnahme durch Telefon oder Videokonferenz oder in jeder anderen vom Verwaltungsrat beschlossenen Form gestattet ist. Beschlüsse werden durch Mehrheit der Stimmen der an einer Sitzung anwesenden oder vertretenen Verwaltungsratsmitglieder gefasst. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats hat bei Stimmgleichheit den Stichentscheid.

Die Verwaltungsratsmitglieder können auch auf dem Zirkularwege einen Beschluss herbeiführen, durch schriftliche Zustimmung auf einer oder mehreren gleichlautenden Urkunden.

Der Verwaltungsrat kann auch einzelne Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte mit der Gesamtheit oder einem Teil der täglichen Geschäftsführung oder die Vertretung der Gesellschaft mit den vom Verwaltungsrat beschlossenen Befugnissen betrauen. Derartige Ernennungen können jederzeit vom Verwaltungsrat zurückgenommen werden.

Der Verwaltungsrat kann nach freiem Ermessen auch bestimmte Vollmachten und Kompetenzen auf ein Gremium übertragen, das aus von ihm ernannten Personen (gleich ob Verwaltungsratsmitglieder oder Dritte) besteht.

Des Weiteren kann der Verwaltungsrat zur Unterstützung seiner Geschäftstätigkeit einen Beirat ernennen. Eine Entscheidungsbefugnis kommt dem Beirat nicht zu.

Protokolle der Verwaltungsratssitzungen

Art. 15. Die Protokolle jeder Verwaltungsratssitzung werden durch den Vorsitzenden derselben und ein anderes Verwaltungsratsmitglied oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats unterzeichnet. Abschriften oder Auszüge solcher Protokolle, die für Rechtsverfahren oder für andere Rechtszwecke erstellt werden, sind durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder oder durch den Sekretär des Verwaltungsrats und ein Verwaltungsratsmitglied zu unterzeichnen.

Festlegung der Anlagepolitik

Art. 16. Der Verwaltungsrat ist mit den Kompetenzen ausgestattet, alle Verwaltungshandlungen und Verfügungen im Gesellschaftsinteresse auszuführen, welche nicht ausdrücklich durch Gesetz oder durch diese Satzung der Generalversammlung vorbehalten sind.

Vorbehaltlich derjenigen Angelegenheiten, die den Aktionären in der Generalversammlung gemäß Satzung zustehen und gemäß der vorstehenden Einschränkungen, ist der Verwaltungsrat befugt, insbesondere die Anlagepolitik für jeden Subfonds nach dem Grundsatz der Risikostreuung zu bestimmen, unter Beachtung der Anlagebeschränkungen gemäß Gesetz, Verordnungen sowie Verwaltungsratsbeschlüssen.

Der Verwaltungsrat der Gesellschaft kann bestimmen, dass das Vermögen der Gesellschaft wie folgt angelegt wird:

a) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente:

- die an einem geregelten Markt (im Sinne der Richtlinie 2004/39/EG) notiert oder gehandelt werden;
- die an einem anderen geregelten Markt eines Mitgliedstaates der Europäischen Union („EU“), der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden;
- die an einer Wertpapierbörse eines Drittstaates amtlich notiert oder an einem anderen geregelten Markt eines Drittstaates, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, gehandelt werden. In diesem Zusammenhang bedeutet „Drittland“ alle Länder Europas, die kein Mitgliedsstaat der EU sind, und alle Länder Nord- und Südamerikas, Afrikas, Asiens und des Pazifikbeckens.

b) In Wertpapiere und Geldmarktinstrumente aus Neuemissionen, sofern die Emissionsbedingungen die Verpflichtung enthalten, dass die Zulassung zur amtlichen Notierung an einer Wertpapierbörse oder an einem anderen geregelten Markt, wie in Punkt a) beschrieben, der anerkannt, für das Publikum offen und dessen Funktionsweise ordnungsgemäß ist, beantragt wird und die Zulassung spätestens vor Ablauf eines Jahres nach der Emission erlangt wird.

c) In Anteile von nach der Richtlinie 2009/65/EG zugelassenen Organismen für Gemeinsame Anlagen in Wertpapiere („OGAW“) und/oder anderen Organismen für Gemeinsame Anlagen („OGA“) im Sinne von Artikel 1 Absatz (2) erster und zweiter Gedankenstrich der Richtlinie 2009/65/EG mit Sitz in einem Mitgliedstaat der EU oder einem Drittstaat, sofern:

- diese anderen OGA nach Rechtsvorschriften zugelassen wurden, die sie einer behördlichen Aufsicht unterstellen, welche nach Auffassung der Commission de Surveillance du Secteur Financier („CSSF“) derjenigen nach dem Gemeinschaftsrecht der EU gleichwertig ist, und ausreichende Gewähr für die Zusammenarbeit zwischen den Behörden besteht;
- das Schutzniveau der Anteilinhaber der anderen OGA dem Schutzniveau der Anteilinhaber eines OGAW gleichwertig ist und insbesondere die Vorschriften für die getrennte Verwahrung des Fondsvermögens, die Kreditaufnahmen, die Kreditgewährung und Leerverkäufe von Wertpapieren und Geldmarktinstrumenten den Anforderungen der Richtlinie 2009/65/EG gleichwertig sind;
- die Geschäftstätigkeit der anderen OGA Gegenstand von Halbjahres- und Jahresberichten ist, die es erlauben, sich ein Urteil über das Vermögen und die Verbindlichkeiten, die Erträge und die Transaktionen im Berichtszeitraum zu bilden;
- der OGAW oder dieser andere OGA, dessen Anteile erworben werden sollen, nach seinen Gründungsunterlagen insgesamt höchstens 10% seines Vermögens in Anteilen anderer OGAW oder anderer OGA anlegen darf.

d) In Sichteinlagen oder kündbare Einlagen mit einer Laufzeit von höchstens zwölf (12) Monaten bei qualifizierten Kreditinstituten, die ihren Gesellschaftssitz in einem Mitgliedstaat der EU oder in einem Mitgliedstaat der OECD oder in einem Land, das die Beschlüsse der Financial Actions Task Force („FATF“ bzw. Groupe d'Action Financière Internationale „GAFI“) ratifiziert hat, haben (ein „Qualifiziertes Kreditinstitut“).

e) In Geldmarktinstrumente, die nicht auf einem geregelten Markt gehandelt werden und die unter die Definition des Artikel 1 des Gesetzes von 2010 fallen, sofern die Emission oder der Emittent dieser Instrumente selbst Vorschriften über den Einlagen- und den Anlegerschutz unterliegt, und vorausgesetzt sie werden:

- von einer zentralstaatlichen, regionalen oder lokalen Körperschaft oder der Zentralbank eines Mitgliedstaats der EU, der Europäischen Zentralbank, der EU oder der Europäischen Investitionsbank, einem Drittstaat oder, im Falle eines Bundesstaates, einem Gliedstaat der Föderation oder von einer internationalen Einrichtung öffentlich-rechtlichen Charakters, der mindestens ein Mitgliedstaat der EU angehört, begeben oder garantiert; oder
- von einem Unternehmen begeben, dessen Wertpapiere auf den unter (a) bezeichneten geregelten Märkten gehandelt werden; oder
- von einem Institut, das gemäß den im Gemeinschaftsrecht der EU festgelegten Kriterien einer Aufsicht unterstellt ist, oder einem Institut, das Aufsichtsbestimmungen, die nach Auffassung der CSSF mindestens so streng sind wie die des Gemeinschaftsrechts der EU, unterliegt und diese einhält, begeben oder garantiert; oder

- von anderen Emittenten begeben, die einer Kategorie angehören, die von der CSSF zugelassen wurde, sofern für Anlagen in diesen Instrumenten Vorschriften für den Anlegerschutz gelten, die denen des ersten, des zweiten oder des dritten Gedankenstrichs gleichwertig sind und sofern es sich bei den Emittenten entweder um ein Unternehmen mit einem Eigenkapital von mindestens zehn (10) Mio. Euro, das seinen Jahresabschluss nach den Vorschriften der 4. Richtlinie 78/660/EWG erstellt und veröffentlicht, oder um einen Rechtsträger, der innerhalb einer eine oder mehrere börsennotierte Gesellschaften umfassenden Unternehmensgruppe für die Finanzierung dieser Gruppe zuständig ist, oder um einen Rechtsträger handelt, der die wertpapiermäßige Unterlegung von Verbindlichkeiten durch Nutzung einer von einer Bank eingeräumten Kreditlinie finanzieren soll.

f) In Derivate einschließlich gleichwertiger bar abgerechneter Instrumente, die an einem wie unter dem vorstehenden Buchstaben a) bezeichneten geregelten Markt gehandelt werden und/oder freihändig gehandelte („over the counter“ oder „OTC-Derivate“), sofern:

- es sich bei den Basiswerten um Instrumente im Sinne von Artikel 41 Absatz (1) des Gesetzes von 2010, um Finanzindizes, Zinssätze, Wechselkurse oder Währungen handelt, in die die Gesellschaft gemäß ihren Anlagezielen anlegen darf,

- die Gegenparteien bei Geschäften mit OTC-Derivaten einer behördlichen Aufsicht unterliegende Institute der Kategorien sind, die von der CSSF zugelassen wurden, und

- die OTC-Derivate einer zuverlässigen und überprüfaren Bewertung auf Tagesbasis unterliegen und jederzeit auf Initiative der Gesellschaft zum angemessenen Zeitwert veräußert, liquidiert oder durch ein Gegengeschäft glattgestellt werden können.

Jedoch kann die Gesellschaft höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in andere als die unter a) bis e) genannten Wertpapiere und Geldmarktinstrumente sowie, wenn keine darüber hinausgehenden Anlagen in Zielfonds im jeweiligen Besonderen Teil des Rechtsprospekts ausdrücklich zugelassen werden, höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Zielfonds (d.h. Anteile in OGAW und/oder anderen OGA im Sinne von Ziffer c) oben) anlegen. Der Verwaltungsrat kann jedoch in Übereinstimmung mit Kapitel 9 des Gesetzes von 2010 und unter den dort festgelegten Voraussetzungen beschließen, dass ein Subfonds („Feeder“) mindestens 85% seines Vermögens in Anteile eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen), der nach der EU-Richtlinie 2009/65/EG zugelassen ist, der nicht selbst ein Feeder ist und keine Anteile eines Feeders hält, investiert. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich entsprechend im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Die Gesellschaft legt höchstens 10% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapieren oder Geldmarktinstrumenten ein und desselben Emittenten an. Die Gesellschaft legt höchstens 20% des Inventarwertes eines pro Subfonds in Einlagen bei ein und derselben Einrichtung an.

Die Obergrenze des ersten Satzes des vorhergehenden Absatzes wird auf 35% angehoben, wenn die Wertpapiere oder Geldmarktinstrumente von einem EU-Mitgliedstaat oder seinen Gebietskörperschaften, von einem Drittstaat oder von internationalen Einrichtungen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen mindestens ein EU-Mitgliedstaat angehört, begeben oder garantiert werden.

Abweichend von den vorhergehenden Absätzen ist die Gesellschaft ermächtigt, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Risikostreuung bis zu 100% des Inventarwertes pro Subfonds in Wertpapiere und Geldmarktinstrumente verschiedener Emissionen zu investieren, die von einem Mitgliedstaat der EU oder seinen Gebietskörperschaften oder einem Mitgliedstaat der OECD oder von internationalen Organisationen öffentlich-rechtlichen Charakters, denen ein oder mehrere Mitgliedstaaten der EU angehören, begeben oder garantiert werden, allerdings mit der Maßgabe, dass der Subfonds Wertpapiere und Geldmarktinstrumente von mindestens sechs unterschiedlichen Emissionen halten muss, wobei die Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einer Emission höchstens 30% des Inventarwertes des Subfonds ausmachen dürfen.

Sofern mehrere Subfonds bestehen, kann ein Subfonds unter den in Artikel 181 Absatz 8 des Gesetzes von 2010 festgelegten Voraussetzungen in andere Subfonds der Gesellschaft investieren.

Darüber hinaus wird sich die Gesellschaft an alle weiteren Einschränkungen halten, die von den Aufsichtsbehörden jener Länder vorgeschrieben werden, in denen Anteile zum öffentlichen Vertrieb zugelassen sind.

Im Falle, dass eine Änderung des Gesetzes von 2010 zu wesentlichen Abweichungen führt, kann der Verwaltungsrat beschließen, dass sich solche neuen Bestimmungen anwenden.

Pooling und „Co-Management“

Art. 17. Die Verwaltung der Vermögenswerte eines Subfonds kann mittels „Pooling“ erfolgen.

In diesem Fall werden Vermögen verschiedener Subfonds zusammen verwaltet. Derartige zusammen verwaltete Vermögen werden als „Pool“ bezeichnet, wobei jedoch solche „Pools“ ausschließlich für interne Verwaltungszwecke verwendet werden. Die „Pools“ haben keine eigene Rechtspersönlichkeit und sind nicht direkt zugänglich für die Aktionäre. Jedem Subfonds, welcher zusammen mit anderen Subfonds verwaltet wird, sind buchhalterisch seine spezifischen Vermögen zuzuordnen.

Wenn Vermögen eines oder mehrerer Subfonds zusammen verwaltet werden, werden die Vermögen, welche jedem teilnehmenden Subfonds zugeteilt werden, zunächst gemäß ihrer ersten Zuteilung von Vermögen in einen solchen „Pool“ bestimmt und werden im Falle von zusätzlichen Zeichnungen oder Rücknahmen im Verhältnis zu derartigen Zeichnungen und Rücknahmen proportional abgeändert.

Die Ansprüche jedes teilnehmenden Subfonds auf die gemeinsam verwalteten Vermögen finden auf all und jede Anlagen jenes „Pools“ Anwendung.

Zusätzliche Anlagen, welche im Namen von gemeinsam verwalteten Subfonds getätigt werden, werden diesen Subfonds gemäß ihren respektiven Rechten zugeteilt und Vermögenswerte, welche verkauft werden, werden in der gleichen Art und Weise von den betreffenden Vermögenswerten jedes teilnehmenden Subfonds entnommen.

Des Weiteren, soweit dies mit der Anlagepolitik der betreffenden Subfonds zu vereinbaren ist, kann der Verwaltungsrat mit Blick auf eine effiziente Verwaltung bestimmen, dass das ganze oder ein Teil des Vermögens eines oder mehrerer Subfonds im Rahmen des „Co-Management“ gemeinsam mit dem Vermögen anderer OGA, wie im Rechtsprospekt beschrieben, verwaltet wird. Die vorstehenden Regelungen gelten in diesem Fall mutatis mutandis.

Unvereinbarkeitsbestimmungen

Art. 18. Kein Vertrag oder sonstige Tätigkeit zwischen der Gesellschaft und irgendeiner anderen Gesellschaft oder Firma wird durch den Umstand beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Verwaltungsratsmitglieder oder Geschäftsführer der Gesellschaft in einer anderen Gesellschaft Verwaltungsratsmitglied, Aktionäre, Geschäftsführer oder Angestellter oder sonst wie persönlich an einer solchen Gesellschaft oder Firma beteiligt sind.

Jedes Verwaltungsratsmitglied oder jedes andere Organ der Gesellschaft, das als Verwaltungsratsmitglied, Aktionäre, Geschäftsführer oder Angestellter einer anderen Gesellschaft oder Firma dient, mit der die Gesellschaft vertragliche Beziehungen eingeht oder sonst wie Geschäfte tätigt, ist infolge einer solchen Verbindung mit der anderen Gesellschaften oder Firma, nicht verhindert für die Gesellschaft tätig zu sein und über deren Rechtsgeschäfte zu entscheiden.

Falls ein Verwaltungsratsmitglied oder ein Geschäftsführer der Gesellschaft ein persönliches Interesse an einem Geschäft der Gesellschaft hat, muss er dieses persönliche Interesse dem Verwaltungsrat zur Kenntnis bringen und darf sich nicht mit solchen Geschäften befassen oder darüber abstimmen. Derartige Rechtsgeschäfte und Interessen eines Verwaltungsratsmitglieds oder Geschäftsführers sind bei der nächsten Generalversammlung offenzulegen.

Die vorstehenden Bestimmungen werden nicht angewandt, wenn die betreffenden Geschäfte im Rahmen des alltäglichen Geschäftsgangs zu üblichen Bedingungen ausgeführt werden.

Freistellung

Art. 19. Die Gesellschaft wird jedes Verwaltungsratsmitglied oder jeden Geschäftsführer, oder deren Erben, Testamentsvollstrecker oder Verwalter von allen vernünftigerweise aufgewandten Kosten im Zusammenhang mit irgendeinem Rechtsstreit/Klage oder gerichtlichen Verfahren freistellen, in das sie als Partei einbezogen wurden, als Folge ihrer Eigenschaft als aktives oder vormaliges Verwaltungsratsmitglied oder als Geschäftsführer der Gesellschaft oder, auf Verlangen der Gesellschaft, aufgrund einer Funktion bei einem anderen Unternehmen, mit dem die Gesellschaft vertraglich verbunden ist oder dessen Gläubiger sie ist, falls sie bei einem solchen Rechtsstreit oder Klage nicht von jeder Verantwortung freigestellt werden. Ausgenommen sind Vorkommnisse, für welche sie rechtskräftig aufgrund einer Klage oder einem Rechtsverfahren wegen grober Fahrlässigkeit oder schlechter Geschäftsführung verurteilt werden. Im Falle eines Vergleichs wird Schadenersatz nur im Zusammenhang mit Angelegenheiten geleistet, die durch den Vergleich gedeckt sind und hinsichtlich welcher die Gesellschaft von ihren Rechtsanwälten eine Bestätigung bekommt, dass die haftungspflichtige Person keine Pflichtverletzung trifft. Die vorstehenden Rechte auf Freistellung schließen andere Rechte nicht aus, auf die vorgenannten Personen einen berechtigten Anspruch haben.

Vertretung

Art. 20. Die Gesellschaft wird durch die gemeinsamen Unterschriften von zwei Verwaltungsratsmitgliedern der Gesellschaft verpflichtet oder - falls der Verwaltungsrat entsprechende Beschlüsse gefasst hat - durch gemeinsame Unterschriften eines Verwaltungsrats mit einem Geschäftsführer, Prokuristen oder anderen Bevollmächtigten bzw. durch die Einzel- oder gemeinsame Unterschrift solcher bevollmächtigter Personen für bestimmte Einzelgeschäfte oder Geschäftsbereiche, denen dazu durch Verwaltungsratsbeschluss oder durch zwei Verwaltungsratsmitglieder die entsprechenden Befugnisse erteilt wurden.

Wirtschaftsprüfer

Art. 21. Die Generalversammlung der Gesellschaft ernennt einen Wirtschaftsprüfer („réviseur d'entreprise agréé“), der die in Artikel 154 des Gesetzes von 2010 beschriebenen Pflichten gegenüber der Gesellschaft wahrnimmt.

Rücknahme und Umtausch von Anteilen

Art. 22.

Rücknahme

Wie nachfolgend im Einzelnen geregelt, hat die Gesellschaft das Recht, ihre Anteile jederzeit innerhalb der durch das Gesetz vorgesehenen Einschränkung bezüglich des Mindestkapitals zurückzukaufen.

Jeder Aktionär kann beantragen, dass die Gesellschaft sämtliche oder einen Teil seiner Anteile zurückkauft, unter dem Vorbehalt, des Aufschiebs von Rücknahmen (wie nachstehend definiert).

Der Verwaltungsrat kann beschließen, die Rücknahme oder den Umtausch von Anteilen aufzuschieben, wenn bei der Gesellschaft an einem Bewertungstag oder über einen im Prospekt definierten Zeitraum von mehreren Bewertungstagen Rücknahme- oder Umtauschgesuche eingehen, die einen in Prospekt festgelegten Prozentsatz der ausstehenden Anteile eines Subfonds übersteigen. Der Verwaltungsrat definiert die maximale Dauer des Aufschubs im Prospekt. Diese Rücknahme- und Umtauschanträge werden gegenüber später eingegangenen Anträgen bevorzugt behandelt.

Soweit nichts anderes im Rechtsprospekt bestimmt ist, wird der Rücknahmepreis üblicherweise innerhalb von fünf Bankarbeitstagen in Luxemburg nach dem betreffenden Bewertungstag bezahlt. Der Rücknahmepreis wird auf der Grundlage des Inventarwerts pro Anteil des jeweiligen Subfonds bzw. der betreffenden Anteilskategorie in Übereinstimmung mit den Vorschriften des Artikels 24 dieser Satzung berechnet, abzüglich einer Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils beschlossen und im Rechtsprospekt beschrieben wird.

Sollte im Falle von Rücknahmen aufgrund von außergewöhnlichen Umständen die Liquidität des Anlagevermögens eines Subfonds nicht für die Zahlung innerhalb dieses Zeitraums ausreichen, wird die Zahlung so bald wie möglich durchgeführt werden, jedoch, soweit rechtlich zulässig, ohne Zinsen.

Der Antrag auf Rücknahme der Anteile ist vom Aktionär schriftlich direkt an die Gesellschaft oder an eine der Vertriebsstellen bis zu dem im Rechtsprospekt festgelegten Zeitpunkt vor dem Bewertungstag zu richten, an dem die Anteile zurückgegeben werden sollen. Ein ordnungsgemäß erteilter Rücknahmeantrag ist unwiderruflich, außer im Falle und während einer Aussetzung oder Aufschiebung der Rücknahme. Zurückgenommene Anteile werden annulliert.

Umtausch

Jeder Aktionär kann grundsätzlich den gänzlichen oder teilweisen Umtausch seiner Anteile in Anteile eines anderen Subfonds an einem für beide Subfonds geltenden Bewertungstag sowie innerhalb eines Subfonds einen Umtausch zwischen verschiedenen Anteilskategorien beantragen, gemäß einer im Rechtsprospekt beschriebenen Umtauschformel und nach den Grundsätzen und gegebenenfalls Einschränkungen, wie sie vom Verwaltungsrat für jeden Subfonds festgelegt worden sind.

Der Verwaltungsrat ist berechtigt, den Umtausch der Anteile eines Subfonds in Anteile eines anderen Subfonds oder innerhalb eines Subfonds in andere Anteilskategorien Einschränkungen und Bedingungen zu unterwerfen, die im jeweils geltenden Rechtsprospekt dargelegt sind. Dabei kann der Verwaltungsrat insbesondere:

- die Frequenz von Umtauschanträgen begrenzen;
- den Umtausch von Anteilskategorien bzw. in Anteile unterschiedlicher Subfonds mit einer Gebühr belasten;
- den Umtausch zwischen Anteilskategorien innerhalb eines Subfonds ausschließen.

Liquidation

Sofern, gleich aus welchem Grund, der Inventarwert der Vermögenswerte eines Subfonds unter einen bestimmten Betrag sinkt, welcher vom Verwaltungsrat als angemessenes Mindestvolumen für den betreffenden Subfonds festgelegt ist, bzw. diesen Betrag nicht erreicht, oder, falls der Verwaltungsrat es für angebracht hält, wegen Veränderungen der wirtschaftlichen oder politischen Gegebenheiten, welche für den betreffende Subfonds von Einfluss sind, oder falls es im Interesse der Aktionäre ist, kann der Verwaltungsrat, alle (aber nicht nur einige) Anteile des betreffenden Subfonds zu einem Rücknahmepreis, welcher die vorweggenommenen Realisations- und Liquidationskosten für die Schließung des betreffenden Subfonds widerspiegelt, jedoch ohne eine sonstige Rücknahmegebühr, zurücknehmen.

Die Schließung eines Subfonds verbunden mit der zwangsweisen Rücknahme aller betreffenden Anteile aus anderen Gründen, als den im vorherigen Absatz angegebenen, kann nur mit dem vorherigen Einverständnis der Aktionäre dieses zu schließenden Subfonds auf einer ordnungsgemäß einberufenen getrennten Versammlung der Aktionäre des betroffenen Subfonds, welche wirksam ohne Quorum gehalten wird und mit einer Mehrheit von 50% der anwesenden oder vertretenen Anteile entscheiden kann, beschlossen werden.

Sofern ein Subfonds Feeder eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, führt die Liquidation oder Verschmelzung dieses anderen OGAW (oder dessen Subfonds) zur Liquidation des Feeders, es sei denn, der Feeder ändert mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde seine Anlagepolitik im Rahmen der Grenzen des Teils 1 des Gesetzes von 2010. Eine solche Möglichkeit ist erst dann eröffnet, wenn dies ausdrücklich im Rechtsprospekt eingeführt wird.

Liquidationserlöse, welche den Aktionären bei der Beendigung der Liquidation eines Subfonds nicht ausgezahlt werden konnten, werden bei der Caisse de Consignation in Luxemburg hinterlegt und verfallen nach dreißig (30) Jahren.

Die Gesellschaft hat die Aktionäre über die Liquidation zu informieren. Diese Mitteilung erfolgt grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form.

Verschmelzung

Der Verwaltungsrat kann ferner jeden Subfonds mit einem anderen Subfonds der Gesellschaft oder mit einem anderen OGAW gemäß Richtlinie 2009/65/EG oder einem Subfonds eines solchen verschmelzen.

Eine vom Verwaltungsrat beschlossene Verschmelzung, welche gemäß den Bestimmungen von Kapitel 8 des Gesetzes von 2010 durchzuführen ist, ist für die Aktionäre des betreffenden Subfonds nach Ablauf einer dreißigtägigen Frist von der diesbezüglichen Unterrichtung der betreffenden Aktionäre an bindend. Die vorgenannte Frist endet fünf (5) Bankarbeitstage vor dem für die Verschmelzung maßgebenden Bewertungstag.

Die Gesellschaft hat die Aktionäre über die Verschmelzung zu informieren. Diese Mitteilung erfolgt grundsätzlich brieflich sowie ggf. in der vom anwendbaren Recht der Staaten, in denen die Anteile vertrieben werden, vorgesehenen Form.

Ein Antrag eines Aktionärs auf Rücknahme seiner Anteile während der Frist darf nicht mit einer Rücknahmegebühr belastet werden, mit Ausnahme der von der Gesellschaft zurückgehaltenen Beträge zur Deckung von Kosten im Zusammenhang mit Desinvestitionen.

Eine Verschmelzung eines oder mehrerer Subfonds, infolge derer die Gesellschaft zu existieren aufhört, muss von der Generalversammlung beschlossen werden und vom Notar festgehalten werden. Für solche Beschlüsse ist kein Quorum erforderlich, und es genügt die einfache Mehrheit der anwesenden oder vertretenen Aktionäre.

Bewertungen und Aussetzungen von Bewertungen

Art. 23. Der Inventarwert der Vermögen der Gesellschaft, der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds und, sofern anwendbar, die Inventarwerte der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorie (zusammen, „Inventarwert“) werden in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag - wie nachfolgend definiert - bestimmt, außer in den nachstehend beschriebenen Fällen einer Aussetzung. Bewertungstag für jeden Subfonds ist jeder Bankarbeitstag in Luxemburg, welcher zugleich kein gewöhnlicher Feiertag für die Börsen oder anderen Märkte ist, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwerts des entsprechenden Subfonds die Bewertungsgrundlage darstellen, wie von der Gesellschaft bestimmt, sofern im Rechtsprospekt bezüglich eines bestimmten Subfonds nichts anderes vorgesehen ist. Jedoch muss mindestens zweimal pro Monat an einem Bankarbeitstag in Luxemburg ein Bewertungstag festgesetzt werden.

Die Gesellschaft kann die Berechnung des Inventarwertes jedes Subfonds sowie die Ausgabe, die Rücknahme und den Umtausch von Anteilen dieses Subfonds, ebenso wie den Umtausch von und in Anteile eines Subfonds zeitweilig aussetzen:

- a) wenn eine oder mehrere Börsen oder andere Märkte, die für einen wesentlichen Teil des Inventarwertes die Bewertungsgrundlagen darstellen, (außer an gewöhnlichen Feiertagen) geschlossen sind oder der Handel ausgesetzt wird; oder
- b) wenn es nach Ansicht des Verwaltungsrates aufgrund besonderer Umstände unmöglich ist, Vermögenswerte zu verkaufen oder zu bewerten; oder
- c) wenn die normalerweise zur Kursbestimmung eines Wertpapiers dieses Subfonds eingesetzte Kommunikationstechnik zusammengebrochen oder nur bedingt einsatzfähig ist; oder
- d) wenn die Überweisung von Geldern zum Kauf oder zur Veräußerung von Kapitalanlagen der Gesellschaft unmöglich ist; oder
- e) sofern ein Subfonds Feeder eines anderen OGAW (oder eines Subfonds eines solchen) ist, wenn und solange dieser andere OGAW (oder dessen Subfonds) zeitweilig die Ausgabe oder Rücknahme seiner Anteile ausgesetzt hat; oder
- f) im Falle einer Verschmelzung eines Subfonds mit einem anderen Subfonds oder mit einem anderen OGAW (oder einem Subfonds eines solchen), sofern dies zum Zweck des Schutzes der Aktionäre gerechtfertigt erscheint; oder
- g) wenn aufgrund nicht vorhersehbarer Umstände umfangreiche Rücknahmeanträge eingegangen sind und dadurch die Interessen der im Subfonds verbleibenden Aktionäre nach Ansicht des Verwaltungsrats gefährdet sind; oder
- h) im Fall einer Entscheidung, die Gesellschaft zu liquidieren, am oder nach dem Tag der Veröffentlichung der ersten Einberufung einer Generalversammlung der Aktionäre zu diesem Zweck.

Bei Eintritt eines Ereignisses, welches die Liquidation der Gesellschaft zur Folge hat, oder nach Eingang einer entsprechenden Anordnung der CSSF, wird die Gesellschaft die Ausgabe, Rücknahme und den Umtausch von Anteilen unverzüglich einstellen.

Aktionäre, die ihre Anteile zur Rücknahme oder zum Umtausch angeboten haben, werden innerhalb von sieben (7) Tagen schriftlich über die Aussetzung sowie unverzüglich über die Beendigung derselben benachrichtigt.

Die Aussetzung der Ausgabe bzw. Rücknahme und des Umtauschs von Anteilen irgendeines Subfonds hat keine Auswirkung auf die Berechnung des Inventarwertes, die Ausgabe, Rücknahme und Umtausch von Anteilen eines anderen Subfonds.

Festlegung des Inventarwertes

Art. 24. Der Inventarwert je Anteil jedes Subfonds, und soweit anwendbar, der Inventarwert der innerhalb eines Subfonds ausgegebenen Anteilskategorie wird in der betreffenden Währung an jedem Bewertungstag bestimmt, indem der gesamte Inventarwert der Aktiva des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie durch die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Anteile dieses Subfonds oder dieser Anteilskategorie dividiert wird. Der gesamte Inventarwert des betreffenden Subfonds oder der betreffenden Anteilskategorie repräsentiert dabei den Marktwert der ihr zugeordneten Vermögenswerte abzüglich der Verbindlichkeiten.

Bewertungsvorschriften

Art. 25. Die Bewertung der Inventarwerte der verschiedenen Subfonds erfolgt in folgender Weise:

(A) Aktiva

Die Aktiva der Gesellschaft beinhalten folgendes:

- a) sämtliche verfügbaren Kassenbestände bzw. auf Konto, zuzüglich aufgelaufene Zinsen;

b) alle Wechsel und andere Guthaben auf Sicht (inklusive der Erlöse von Wertpapierverkäufen, die noch nicht gutgeschrieben sind);

c) alle Wertpapiere (Aktien, fest- und variabel verzinsliche Wertpapiere, Obligationen, Options- oder Subskriptionsrechte, Optionsscheine und andere Anlagen und Wertpapiere im Besitz der Gesellschaft);

d) alle Dividenden und fälligen Ausschüttungen zugunsten der Gesellschaft in bar oder in anderer Form, soweit der Gesellschaft bekannt, unter Voraussetzung, dass die Gesellschaft die Bewertungsveränderung im Marktwert der Wertpapiere infolge der Handelspraktiken wie z.B. im Handel ex Dividende bzw. ex Bezugsrechte anpassen muss;

e) alle aufgelaufenen Zinsen auf verzinsliche Wertpapiere, die die Gesellschaft hält, soweit nicht solche Zinsen in der Hauptforderung enthalten sind;

f) alle finanziellen Rechte, die sich aus dem Einsatz derivativer Instrumente ergeben;

g) die vorläufigen Aufwendungen der Gesellschaft, soweit diese nicht abgeschrieben wurden, unter der Voraussetzung, dass solche vorläufigen Aufwendungen direkt vom Kapital der Gesellschaft abgeschrieben werden dürfen; und

h) alle anderen Aktiva jeder Art und Zusammensetzung, inklusive vorausbezahlte Aufwendungen.

Der Wert solcher Anlagewerte wird wie folgt festgelegt:

1) Der Wert von frei verfügbaren Kassenbeständen bzw. Einlagen, Wechsel und Sichtguthaben, vorausbezahlte Aufwendungen, Bardividenden und Zinsen gemäß Bestätigung oder aufgelaufen, aber nicht eingegangen, wie oben dargestellt, soll zum vollen Betrag verbucht werden, es sei denn aus irgendeinem Grund sei die Zahlung wenig wahrscheinlich oder nur ein Teil einbringlich, weshalb der Wert hiervon nach Reduktion eines Abschlages ermittelt werden soll, nach Gutdünken der Gesellschaft, mit dem Zwecke, den effektiven Wert zu ermitteln.

2) Zum Anlagevermögen gehörende Wertpapiere die amtlich notiert sind oder an einem anderen geregelten Markt gehandelt werden, werden zum letzten verfügbaren Kurs an dem Hauptmarkt, an dem diese Wertpapiere gehandelt werden, bewertet. Dabei können die Dienste eines von dem Verwaltungsrat genehmigten Kursvermittlers in Anspruch genommen werden. Wertpapiere, deren Kurs nicht marktgerecht ist, sowie alle anderen zulässigen Anlagewerte (einschließlich Wertpapiere, die nicht an einer Börse amtlich notiert sind oder an einem geregelten Markt gehandelt werden), werden zu ihren wahrscheinlichen Realisierungswerten eingesetzt, die nach Treu und Glauben durch oder unter der Leitung der Gesellschaft bestimmt werden.

3) Alle Vermögenswerte oder Verbindlichkeiten, die nicht auf die Währung des entsprechenden Subfonds lauten, werden in die Währung des betreffenden Subfonds zum am Bewertungszeitpunkt von einer Bank oder einem anderen verantwortlichen Finanzinstitut mitgeteilten Wechselkurs umgerechnet.

4) Anteile, die von OGA des offenen Typs ausgegeben werden, sind mit ihrem zuletzt verfügbaren Inventarwert zu bewerten. Abweichend hiervon werden OGA des offenen Typs, welche zugleich als Exchange Traded Funds (ETF) qualifizieren, mit ihrem Börsenschlusskurs am Ort ihrer Notierung bewertet.

5) Der Veräußerungswert von Termin- (Futures/Forwards) oder Optionsverträgen, die nicht an einer Börse oder an einem anderen organisierten Markt gehandelt werden, ist gemäß den vom Verwaltungsrat festgelegten Richtlinien und in gleichbleibender Weise zu bewerten. Der Veräußerungswert von Termin- oder Optionsverträgen, die an einer Börse oder an anderen organisierten Märkten gehandelt werden, ist auf der Basis des zuletzt verfügbaren Abwicklungspreises für diese Verträge an Börsen und organisierten Märkten zu bewerten, an denen Termin- oder Optionsverträge dieser Art gehandelt werden; dies gilt mit der Maßgabe, dass bei Termin- oder Optionsverträgen, die nicht an einem Bewertungstag veräußert werden konnten, der vom Verwaltungsrat als angemessen und adäquat angesehene Wert die Basis für die Ermittlung des Veräußerungswertes dieses Vertrages ist.

6) Die Bewertung liquider Mittel und Geldmarktinstrumente kann zum jeweiligen Nennwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen oder unter Berücksichtigung der planmäßig abgeschriebenen historischen Kosten erfolgen. Die letztgenannte Bewertungsmethode kann dazu führen, dass der Wert zeitweilig von dem Kurs abweicht, den die Gesellschaft beim Verkauf der Anlage erhalten würde. Die Gesellschaft wird diese Bewertungsmethode jeweils prüfen und nötigenfalls Änderungen empfehlen, um sicherzustellen, dass die Bewertung dieser Vermögenswerte zu ihrem angemessenen Wert erfolgt, der in gutem Glauben gemäß den vom Verwaltungsrat vorgeschriebenen Verfahren ermittelt wird. Ist die Gesellschaft der Auffassung, dass eine Abweichung von den planmäßig abgeschriebenen historischen Kosten je Anteil zu erheblichen Verwässerungen oder sonstigen den Anteilhabern gegenüber unangemessenen Ergebnissen führen würde, so muss sie ggf. Korrekturen vornehmen, die sie als angemessen erachtet, um Verwässerungen oder unangemessene Ergebnisse auszuschließen oder zu begrenzen, soweit dies in angemessenem Rahmen möglich ist.

7) Die Swap-Transaktionen werden regelmäßig auf Basis der von der Swap-Gegenpartei erhaltenen Bewertungen bewertet. Bei den Werten kann es sich um den Geld- oder Briefkurs oder den Mittelkurs handeln, wie gemäß den von dem Verwaltungsrat festgelegten Verfahren in gutem Glauben bestimmt. Spiegeln diese Werte nach Auffassung des Verwaltungsrats den angemessenen Marktwert der betreffenden Swap-Transaktionen nicht wider, wird der Wert dieser Swap-Transaktionen von dem Verwaltungsrat in gutem Glauben oder gemäß einer anderen dem Verwaltungsrat nach eigenem Ermessen geeignet erscheinenden Methode bestimmt.

8) Wird aufgrund besonderer Umstände, wie zum Beispiel versteckter Kreditrisiken, eine Bewertung nach Maßgabe der vorstehenden Regeln undurchführbar oder unrichtig, ist die Gesellschaft berechtigt, andere allgemein anerkannte, von

Wirtschaftsprüfern nachprüfbar Bewertungsgrundsätze anzuwenden, um eine angemessene Bewertung des Anlagevermögens zu erzielen.

(B) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft sollen folgendes beinhalten:

a) alle Kreditaufnahmen, Wechsel und andere fälligen Beträge; inklusive Sicherheitshinterlagen wie margin accounts etc. im Zusammenhang mit dem Einsatz von derivativen Instrumenten; und

b) alle fälligen bzw. aufgelaufenen administrativen Aufwendungen inklusive der Gründungs- und Registrierungskosten bei den Regierungsstellen wie auch Rechtsberatungsgebühren, Prüfungsgebühren, alle Gebühren bzw. Entschädigungen der Anlageberater, der Anlageverwalter, der Depotstelle, Vertriebsstellen und aller anderen Repräsentanten und Agenten der Gesellschaft, die Kosten der Pflichtveröffentlichungen und des Rechtsprospekts, der Geschäftsabschlüsse und anderer Dokumente, die den Aktionären verfügbar gemacht werden. Weichen die zwischen der Gesellschaft und den von ihr hinzugezogenen Dienstleistungserbringern (wie Anlageberater, Anlageverwalter, Vertriebssträger, Depotbank vereinbarten Gebührensätze für solche Dienstleistungen bezüglich einzelner Subfonds voneinander ab, so sind die entsprechenden unterschiedlichen Gebühren ausschließlich den jeweiligen Subfonds zu belasten. Marketing- und Werbungsaufwendungen dürfen nur im Einzelfall durch Beschluss des Verwaltungsrats einem Subfonds belastet werden; und

c) alle fälligen und noch nicht fälligen bekannten Verbindlichkeiten inklusive der erklärten aber noch nicht bezahlten Dividenden; und

d) ein angemessener für Steuerzwecke zurückgestellter Betrag, berechnet auf den Tag der Bewertung sowie andere Rückstellungen oder Reserven, die vom Verwaltungsrat genehmigt sind; und

e) alle anderen Verbindlichkeiten der Gesellschaft irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien.

Jegliche Verbindlichkeit irgendwelcher Natur gegenüber dritten Parteien ist auf den/die betreffenden Subfonds beschränkt.

Zum Zwecke der Bewertung ihrer Verbindlichkeiten kann die Gesellschaft alle administrativen und sonstigen Aufwendungen mit regelmäßigem bzw. periodischem Charakter mit einbeziehen, indem sie diese für das gesamte Jahr oder jede andere Periode bewertet und den sich ergebenden Betrag proportional auf die jeweilige aufgelaufene Zeitperiode aufteilt. Diese Bewertungsmethode darf sich nur auf administrative und sonstige Aufwendungen beziehen, die alle Subfonds gleichmäßig betreffen.

(C) Zuordnung der Aktiva und Passiva

Für jeden Subfonds wird der Verwaltungsrat in folgender Weise ein Anlagevermögen erstellen:

a) Der Erlös der Zuteilung und Ausgabe von Anteilen jedes Subfonds soll in den Büchern der Gesellschaft demjenigen Anlagevermögen zugeordnet werden, für das dieser Subfonds eröffnet worden ist und die entsprechenden Anlagewerte und Verbindlichkeiten sowie Einkünfte und Aufwendungen sollen diesem Anlagevermögen gemäß den Richtlinien dieses Artikels zugeordnet werden.

b) Wenn irgendein Anlagewert von einem anderen Aktivum abgeleitet worden ist, sollen derartige abgeleitete Aktiva in den Büchern der Gesellschaft dem gleichen Subfonds zugeordnet werden, wie die Aktiva, von denen sie herkommen und bei jeder neuen Bewertung eines Anlagewerts wird der Wertzuwachs bzw. Wertverlust dem betreffenden Subfonds zugeordnet.

c) Falls die Gesellschaft eine Verbindlichkeit eingegangen ist, die in Beziehung zu irgendeinem Aktivum eines bestimmten Subfonds oder zu irgendeiner Aktivität in Zusammenhang mit einem Aktivum irgendeines Subfonds steht, wird diese Verbindlichkeit dem betreffenden Subfonds zugeordnet.

d) Falls ein Anlagewert oder eine Verbindlichkeit der Gesellschaft nicht als eine einem bestimmten Subfonds zuzuordnende bestimmte Größe angesehen werden kann und auch nicht alle Subfonds gleichmäßig betrifft, kann der Verwaltungsrat nach Treu und Glauben solche Anlagewerte oder Verbindlichkeiten zuordnen.

e) Ab dem Tage an dem eine Dividende für einen Subfonds erklärt wird, ermäßigt sich der Inventarwert dieses Subfonds um den Dividendenbetrag, vorbehaltlich jedoch immer der Regelungen für den Verkauf und Rücknahmepreis der Anteile jedes Subfonds wie in dieser Satzung dargelegt.

(D) Allgemeine Bestimmungen

Für den Zweck der Bewertung im Rahmen dieses Artikels gilt folgendes:

a) Anteile, die gemäß Artikel 22 dieser Satzung zurückgekauft werden, sollen als bestehende behandelt und eingebucht werden bis unmittelbar nach dem durch den Verwaltungsrat oder dessen Bevollmächtigten festgelegten Zeitpunkt, an dem eine solche Bewertung durchgeführt wird, und von diesem Zeitpunkt an bis der Preis hierfür bezahlt ist werden sie als eine Verbindlichkeit der Gesellschaft behandelt;

b) alle Anlagen, Kassenbestände und übrigen Aktiva irgendeines Subfonds, die nicht auf die Währung dieses Subfonds lauten, werden unter Berücksichtigung ihres Marktwertes zu dem an dem Tag der Inventarwertberechnung geltenden Wechselkurs umgerechnet; und

c) an jedem Bewertungstag müssen alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren, die durch die Gesellschaft an eben diesem Bewertungstag kontrahiert wurden, soweit möglich, in die Bewertung mit einbezogen werden.

Verkaufspreis und Rücknahmepreis

Art. 26. Wann immer die Gesellschaft Anteile zur Zeichnung anbietet, muss der Preis der angebotenen Anteile auf dem Inventarwert (wie oben definiert) des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie basieren, gegebenenfalls erhöht um eine Verkaufsgebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Verkaufsgebühr ist ganz oder teilweise an die Vertriebsstellen oder an die Gesellschaft zu zahlen, wobei diese Verkaufsgebühren sich nach den jeweiligen Gesetzen richten und ein vom Verwaltungsrat beschlossenes Maximum nicht überschreiten dürfen und für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein können, aber innerhalb eines Subfonds bzw. einer Anteilskategorie müssen alle Zeichnungsanträge an demselben Ausgabetag gleich behandelt werden, soweit die betreffende Verkaufsgebühr der Gesellschaft zusteht. Der so errechnete Preis („Verkaufspreis“) ist innerhalb eines vom Verwaltungsrat zu beschließenden Zeitraums von nicht mehr als sieben (7) Luxemburger Bankarbeitstagen nach Zuteilung der Anteile zahlbar, sofern im Rechtsprospekt nicht anderweitig bestimmt. Ausnahmsweise kann der Verkaufspreis mit Zustimmung des Verwaltungsrats und in Übereinstimmung mit allen anwendbaren Gesetzen insbesondere mittels einer Sonderbewertung der betreffenden Sacheinlagen, welche durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt wird, der Gesellschaft derart geleistet werden, dass der Gesellschaft vom Erwerber in Übereinstimmung mit der Anlagepolitik und den Anlagebeschränkungen Wertpapiere übertragen werden.

Bei jeder Rücknahme von Anteilen wird der Anteilspreis zu dem diese Anteile zurückgenommen werden, aufgrund des Inventarwertes des jeweiligen Subfonds bzw. der jeweiligen Anteilskategorie berechnet, gegebenenfalls ermäßigt um eine Rücknahmegebühr, die vom Verwaltungsrat jeweils bestimmt und im geltenden Rechtsprospekt der Gesellschaft angegeben wird. Die Rücknahmegebühr ist ganz oder teilweise an die vermittelnden Verkaufsagenten zu zahlen, wobei diese Rücknahmegebühr für jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie unterschiedlich sein kann. Der so definierte Preis („Rücknahmepreis“) wird gemäß Artikel 22 dieser Satzung ausgezahlt.

Die Auszahlung des Rücknahmepreises kann auch in besonderen Fällen auf Antrag oder mit Zustimmung des betreffenden Aktionärs mittels einer Sachausschüttung (Sachauslage) erfolgen, deren Bewertung vom Wirtschaftsprüfer der Gesellschaft zu bestätigen ist und wobei die Gleichbehandlung aller Aktionäre sichergestellt sein muss.

Sofern der Rechtsprospekt dies vorsieht, kann der Verkaufspreis bzw. der Rücknahmepreis auch durch das Preisfestsetzungsverfahren des sog. „Swing Pricing“ zustande kommen. Der Verkaufspreis bzw. Rücknahmepreis entspricht dabei einem Einheitspreis, welcher wie folgt durch die Modifizierung des Nettoinventarwerts zustande kommt: Für jeden Bewertungstag werden die Nettozeichnungen bzw. die Nettorückgaben ermittelt. Der Nettoinventarwert wird in der Folge an jedem Bewertungstag um die Kosten erhöht bzw. vermindert, welche im Durchschnitt aus der Anlage der Nettozeichnungen bzw. dem Verkauf von Anlagen infolge von Nettorückgaben anfallen.

Rechnungsjahr

Art. 27. Das Rechnungsjahr der Gesellschaft beginnt am 1. Juli eines Jahres und endet am 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Jahresabschlüsse der Gesellschaft erfolgen in Schweizer Franken. Falls gemäß Artikel 5 dieser Satzung verschiedene Subfonds bestehen, deren Anteilswerte in anderen Währungen als Schweizer Franken ausgedrückt werden, werden diese in Schweizer Franken umgerechnet und im konsolidierten geprüften Jahresabschluss in Schweizer Franken ausgedrückt, einschließlich der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, der mit dem Bericht des Verwaltungsrats allen Aktionären 15 Tage vor jeder Generalversammlung zur Verfügung gehalten wird.

Gewinnverteilung

Art. 28. Die getrennten Versammlungen der Aktionäre der einzelnen Subfonds beschließen auf Antrag des Verwaltungsrats jährlich über die Ausschüttungen durch die Gesellschaft. Die Gesellschaft kann Ausschüttungen vornehmen, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung oben definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Wenn Dividenden für die ausschüttenden Anteile eines Subfonds erklärt werden, werden die Verkaufs- und Rücknahmepreise der ausschüttenden Anteile dieses Subfonds angepasst. Bei den thesaurierenden Anteilen erfolgen keine Ausschüttungen. Vielmehr wird der den thesaurierenden Anteilen zugeordnete Wert zugunsten ihrer Aktionäre reinvestiert.

Zwischendividenden können zu jeder Zeit durch Verwaltungsratsbeschluss ausbezahlt werden, insoweit das unter Artikel 5 dieser Satzung definierte Mindestkapital der Gesellschaft nicht unterschritten wird.

Falls Dividenden erklärt werden, werden diese grundsätzlich in der Währung des betreffenden Subfonds bezahlt, können jedoch auch in einer anderen, vom Verwaltungsrat zu beschließenden Währung, an den von demselben festgelegten Orten und Zeiten bezahlt werden. Der Verwaltungsrat kann den zur Umrechnung der Dividendenbeträge in die Währung ihrer Zahlung anwendbaren Wechselkurs festlegen.

Ausschüttung bei Auflösung

Art. 29. Falls die Gesellschaft aufgelöst wird, erfolgt die Liquidation durch einen oder mehrere Liquidatoren, die von der Generalversammlung benannt werden, die eine solche Auflösung beschließt und Vollmachten und Entgelte festlegt. Der Nettoerlös der Liquidation bezogen auf jeden Subfonds bzw. jede Anteilskategorie wird unter den Aktionären jedes Subfonds und jeder Anteilskategorie im Verhältnis ihrer Anteile in den bezüglichen Subfonds bzw. Anteilskategorien aufgeteilt.

Satzungsänderung

Art. 30. Diese Satzung kann jederzeit durch Beschluss der Aktionäre der Gesellschaft abgeändert oder ergänzt werden, vorausgesetzt, dass die im Gesetz von 1915 vorgesehenen Bedingungen über die Beschlussfähigkeit und die Mehrheiten in der Abstimmung eingehalten werden. Alle Änderungen der Rechte von Aktionären eines Subfonds im Verhältnis zu denjenigen eines anderen Subfonds können nur erfolgen, falls diese mit den im Gesetz von 1915 für Satzungsänderungen vorgesehenen Bedingungen auch im betroffenen Subfonds erfüllt sind.

Allgemein

Art. 31. Alle Angelegenheiten, die nicht durch diese Satzung geregelt sind, werden gemäß dem Gesetz von 1915 und dem Gesetz von 2010 geregelt.

Folgt die englische Übersetzung der Satzung:

The Company

Art. 1. The Company is established as an “investment company with variable capital” (SICAV) under the name “MULTIPARTNER SICAV” (the “Company”).

Duration

Art. 2. The Company is established for an indefinite period. It may be dissolved at any time through a resolution of the shareholders in the Company, provided the resolution is passed in accordance with the procedure in Article 30 of these Articles of Association.

Objects

Art. 3. The sole object of the Company consists in investing in all kinds of transferable securities and/or other liquid financial assets within the meaning of Article 41(1) of the Law of 17 December 2010 (the “Law of 2010”) concerning undertakings for collective investment, for the purpose of risk diversification as well as for ensuring that the results achieved through the management of assets accrue to the shareholders. The Company may implement all such measures and execute all such transactions as it may deem conducive to the pursuit and development of its object to the extent permitted by the Law of 2010.

Registered office

Art. 4. The registered office of the Company is in the city of Luxembourg, in the Grand Duchy of Luxembourg. Branch offices and other representative offices may be established in Luxembourg or other countries following a decision of the Board of Directors of the Company (the “Board of Directors”).

If, in the view of the Board of Directors, circumstances of force majeure exist or are about to exist that may adversely affect the normal business activities of the Company at its registered office or its daily contact with persons in foreign countries, the registered office may be temporarily moved to a foreign country until the extraordinary circumstances no longer exist. Such temporary measures will have no effect on the nationality of the Company, which will remain a Luxembourg company.

Capital - Shares

Art. 5. The capital of the Company is represented by shares without par value (“shares”) which shall at all times be equal to the net asset value of the Company (as defined below).

The minimum capital of the Company shall correspond to the equivalent in Swiss francs of one million two hundred and fifty thousand euros (EUR 1,250,000.00). If one or more sub-funds (as defined below) invests in shares of other sub-funds of the Company, the value of the relevant shares is not taken into account for the purposes of verifying the legal minimum capital.

The Board of Directors is authorised to issue shares at an issue price per share calculated in accordance with Article 26 at any time and without restriction, with no requirement to grant existing shareholders any right to purchase the new shares. The Board of Directors may transfer to any of its members, to a manager of the Company, or to any legally authorised person the authority to accept subscriptions and receive payments for these new shares and to deliver such shares.

Following a decision of the Board of Directors, such shares may belong to different asset divisions (“sub-funds”) and, also following a decision of the Board of Directors, may be denominated in different currencies. The Board of Directors may also determine that, within a sub-fund, two or more classes of shares (“share class”) are to be issued with differing characteristics, such as a specific distribution or reinvestment policy, a specific fee structure or other specific characteristics as determined by the Board of Directors and set out in the statutory prospectus (“statutory prospectus” or “prospectus”) issued by the Company.

In accordance with Article 3 of these Articles of Association, the proceeds from the issue of each sub-fund shall be invested in securities (including rights to securities, etc.; hereinafter “Securities”) or in other liquid financial assets that correspond to the investment principles

The Company may from time to time issue bonus shares by way of a stock split, which results in a decreased net asset value per share.

In determining the capital of the Company, the net asset value of each sub-fund not denominated in Swiss francs shall be converted into Swiss francs, such that the capital of the Company is equal to the total of all net asset values of all sub-funds expressed in Swiss francs.

Registered shares

Art. 6. The Board of Directors shall issue only registered shares. Bearer shares will not be issued.

No certificates will be produced for the shares issued. If a shareholder requests that a confirmation of ownership be issued and sent, the customary costs will be charged to him.

The Company may issue confirmations of ownership in such form as the Board of Directors may determine in each case.

Fractional shares may be issued, which will be rounded up or down in accordance with the provisions of the applicable statutory prospectus issued by the Company.

Shares shall be issued on acceptance of the subscription and subject to payment of the purchase price (in accordance with Article 26 of these Articles of Association). Upon request, subscribers shall receive a confirmation of their shares within the statutory deadlines.

Payment of dividends to shareholders will be made to their address in the register of shareholders (“Register”) or to the address communicated in writing to the Company.

All shareholders holding issued registered shares in the Company shall be included in the register, which shall be kept by the Company or by one or more persons/organisations appointed by the Board of Directors. The name of each shareholder, their place of residence or habitual residence and the number of shares held by them as well as the sub-funds and share classes to which these shares belong are to be entered in the register. The transfer and redemption of registered shares will be entered in the register after payment of a usual fee as determined by the Company for registration of such information.

Shares shall not be subject to limitations with regard to transfer rights and claims in favour of the Company.

Transfer of shares is effected through entry in the Register, or on delivery of the confirmation documents for these shares (if issued), along with such transfer documents as the Company deems necessary.

Any notices and announcements from the Company to the shareholders may be sent to the address entered in the register. In the event that a shareholder does not give his address, a corresponding note may be added to the register. Accordingly, the Company may proceed on the basis that the address of the shareholder is the registered office of the Company or some other address determined by the Company, until the shareholder gives a different address by means of a written notification. Shareholders may amend the address entered for them in the register at any time by means of written notification to the Company at its registered office or at an address determined by the Company.

In the event that fractions of shares are issued, such fractions of shares shall be entered in the register. Fractions of shares shall not give voting rights, but shall entitle the holder to a corresponding proportion of the dividends and liquidation proceeds, to the extent determined by the Company.

Restriction of share ownership

Art. 7. The Board of Directors shall have the authority to impose any restrictions (except restrictions on the transfer of shares) it considers necessary in order to prevent a person (“excluded person” below) acquiring or holding shares in the Company or shares of a particular sub-fund and/or share class, under the following circumstances:

- a) if the person has violated the laws or regulations of a country and/or orders by the authorities or, according to the provisions of the statutory prospectus, is excluded from holding shares in the Company;
- b) in circumstances which in the opinion of the Board of Directors might result in the Company incurring any liability to taxation or suffering any other pecuniary disadvantage which the Company might not otherwise have incurred or suffered.

The Company may accordingly restrict or prohibit ownership of shares in the Company by excluded persons. In this connection the Company may:

- a) refuse to issue shares or to register share transfers until it has ascertained whether such issue or registration could lead to de facto ownership of such shares by an excluded person;
- b) require at any time from any person registered by name that they supply the register with all information which the Company deems necessary for the purpose of clarifying the question as to whether these shares are or will actually be owned by an excluded person;
- c) where it appears to the Company that an excluded person, who is precluded pursuant to this article from holding shares in the Company, either alone or in conjunction with any other person is a beneficial or registered owner of shares, compulsorily redeem from any such shareholder all shares held by such shareholder in the following manner:

(1) The Company shall serve notice (hereinafter called the “redemption notice”) to the shareholder bearing such shares, specifying the shares to be redeemed as described above, the price to be paid for such shares, and the place at which the redemption price for such shares is payable. Such redemption notice may be delivered to that shareholder by registered mail to the shareholder’s address or the address entered in the register. The shareholder is thereupon required to return to

the Company the confirmations of ownership referred to in the redemption notice. Immediately after the close of business on the date specified in the redemption notice, such shareholder shall cease to be a shareholder and his name shall be deleted in the share register.

(2) The price (hereinafter “Redemption Price”) at which the shares detailed in the redemption notice are purchased, shall be equal to the net asset value of the shares per sub-fund and share class as calculated in accordance with Article 24 of these Articles of Association, less any applicable redemption fee in accordance with Article 22.

(3) Payment of the redemption price will be made to the holders of such shares in the currency of the relevant sub-fund and relevant share class, and will be deposited by the Company at a bank in Luxembourg or elsewhere (as specified in the Redemption Notice) for payment, against presentation of the shareholding confirmations or against presentation of other proof of ownership acceptable to the Company as applicable.

After deposit of this purchase price, the person will lose the rights which they possessed as set out in the redemption notice and all other rights to the shares, as well as any claims on the Company or its assets; this does not include the right of the person who appears to be the eligible owner to receive the deposited redemption price (without interest) from the depository as described above.

(4) The exercise by the Company of the powers conferred by this Article shall not be questioned or invalidated in any case on the ground that there was insufficient evidence of ownership of shares by any person or that the true ownership of any shares was otherwise than appeared to the Company at the date of any redemption notice, provided that in such case said powers were exercised by the Company in good faith; and

d) reject the right of any excluded person to vote at a meeting of shareholders.

Rights of the General Meeting of Shareholders

Art. 8. Each duly convened General Meeting of Shareholders shall constitute the supreme body of the Company. Its resolutions shall be binding on all shareholders regardless of the sub-fund or share class, unless the resolutions interfere with the rights of shareholders of a particular sub-fund or share class to hold separate meetings in accordance with the provisions below.

The General Meeting of Shareholders shall have far-reaching authority to arrange, execute and approve all legal acts relating to the transactions of the Company.

General meeting

Art. 9. Under Luxembourg law, the annual General Meeting of Shareholders takes place at the registered office of the Company or at another location in Luxembourg specified in the invitation, on 20 October every year at 4:00 p.m. If this day is not a business day in Luxembourg, the General Meeting takes place on the following business day. The General Meeting may be held abroad if, in the opinion of the Board of Directors, exceptional circumstances so require

Other meetings may be held in addition, at the location and at the time specified in the corresponding invitation.

Separate Meetings of Shareholders

Art. 10. Separate meetings of shareholders holding shares in a particular sub-fund or share class may be convened at the request of the Board of Directors. The quorum and majority requirements laid down in Article 11 of these Articles of Association below shall apply *mutatis mutandis*. A separate meeting of shareholders may pass resolutions on all matters relating to the applicable sub-fund or share class which are not reserved for the general meeting or the Board of Directors under the law or these Articles of Association. Resolutions of separate meetings of shareholders shall not encroach upon the rights of shareholders holding shares in other sub-funds or share classes.

Quorum and voting requirements

Art. 11. Each share in a sub-fund or share class shall entitle the holder to a vote, regardless of the net asset value of the share, subject to the restrictions imposed by these Articles of Association or the law.

A shareholder may participate in any meeting of shareholders, or may be represented by another shareholder or another person on the basis of a proxy issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to any contrary provisions in law or under these Articles of Association, resolutions at a properly convened meeting of shareholders shall be passed by simple majority of the votes attending, or represented on the basis of a proxy, and cast. The Board of Directors may impose any further conditions that must be met by the shareholders in order for them to participate in meetings.

If the Company has only a single shareholder, the latter will exercise all rights which fall to shareholders under the Luxembourg law of 10 August 1915 as amended (the “Law of 1915”) and the present Articles of Association. The resolutions passed by such a single shareholder will be recorded in minutes.

Invitations

Art. 12. The convening of general meetings or separate meetings of shareholders shall be subject to the periods of notice and formalities laid down by law.

The General Meeting and other meetings of shareholders shall be convened by the Board of Directors by means of invitations containing the agenda. This is effected by registered mail at least eight (8) days before the General Meeting, whereby the legally required documents and information shall be sent to shareholders along with the invitation. These documents will also be available for inspection at the Company's registered office fifteen (15) days before the general meeting.

The invitation may provide that the quorum and majority requirements be determined on the basis of those shares issued and outstanding on the fifth day following the shareholders' meeting at 12 a.m. midnight (Luxembourg time). The rights of shareholders to attend and vote at a General Meeting depend on their shareholdings at this time.

A General Meeting must be convened upon the request of shareholders representing at least one-tenth of the share capital.

In addition, one or more shareholders representing at least one-tenth of the share capital may request that a General Meeting be convened and that voting items be added to the agenda. The request in question is to be sent to the registered office of the Company by registered mail at least five (5) days before the General Meeting.

The Board of Directors

Art. 13. The Company shall be managed by the Board of Directors, composed of at least three members who need not be shareholders.

The Directors shall be elected by the shareholders at the Annual General Meeting for a period of up to six (6) years and they may be re-elected. Should the position of a member of the Board of Directors become vacant as a result of death, resignation or other cause, the remaining members of the Board of Directors may elect, by simple majority, a new member of the Board of Directors who will occupy the vacant position until the next general meeting.

A member of the Board of Directors may be dismissed and/or replaced at any time with or without cause by a resolution of the shareholders. At the General Meeting, only one person who has hitherto served on the Board of Directors may be elected a member of the Board of Directors unless such person

(1) is proposed by the Board of Directors for election, or

(2) a shareholder who possesses full voting rights for the next general meeting that is to choose the Board of Directors submits a written proposal to the chairman - or should that not be possible, to another member of the Board of Directors - no less than six and not more than 30 days before the date that has been scheduled for the general meeting and in which proposal he will nominate a person other than himself for election or re-election along with written confirmation from such person indicating that he wishes to stand for election, although the chairman may resolve, with the unanimous approval of all shareholders present, to waive the requirement of the declarations referred to above and to propose the person so nominated for election.

Internal organisation of the Board of Directors

Art. 14. The Board of Directors shall elect a Chairman from amongst its members, and, if required, one or more vice-chairmen. It may also appoint a secretary, who need not be a member of the Board of Directors and who is responsible for the minutes of the meetings of the Board of Directors and the general meeting.

The chairman shall preside at all meetings of the Board of Directors. In his absence, the Board of Directors shall appoint another person as chairman pro tempore by vote of the majority present at any such meeting.

A meeting of the Board of Directors may be convened by the Chairman or by two Board members at the location stated in the invitation, with details of the agenda included.

Written, telegraphic, electronic or fax invitations to a meeting of the Board of Directors shall be received by all members no later than 24 hours before the meeting starts, with the exception of urgent circumstances, details of which shall be given in the invitation.

Unless otherwise provided herein, the Directors may only act at duly convened meetings of the Board of Directors.

The invitations to a meeting may be dispensed with if all the members of the Board of Directors have declared their agreement. No notice shall be required for meetings held at times and places prescribed in a schedule previously adopted by resolution of the Board of Directors.

The proxy shall be issued by letter, telegram, telex or fax or in any other form determined by the Board of Directors. The proxy shall be given in writing or by cable or telegram or telex or telefax or in any other form determined by the Board of Directors.

Subject to the exceptions set out below, the Board of Directors may only advise or pass resolutions with legal force if at least half of its members are present or represented; participation by telephone or by video conference or in any other form as decided on by the Board of Directors is permitted. Decisions shall be taken by a majority of the votes of the Directors present or represented at such meeting. The chairman of the Board of Directors shall have the casting vote if the number of votes cast is the same.

The members of the Board of Directors may also pass a resolution by circular, through written approval indicated on one or more documents with identical wording.

The Board of Directors may also appoint individual members of the Board of Directors or third parties to carry out all or part of the day-to-day management or representation of the Company with the powers decided by the Board of Directors. Such appointments may be revoked at any time by the Board of Directors.

Where appropriate in its view, the Board of Directors may also transfer its authority and powers to a body composed of persons it appoints (whether they are members of the Board of Directors or third parties).

In addition, the Board of Directors may decide to appoint an advisory committee to assist it in the conduct of the Company's business. The advisory board does not have decision-making authority.

Minutes of the meetings of the Board of Directors

Art. 15. The minutes of each meeting of the Board of Directors shall be signed by the chairman of the meeting and by one other member of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors. Copies or extracts from such minutes produced for legal proceedings or other legal purposes shall be signed by the chairman of the meeting or by two members of the Board of Directors or by the secretary of the Board of Directors and one member of the Board of Directors.

Determining the investment policy

Art. 16. The Board of Directors shall have the authority to execute any administrative actions and orders in the interests of the Company that are not expressly reserved for the meeting of shareholders by law or under these Articles of Association.

With the exception of those matters which the Articles of Association reserve for the shareholders at the general meeting, and subject to the above restrictions, the Board of Directors shall have the authority, in particular, to determine the investment policy for each sub-fund, in accordance with the principle of risk spreading and observing any investment restrictions laid down by law, in prudential rules and in decisions of the Board of Directors.

The Board of Directors of the Company may determine that the assets of the Company will be invested as follows:

a) In transferable securities and money market instruments:

- that are admitted to or traded on a regulated market (as defined in Directive 2004/39/EC);
- that are traded on another regulated market in a member state of the European Union ("EU") which is recognised, open to the public, and which operates regularly;
- that are admitted to official listing on a stock exchange in a third country or on another regulated market of a third country that is recognised, open to the public and operates regularly. In this context, "third country" means all countries in Europe not belonging to the EU and all countries of North and South America, Africa, Asia and the Pacific Basin.

b) In transferable securities and money market instruments resulting from new issues, provided the terms of issue contain an undertaking that an application will be made for admission to official listing on a stock exchange or other regulated market as described under a), that is recognised, open to the public and operates regularly, and that admission be obtained no later than one year after the date of issue.

c) In shares of undertakings for collective investment in transferable securities ("UCITS") and/or other undertakings for collective investment ("UCIs") within the meaning of Article 1 (2) first and second indents of Directive 2009/65/EC having their registered office in a member state of the European Union or a third country, provided that:

- such other UCIs are authorised in accordance with legal requirements which submit them to prudential supervision considered by the Commission de Surveillance du Secteur Financier ("CSSF") to be equivalent to that required under community law and that there is a sufficient guarantee of cooperation between the authorities;
- the level of protection of shareholders of such other UCIs is equivalent to the level of protection of shareholders of a UCITS, and in particular that the requirements for segregation of the fund's assets, borrowing, lending and uncovered sales of transferable securities and money market instruments are equivalent to the requirements of Directive 2009/65/EC;
- the business activities of the other UCIs are subject to semi-annual and annual reports which allow an assessment of the assets, liabilities, income and transactions over the reporting period;
- the UCITS or such other UCI whose shares are to be acquired may invest no more than a total of 10% of its assets in shares of other UCITS or UCIs, in accordance with its incorporation documents.

d) In sight deposits or deposits repayable on demand maturing in no more than twelve (12) months with qualified credit institutions whose registered office is located in a member state of the EU or in a member state of the OECD or in a country that has ratified the resolutions of the Financial Actions Task Force ("FATF" or Groupe d'Action Financière Internationale "GAFI") (a "qualified credit institution").

e) In money market instruments that are not traded on a regulated market and fall under the definition in Article 1 of the Law of 2010, if the issue or the issuer of such instruments are themselves subject to regulations concerning savings and investor protection, and provided they are:

- issued or guaranteed by a central governmental, regional or local authority or the central bank of an EU member state, the European Central Bank, the EU or the European Investment Bank, a third country or, in the case of a federal state, one of the members making up the federation, or by a public international institution to which at least one EU member state belongs, or
- issued by an undertaking whose securities are traded on the regulated markets referred to under (a) above; or

- issued or guaranteed by an institution that is subject to supervision in accordance with the criteria established under EU Community law, or an institution that is subject to supervisory provisions which, in the opinion of the CSSF, are at least as stringent as those under EU Community law and that complies therewith; or

- issued by other issuers belonging to a category approved by the CSSF, provided such instruments are subject to investor protection regulations equivalent to those of the first, second or third indent and provided the issuer is a company with own funds of at least ten (10) million euros which presents and publishes its annual accounts in accordance with the requirements of the 4th Directive 78/660/EEC, or is an entity within a group of companies comprising one or more companies listed on an official stock exchange which is dedicated to the financing of that group, or is an entity which is dedicated to the financing of the securitisation of liabilities by use of a credit line granted by a bank.

f) In derivatives including equivalent instruments settled in cash which are traded on a regulated market designated under letter a) above and/or over the counter derivatives (“OTC derivatives”), provided:

- the underlying securities are instruments within the meaning of Article 41 (1) of the Law of 2010, financial indices, interest rates, exchange rates or currencies in which the Company may invest according to its investment objectives,

- the counterparties in transactions with OTC derivatives are institutions subject to prudential supervision belonging to the categories approved by the CSSF and

- the OTC derivatives are subject to reliable and verifiable valuation on a daily basis and can be sold at any time at the initiative of the Company at their fair value, liquidated or closed by an offsetting transaction.

However, the Company may invest a maximum of 10% of the net asset value of any one sub-fund in securities and money market instruments other than those designated in (a) to (e), and, if no further investments in target funds are expressly permitted in the Special Part of the statutory prospectus, a maximum of 10% of the net asset value of any one sub-fund in target funds (i.e. shares in UCITS and/or other UCI as defined by letter c) above). However, the Board of Directors, can decide in accordance with chapter 9 of the Law of 2010 and under the conditions set forth therein that a sub-fund (“feeder”) invests at least 85% of its assets in units of another UCITS (or sub-fund thereof) authorised under EU Directive 2009/65/EC, which is not itself a feeder and does not hold units of a feeder. This option only exists when it is expressly mentioned in the statutory prospectus.

The Company may invest up to 10% of the net asset value of any sub-fund in securities or money market instruments of one and the same issuer. The Company may invest up to 20% of the net asset value of any sub-fund in deposits with one and the same institution.

The limit mentioned in the first sentence of the previous paragraph shall be increased to 35% if the securities or money market instruments are issued or guaranteed by an EU member state or its local authorities, by a third country or by public international institutions to which one or more member states belong.

By way of derogation from the previous paragraphs, in accordance with the principle of risk diversification, the Company is authorised to invest up to 100% of the net assets of a sub-fund in transferable securities and money market instruments issued or guaranteed by an EU member state or its local authorities, by a member state of the OECD or by international public organisations to which one or more member states belong, provided that the relevant sub-fund holds securities and money market instruments from at least six different issues and that securities from one issue do not account for more than 30% of the total net assets of the sub-fund.

If multiple sub-funds exist, in accordance with the provisions set out in Article 181 (8) of the Law of 2010, one sub-fund may invest in other sub-funds of the Company.

In addition, the Company shall comply with all further restrictions defined by the prudential authorities of those countries in which shares are admitted for public offering.

In the event that any amendment made to the Law of 2010 should result in significant differences, the Board of Directors may determine that such new provisions should apply.

Pooling and “co-management”

Art. 17. The assets of a sub-fund may be managed using pooling.

In such case, the assets of a number of sub-funds are managed together. These assets are described as a “pool”, whereby such pools are only used for internal management purposes. The pools have no separate legal identity and they are not directly accessible to shareholders. For each sub-fund co-managed with other sub-funds, its specific assets are attributed to it in the books.

In cases where the assets of one or more sub-funds are managed together, the assets allocated to each of the participating sub-funds are determined on the basis of the initial allocation of assets to the pool, and they will be amended in the event of additional subscriptions or redemptions in proportion to such subscriptions and redemptions.

The claims of each participating sub-fund to the jointly managed assets shall be applicable to each and every investment in the pool.

Additional investments made in the name of the jointly managed sub-funds shall be allocated to the sub-funds on the basis of their respective rights, and any assets sold are withdrawn from the relevant assets of each participating sub-fund on the same basis.

Furthermore, insofar as is compatible with the investment policy of the relevant sub-funds, the Board of Directors may determine, with a view to ensuring efficient management, that all or part of the assets of one or more sub-funds will be managed jointly with the assets of other UCIs through a “co-management” arrangement, as described in the prospectus. In this case the above regulations apply *mutatis mutandis*.

Conflicts of interest

Art. 18. No contract or other transaction between the Company and any other company or organisation shall be impaired or rendered invalid by the fact that one or more members of the Board of Directors or managers of the Company are involved in another company as a member of the Board of Directors, shareholder, manager or employee, or otherwise personally involved in such company or organisation.

Any member of the Board of Directors or any other body of the Company acting as a member of the Board of Directors, shareholder, manager or employee in another company or organisation entering into a contractual relationship with the Company or transacting any other business with it, shall not be prevented by such connection with the other company or organisation from acting for the Company and deciding on its legal transactions.

If a member of the Board of Directors or a manager of the Company has a personal interest in a transaction of the Company, he shall declare such personal interest to the Board of Directors, and shall not be involved in deliberating on and voting on the transaction. The transactions and the personal interest of a member of the Board of Directors or a manager shall be disclosed at the next general meeting.

The above provisions do not apply if the transactions in question are executed as part of day-to-day business operations at standard terms.

Indemnity

Art. 19. The Company shall indemnify each member of the Board of Directors and each manager, or his heirs, executors and administrators, against all costs reasonably incurred in connection with any legal dispute/action or judicial proceedings in which he becomes involved in his capacity as current or former member of the Board of Directors or as manager of the Company, or as a result of a function performed, at the request of the Company, at another organisation with which the Company has a contractual relationship or of which it is a creditor, unless he is indemnified against any liability in respect of such legal dispute or action. This provision excludes incidents in respect of which there is a legal finding of gross negligence or poor management against them resulting from an action or legal process. In the event of debt composition proceedings, compensation shall be paid only in respect of matters covered by the debt composition proceedings and with regard to which the Company obtains confirmation from its lawyers that there has been no violation of duties by the liable person. The above indemnity rights shall not exclude other rights to which the above persons have a justified claim.

Representation

Art. 20. In order to place the Company under an obligation, the joint signatures of two members of the Board of Directors of the Company shall be required or, provided the Board of Directors has made the corresponding resolutions, the joint signatures of one member of the Board of Directors and a manager, a holder of general commercial power of attorney or other holder of power of attorney, or else by the individual or joint signature of such authorised person for specific individual transactions or areas of business for which the appropriate authority has been issued by a resolution of the Board of Directors or by two members of the Board of Directors.

Auditor

Art. 21. The general meeting of the Company shall appoint an auditor (“réviseur d'entreprise agréé”), who shall perform the duties described in Article 154 of the Law of 2010 in respect of the Company.

Redemption and switching of shares

Art. 22.

Redemption

As set forth in detail below, the Company is entitled to redeem its shares at any time, subject to the statutory restrictions with regard to the minimum capital.

All shareholders may request that the Company redeem all or some of their shares, subject to deferral of redemption (as defined below).

The Board of Directors may resolve to defer the redemption or switching of shares if the Company receives redemption or switching applications on a valuation day or over a period of several valuation days defined in the prospectus which exceed a percentage defined in the prospectus of outstanding shares in a sub-fund. The Board of Directors will define the maximum deferral period in the prospectus. Such applications for redemption or switching shall have priority with respect to applications received subsequently.

Unless otherwise provided in the prospectus, the redemption price is usually paid within five business days in Luxembourg after the relevant valuation day. The redemption price is calculated on the basis of the net asset value per share of the relevant sub-fund or relevant share class in accordance with the provisions of Article 24 of these Articles of Association, less a redemption fee which is decided on by the Board of Directors and set out in the statutory prospectus.

If, as a result of exceptional circumstances, the liquid funds of the assets of a sub-fund are insufficient to pay the redemption price within the above period, payment shall be made as soon as possible, but without any interest payments where this is legally permissible.

The application for redemption of shares is to be sent by the shareholder in writing directly to the Company or to one of the distributors by a point in time prior to the valuation day on which the shares are to be redeemed as stipulated in the statutory prospectus. A correctly submitted application for redemption is irrevocable, except in the case of and during the period of a suspension or postponement of redemptions. All redeemed shares are cancelled.

Switching

In principle, each shareholder may apply to switch some or all of his shares for shares in another sub-fund on a valuation day applicable to both sub-funds or switch shares within a sub-fund between different share classes in accordance with the switching formula set forth in the prospectus and with the principles and restrictions, if any, laid down by the Board of Directors in respect of each subfund.

The Board of Directors is entitled to impose restrictions and conditions on the switching of shares of one sub-fund into shares of another sub-fund or, within a sub-fund, into other share classes; such restrictions and conditions will be set out in the applicable statutory prospectus. In particular, the Board of Directors may:

- limit the frequency of switching applications;
- apply a fee to the switching of share classes or of shares for shares in other sub-funds;
- exclude the switching of share classes within the same sub-fund.

Liquidation

If, for whatever reason, the net asset value of the assets in a sub-fund falls below a certain amount or fails to reach the amount set by the Board of Directors as the appropriate minimum asset level for the sub-fund in question, or if the Board of Directors regards it as appropriate because of changes in economic or political circumstances which have an influence on the sub-fund in question, or if it is in the interests of shareholders, the Board of Directors may redeem all (but not just some) shares in the relevant sub-fund at a redemption price which reflects the anticipated sale and liquidation costs for closing the sub-fund, but without otherwise charging a redemption fee, or may merge the sub-fund with another sub-fund of the Company or with another UCITS.

Closure of a sub-fund in connection with the forced redemption of all relevant shares for reasons other than those mentioned in the previous paragraph may be decided upon only with the prior consent of the shareholders of the sub-fund to be closed or merged which is obtained at a duly convened separate meeting of shareholders in the relevant sub-fund; this meeting may be validly held without a quorum and may decide by a majority of 50% of the shares of which the holders are present or represented.

If a sub-fund is the feeder of another UCITS (or a sub-fund thereof), the merger or liquidation of this other UCITS (or its sub-funds) leads to the liquidation of the feeder, unless, with the approval of the supervisory authority, the feeder changes its investment policy in the context of the limits of Part 1 of the Law of 2010. This option only exists when it is expressly mentioned in the statutory prospectus.

Liquidation proceeds which could not be paid to the shareholders on conclusion of the liquidation of a sub-fund will be deposited with the Caisse de Consignation in Luxembourg and will become void after thirty (30) years.

The Company must inform the shareholders about the liquidation. Such notification will be made by letter and/or, where applicable, in the form stipulated by the applicable law of the countries in which the shares are distributed.

Merger

The Board of Directors may also merge any sub-fund with another sub-fund of the Company or with another UCITS in accordance with Directive 2009/65/EC or another sub-fund of such. A merger decided by the Board of Directors, which is to be implemented in accordance with the provisions of chapter 8 of the Law of 2010, is binding on the shareholders of the relevant sub-fund upon thirty days' prior notice thereof being given to the shareholders concerned. This deadline is five (5) business days before the valuation day relevant for the merger.

The Company must inform the shareholders about the merger. Such notification will be made by letter and/or, where applicable, in the form stipulated by the applicable law of the countries in which the shares are distributed.

Shareholders requesting redemption of their shares during this period may not be charged a redemption fee with the exception of the amounts retained by the Company to cover costs connected with divestments.

A merger of one or more sub-funds as a result of which the Company ceases to exist must be decided the General Meeting and recorded by the notary. No quorum is required for such decisions; a simple majority of the shareholders present or represented shall suffice.

Valuations and the suspension of valuations

Art. 23. The net asset value of the Company, the net asset value per share in each sub-fund and, where applicable, the net asset value of the share classes issued within a sub-fund (together "net asset value"), are calculated in the relevant currency on every valuation day - as defined below - except in the circumstances of suspension described below. A valuation day for each sub-fund is each bank working day in Luxembourg which at the same time is not a usual public holiday for the exchanges or other markets which represent the basis for valuation for a significant portion of the net asset value of the

relevant sub-fund, as determined by the Company, insofar as the statutory prospectus makes no other provisions with regard to a given sub-fund. However, a valuation day must be set on a bank working day in Luxembourg at least twice a month.

The Company may temporarily suspend the calculation of the net asset value of each sub-fund and the issue, switching and redemption of shares within the sub-fund, as well as the switching from and into shares of a sub-fund, in the following circumstances:

- a) if one or more stock exchanges or other markets forming the basis of valuation for a substantial part of the net asset value of the sub-fund (except on customary public holidays) is closed or if trading is suspended; or
- b) where in the opinion of the Board of Directors it is impossible to sell or to value assets as a result of particular circumstances; or
- c) where the communication technology normally used in determining the price of a security of the sub-fund fails or provides only partial functionality; or
- d) if the transfer of moneys for the purchase or sale of assets by the Company is impossible; or
- e) if a sub-fund is a feeder of another UCITS (or a sub-fund thereof), if and as long as this other UCITS (or its sub-funds) temporarily suspends the issue or redemption of its shares; or
- f) in the event of a merger of one sub-fund with another sub-fund or with another UCITS (or a sub-fund thereof), provided that this appears justified for the purposes of protecting the shareholders; or
- g) if, because of unforeseen circumstances, a large number of redemption applications have been received and the interests of the shareholders remaining in the sub-fund are thereby endangered in the view of the Board of Directors; or
- h) in the event of a decision to liquidate the Company, on or after the day of publication of the initial convening of a General Meeting of Shareholders for this purpose.

The Company shall suspend the issue, redemption and switching of shares without delay as soon as an event resulting in liquidation occurs or such is required by CSSF.

Shareholders having offered their shares for redemption or switching shall be notified of any suspension in writing within seven (7) days of such suspension, and immediately of the ending of such suspension.

The suspension of the issue, redemption and switching of shares in any one sub-fund shall not affect the calculation of the net asset value or the issue, redemption and switching of shares in the other sub-funds.

Calculation of net asset value

Art. 24. The net asset value per share of each sub-fund and, where applicable, the net asset value of the share classes issued within a sub-fund, are determined on each valuation day by dividing the total net asset value of the assets of the sub-fund or share class in question by the number of the outstanding shares in that sub-fund or share class. The total net asset value of the sub-fund or share class represents the market value of the assets contained in it, less the liabilities.

Calculation rules

Art. 25. The calculation of the net asset values of the various sub-funds shall be carried out as follows:

(A) Assets

The assets of the Company include the following:

- a) all available cash holdings or cash in accounts, including interest accrued;
- b) all bills of exchange and other sight deposits (including proceeds from the sale of securities not yet credited);
- c) all securities (shares, fixed-interest and variable-rate securities, stocks, option or subscription rights, warrants and other investments and securities in the possession of the Company);
- d) all dividends and distributions due to the Company in cash or in kind, to the extent known to the Company; the Company may however adjust the valuation to as a result of fluctuations of the market value of securities due to trading practices such as the trading of ex-dividends or ex-subscription rights;
- e) all interest accrued on interest-bearing securities held by the Company, where such interest does not form part of the principal claim;
- f) all financial rights arising from the use of derivative instruments;
- g) the provisional expenses of the Company, where they have yet not been written off, on condition that it is permitted to write off such provisional expenses against the capital of the Company; and
- h) all other assets of all kinds and compositions, including expenses paid in advance.

The value of the above assets shall be determined as follows:

- 1) The value of freely available cash holdings, deposits, bills of exchange and sight deposits, expenses paid in advance, cash dividends and interest as per confirmation or accrued but not received, as described above, shall be calculated at the full amount, unless for some reason payment is not likely at all or in part, in which case the value shall be determined after deducting an amount at the discretion of the Board of Directors, with the aim of determining the effective value.
- 2) Securities that are officially listed on a stock exchange or traded on another regulated market shall be valued using the latest available price on the principal market on which the securities are traded. The services of an information agency approved by the Board of Directors may be used. The valuation of securities whose listing price is not representative and

all other approved assets (including securities not listed on a stock exchange or traded on a regulated market) is based on their probable realisation price determined with care and in good faith by or under the supervision of Company.

3) All assets and liabilities in a currency other than that of the sub-fund in question are converted into the currency of the sub-fund using an exchange rate supplied by a bank or other responsible financial institution at the time of valuation.

4) Shares issued by open-ended UCIs are valued at their last available net asset value. In derogation of this, open-ended UCIs which also qualify as exchange-traded funds (ETFs) are valued at their closing price on the stock exchange on which they are listed.

5) The market value of futures, forwards or options contracts that are not traded on a stock exchange or other regulated market is determined according to the guidelines laid down by the Board of Directors and in a consistent manner. The market value of futures, forwards or options contracts that are traded on a stock exchange or other regulated market is determined on the basis of the last available settlement price for the contracts on stock exchanges and regulated markets on which futures, forwards or options contracts of this type are traded, with the proviso that, in the case of futures, forwards or options contracts that could not be sold on a valuation day, the market value of this contract shall be determined on the basis of a value which the Board of Directors deems reasonable and appropriate.

6) Liquid assets and money market instruments may be valued at their nominal value plus accrued interest or after deduction of pre-scheduled depreciation of historic costs. The latter valuation method may cause the value to differ temporarily from the price which the Company would receive upon sale of the investment. The Company shall monitor this valuation method and, if necessary, recommend changes to ensure that these assets are valued in an appropriate way, determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors.

If the Company is of the opinion that a deviation from the scheduled depreciation of historic costs per share would lead to significant dilution or other unjustified effects on the shareholders, it shall make such corrections as it sees fit to prevent or limit dilution or unjustified effects, in so far as this is reasonably possible.

7) The swap transactions are, in principle valued on the basis of the valuations received from the swap counterparty. The values can be the bid, offer or mid price, as determined in good faith according to the method specified by the Board of Directors. If, in the opinion of the Board of Directors, these values do not reflect the appropriate market value for the relevant swap transactions, the value of the swap transactions will be ascertained by the Board of Directors in good faith or in accordance with another method which appears to the Board of Directors at its own discretion to be suitable.

8) If, as a result of particular circumstances, such as hidden credit risk, the valuation cannot be properly carried out on the basis of the above rules, the Company is entitled to apply other valuation rules, which can be scrutinised by auditors, in order to arrive at a reasonable valuation of the assets.

(B) Liabilities

The liabilities of the Company shall include the following:

a) all credits, bills of exchange and other payable amounts, including deposits lodged as security, for example margin accounts, etc. in connection with the use of derivative instruments; and

b) all due/accrued administrative expenses including the costs associated with formation and registration, and legal fees, auditor's fees, all fees of the investment advisers, custodian, distributors and other representatives and agents of the Company, the costs of statutory notices and the statutory prospectus, the financial reports and other documents made available to shareholders. If the scale of fees for such services, as agreed between the Company and the appointed service providers (such as investment advisers, sales advisers or the custodian), differ from one sub-fund to another, the varying fees shall only apply to the respective sub-funds. Marketing and advertising expenses may only be charged to a sub-fund in isolated cases following a decision of the Board of Directors; and

c) all known liabilities, present and future, including any dividend declared but not yet paid; and

d) an appropriate amount set aside for taxes, calculated on the day of valuation, and other accruals or reserves authorised by the Board of Directors; and

e) all other liabilities of the Company of whatsoever kind and nature towards third parties.

Any liability of whatsoever kind and nature towards third parties shall be restricted to the respective sub-fund(s).

In calculating its liabilities, the Company may include all administrative and other expenses that are regular or periodic in nature by calculating a total amount for the year or other period, and then dividing the amount proportionally to the relevant period. This method of calculation must only be applied to administrative and other expenses affecting all sub-funds equally.

(C) Classification of assets and liabilities

For each sub-fund, the Board of Directors shall establish an asset division as follows:

a) In the accounts of the Company, the proceeds from the allocation and issue of shares of each sub-fund shall be allocated to the asset division for which the sub-fund has been opened, and the corresponding assets and liabilities, in addition to income and expenditure, shall be allocated to this asset division in accordance with the guidelines in this article.

b) If an asset has been derived from another asset, the asset thus derived shall be allocated in the accounts to the same sub-fund as the asset from which it derives, and whenever an asset is revalued, any increase/loss in value shall be allocated to the relevant sub-fund.

c) If the Company has assumed a liability that relates to some asset in a particular sub-fund or to some activity in connection with an asset in a particular sub-fund, the liability shall be allocated to the sub-fund in question.

d) If an asset or liability of the Company cannot be regarded as having a particular value to be allocated to a particular sub-fund, and it does not affect all sub-funds equally, the Board of Directors may allocate such asset or liability in good faith;

e) From the date on which a dividend is declared for a sub-fund, the net asset value of the sub-fund shall be reduced by the amount of the dividend, subject, however, to the rules governing the sale and redemption price of the shares of each sub-fund as set out in these articles.

(D) General provisions

For the purposes of this article, the following shall apply to the process of valuation:

a) Shares redeemed in accordance with Article 22 of these Articles of Association shall be treated and registered as existing until just after the time, fixed by the Board of Directors or its authorised representative, at which such valuation is carried out, and from this time until the price has been paid, they shall be treated as a liability of the Company;

b) all investments, cash holdings and other assets of any sub-fund in a currency other than the currency of the sub-fund in question, shall be converted on the basis of their market value, using the exchange rate applicable on the date of the net asset valuation; and

c) on each valuation day, all purchases and sales of securities contracted by the Company on that valuation day shall be included in the valuation, to the extent possible.

Selling price and redemption price

Art. 26. Whenever the Company offers shares for subscription, the price of the shares offered is to be based on the net asset value (as defined above) for the relevant sub-fund or relevant share class, and increased by the amount of a sales fee as determined by the Board of Directors and indicated in the applicable prospectus of the Company. The sales fee is to be paid wholly or in part to the distributors or to the Company; such sales fees are based on the applicable laws and must not exceed a maximum determined by the Board of Directors. The sales fee may differ for each sub-fund or share class, but, within a sub-fund or a share class, all subscription applications on the same issue date must be treated equally insofar as the applicable sales fee will be paid to the Company. The price arrived at in this way (“selling price”) shall be paid within a period determined by the Board of Directors, which shall not exceed seven (7) Luxembourg business days from the allocation of shares, unless otherwise provided for in the statutory prospectus. The selling price may, upon approval of the Board of Directors, and subject to all applicable laws, namely with respect to a special audit report from the auditors of the Company confirming the value of any assets contributed in kind, be paid by contributing to the Company securities acceptable to the Board of Directors consistent with the investment policy and investment restrictions of the Company.

For any redemption of shares, the share price at which the shares will be redeemed will be calculated on the basis of the net asset value of the relevant sub-fund or relevant share class, and reduced by a redemption fee as determined by the Board of Directors and indicated in the applicable statutory prospectus of the Company. The redemption fee is to be paid wholly or in part to the distribution agents; this redemption fee may differ for each sub-fund or share class. The price arrived at in this way (“redemption price”) shall be paid in accordance with Article 23 of these Articles of Association.

In special cases the redemption price may also be paid at the request of or with the approval of the relevant shareholder by means of a distribution in kind (payment in kind), the valuation of which must be confirmed by the company’s auditor. The equal treatment of all shareholders must be guaranteed.

In the event the statutory prospectus so provides, the selling price or the redemption price may be established using the so-called “swing pricing” pricing method. In such cases, the selling price or redemption price corresponds to a standard price that is arrived at by modifying the net asset value as follows: The net subscriptions or the net redemptions are determined for each valuation date. On each valuation date, the net asset value is then increased or reduced by the costs resulting on average from the investment of the net subscriptions or the sale of investments as a result of net redemptions.

Financial year

Art. 27. The financial year of the Company begins on 1 July and ends on 30 June of the following year.

The annual reports of the Company shall be consolidated in Swiss francs. If certain sub-funds, as provided in Article 5, contain assets denominated in currencies other than Swiss francs, the amounts shall be converted into Swiss francs and shall be shown in Swiss francs in the consolidated, audited annual report, including the balance sheet and the profit and loss account to be made available, with the report of the Board of Directors, to all shareholders fifteen (15) days before each General Meeting.

Distribution of profits

Art. 28. At the request of the Board of Directors, the separate meetings of shareholders of the individual sub-funds decide each year on the dividends to be distributed by the Company. The Company may make distributions insofar as capital is not reduced below the minimum capital applying to the Company as defined in Article 5 of these Articles of Association.

If dividends are declared for the distributing shares of a sub-fund, the selling and redemption prices of the distributing shares of the sub-fund in question shall be adjusted accordingly. In the case of accumulating shares, no dividends are distributed. Instead, the amount accruing to accumulating shares shall be reinvested for the benefit of the shareholders.

Interim distributions may be made at any time by decision of the Board of Directors, insofar as capital is not reduced below the minimum capital applying to the Company as defined in Article 5 of these Articles of Association.

Where dividends are declared, they shall generally be paid in the currency of the relevant sub-fund, although it may be paid in another currency determined by the Board of Directors, which shall also determine the locations and times of payment. The Board of Directors may make a final determination of the rate of exchange applicable to translate dividends into the currency of their payment.

Proceeds from liquidation

Art. 29. If the Company is wound up, the liquidation shall be conducted by one or more liquidators appointed by the general meeting, which shall decide on the question of liquidation and which shall lay down the respective powers and remuneration. The net proceeds from liquidation shall be divided among the shareholders in each sub-fund and share class in proportion to the shares held in the respective sub-fund/share class.

Amendments to the Articles of Association

Art. 30. These Articles of Association may be amended or supplemented at any time by a resolution of the shareholders of the Company, provided the quorum and majority requirements laid down in the Law of 1915 are observed in the voting. Any alteration of the rights of shareholders in one sub-fund compared with the rights of shareholders in another sub-fund shall only be permissible if the requirements relating to amendments to the Articles of Association provided for in the Law of 1915 are adhered to within the affected sub-fund.

General

Art. 31. All matters not dealt with by these Articles of Association are governed by the Law of 1915 and the Law of 2010.

Im Falle von Abweichungen zwischen dem deutschen und dem englischen Text, hat die deutsche Fassung Vorrang.

Worüber Urkunde aufgenommen und geschlossen in Luxemburg, am Datum wie eingangs erwähnt.

Und nach Vorlesung alles Vorstehenden an die Komparenten, welche alle dem Notar nach Namen, Vornamen, Stand und Wohnort bekannt sind, haben alle mit Uns, Notar, die gegenwärtige Urkunde, unterschrieben.

Gezeichnet: P. EBER-DANNHAUER, S. THIER, N. KRUSE und H. HELLINCKX.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 1, le 18 décembre 2015. Relation: 1LAC/2015/40670. Reçu soixante-quinze euros (75,- EUR).

Le Receveur (signé): P. MOLLING.

FÜR GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG, der Gesellschaft auf Begehrt erteilt.

Luxemburg, den 12. Januar 2016.

Référence de publication: 2016050519/1438.

(160008872) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 15 janvier 2016.

Eti International S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2550 Luxembourg, 38, avenue du X Septembre.

R.C.S. Luxembourg B 140.813.

L'an deux mille quinze, le vingt-six octobre.

Pardevant Maître Joëlle BADEN, notaire de résidence à Luxembourg,

s'est réunie

l'assemblée générale extraordinaire des actionnaires de la société anonyme ETI INTERNATIONAL S.A., ayant son siège social à L-2550 Luxembourg, 38, avenue du X septembre, inscrite au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg, sous le numéro B 140.813, constituée suivant acte notarié en date du 21 juillet 2008, publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, numéro 2127 du 2 septembre 2008 (ci-après la «Société»), dont les statuts n'ont jamais été modifiés.

L'assemblée est ouverte sous la présidence de Madame Flora GIBERT, employée, avec adresse professionnelle à Luxembourg.

qui désigne comme secrétaire Madame Martine ZELLINGER, employée, avec adresse professionnelle à Luxembourg.

L'assemblée choisit comme scrutateur Madame Flora GIBERT prénommée.

Le bureau ainsi constitué, le Président expose et prie le notaire instrumentant d'acter:

I.- Que la présente assemblée générale extraordinaire a pour

Ordre du jour:

1. Décision de procéder à une refonte des statuts afin de les adapter au statut d'une société anonyme unipersonnelle, en prévoyant notamment la possibilité pour la Société d'être administrée par un administrateur unique.

2. Acceptation de la démission des administrateurs et nomination d'un administrateur unique.

3. Divers.

II.- Que les actionnaires présents ou représentés, les mandataires des actionnaires représentés, ainsi que le nombre d'actions qu'ils détiennent sont indiqués sur une liste de présence; cette liste de présence, après avoir été signée par les actionnaires présents, les mandataires des actionnaires représentés ainsi que par les membres du bureau, restera annexée au présent procès-verbal pour être soumise avec lui à la formalité de l'enregistrement.

Resteront pareillement annexées aux présentes les procurations des actionnaires représentés, après avoir été paraphées ne varietur par les comparants.

III.- Que l'intégralité du capital social étant présente ou représentée à la présente assemblée, il a pu être fait abstraction des convocations d'usage, les actionnaires présents ou représentés se reconnaissant dûment convoqués et déclarant par ailleurs avoir eu connaissance de l'ordre du jour qui leur a été communiqué au préalable.

IV.- Que la présente assemblée, réunissant l'intégralité du capital social, est régulièrement constituée et peut délibérer valablement, telle qu'elle est constituée, sur les points portés à l'ordre du jour.

L'assemblée générale, après avoir délibéré, prend à l'unanimité des voix la résolution suivante:

Première résolution:

L'assemblée générale décide de procéder à une refonte des statuts afin de les adapter au statut d'une société anonyme unipersonnelle, en autorisant notamment la possibilité pour la Société d'être administrée par un administrateur unique.

L'assemblée décide que les statuts auront désormais la teneur suivante:

« **Art. 1^{er}. Forme - Dénomination.** Il est établi une société anonyme sous la dénomination de «ETI INTERNATIONAL S.A.» (ci-après, la Société).

La Société peut avoir un Actionnaire Unique (l'"Actionnaire Unique") ou plusieurs actionnaires (les Actionnaires). La Société ne pourra pas être dissoute par la mort, la suspension des droits civiques, la faillite, la liquidation ou la banqueroute de l'Actionnaire Unique.

Art. 2. Siège Social. Le siège social de la Société est établi à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg (Luxembourg).

Il pourra être transféré dans les limites de la commune de Luxembourg par simple décision du Conseil d'Administration de la Société (le Conseil d'Administration) ou, dans le cas d'un Administrateur Unique (l'Administrateur Unique) par une décision de l'Administrateur Unique.

Lorsque le Conseil d'Administration estime que des événements extraordinaires d'ordre politique ou militaire de nature à compromettre l'activité normale au siège social, ou la communication aisée entre le siège social et l'étranger se produiront ou seront imminents, il pourra transférer provisoirement le siège social à l'étranger jusqu'à cessation complète de ces circonstances anormales. Cette mesure provisoire n'aura toutefois aucun effet sur la nationalité de la Société, qui restera une société luxembourgeoise.

Art. 3. Durée de la Société. La Société est constituée pour une période illimitée.

La Société peut être dissoute, à tout moment, par résolution de l'Assemblée Générale (telle que définie ci-après) de la Société statuant comme en matière de modifications des Statuts, tel que prescrit à l'article 21 ci-après.

Art. 4. Objet Social. La Société a pour objet la prise de participations, sous quelque forme que ce soit, dans des sociétés luxembourgeoises ou étrangères, ainsi que l'acquisition par achat, souscription ou de toute autre manière, ainsi que l'aliénation par vente, échange ou de toute autre manière de titres, obligations, billets, brevets et licences, et autres valeurs de toutes espèces, la possession, l'administration, le développement et la gestion de son portefeuille.

La Société peut participer à la création et au développement de n'importe quelle entreprise financière, industrielle ou commerciale, tant au Grand-Duché de Luxembourg qu'à l'étranger.

La Société pourra emprunter sous quelque forme que ce soit. Elle peut procéder à l'émission de parts et d'obligations et d'autres titres représentatifs d'emprunts et/ou de créances. La Société pourra prêter des fonds, y compris ceux résultant des emprunts et/ou des émissions d'obligations, à ses filiales, sociétés affiliées et à toute autre société. Elle peut également consentir des garanties ou des sûretés au profit de tierces personnes afin de garantir ses obligations ou les obligations de ses filiales, sociétés affiliées ou de toute autre société. La Société pourra en outre gager, nantir, céder, grever de charges toute ou partie de ses avoirs ou créer, de toute autre manière, des sûretés portant sur toute ou partie de ses avoirs.

D'une façon générale, elle peut prendre toutes mesures de contrôle et de surveillance et faire toutes opérations qu'elle jugera utiles à l'accomplissement ou au développement de son objet, en restant toutefois dans les limites tracées par la loi du 10 août 1915 concernant les sociétés commerciales telle que modifiée (la Loi).

Art. 5. Capital Social. Le capital social souscrit est fixé à trente et un mille euros (EUR 31.000,-) représenté par trois cent dix (310) actions d'une valeur nominale de cent euros (EUR 100,-) chacune.

Art. 6. Actions. Les actions sont nominatives ou au porteur, au choix de l'Actionnaire, sauf dispositions contraires de la loi.

Les actions de la Société peuvent être créées, au choix du propriétaire, en titres unitaires ou en certificats représentatifs de plusieurs actions.

La Société pourra racheter ses propres actions dans les limites prévues par la loi.

Art. 7. Transfert des Actions. Le transfert des actions peut se faire par une déclaration écrite de transfert inscrite au registre de(s) Actionnaire(s) de la Société, cette déclaration de transfert devant être datée et signée par le cédant et le cessionnaire ou par des personnes détenant les pouvoirs de représentation nécessaires pour agir à cet effet ou, conformément aux dispositions de l'article 1690 du code civil luxembourgeois relatives à la cession de créances.

Le transfert des actions au porteur est soumis aux dispositions de l'article 42 de la Loi.

La Société pourra également accepter comme preuve de transfert d'actions, d'autres instruments de transfert, dans lesquels les consentements du cédant et du cessionnaire sont établis, jugés suffisants par la Société.

Art. 8. Réunions de l'assemblée des Actionnaires de la Société. Dans l'hypothèse d'un Actionnaire Unique, ce dernier aura tous les pouvoirs conférés à l'Assemblée Générale. Dans ces Statuts, toute référence aux décisions prises ou aux pouvoirs exercés par l'Assemblée Générale sera une référence aux décisions prises ou aux pouvoirs exercés par l'Actionnaire Unique tant que la Société n'a qu'un Actionnaire Unique. Les décisions prises par l'Actionnaire Unique sont enregistrées par voie de procès-verbaux.

Dans l'hypothèse d'une pluralité d'Actionnaires, toute Assemblée Générale de la Société (l'Assemblée Générale) régulièrement constituée représente tous les Actionnaires de la Société. Elle a les pouvoirs les plus larges pour ordonner, faire ou ratifier tous les actes relatifs aux opérations de la Société.

L'Assemblée Générale annuelle se réunit de plein droit le deuxième jeudi du mois de mai à 18.00 heures au siège social ou à tout autre endroit à désigner par les avis de convocation. Si ce jour est un jour férié légal, l'assemblée se réunira le premier jour ouvrable suivant.

Tout Actionnaire de la Société peut participer à l'Assemblée Générale par conférence téléphonique, visio-conférence ou tout autre moyen de communication similaire grâce auquel (i) les Actionnaires participant à la réunion de l'Assemblée Générale peuvent être identifiés, (ii) toute personne participant à la réunion de l'Assemblée Générale peut entendre et parler avec les autres participants, (iii) la réunion de l'Assemblée Générale est retransmise en direct et (iv) les Actionnaires peuvent valablement délibérer; la participation à une réunion de l'Assemblée Générale par un tel moyen de communication équivaldra à une participation en personne à une telle réunion.

Art. 9. Délais de convocation, quorum, procurations, avis de convocation. Les délais de convocation et quorum requis par la loi seront applicables aux avis de convocation et à la conduite de l'Assemblée Générale, dans la mesure où il n'en est pas disposé autrement dans les Statuts.

Chaque action donne droit à une voix.

Dans la mesure où il n'en est pas autrement disposé par la loi ou par les Statuts, les décisions de l'Assemblée Générale dûment convoquée sont prises à la majorité simple des Actionnaires présents ou représentés et votants.

Chaque Actionnaire pourra prendre part aux assemblées générales des Actionnaires de la Société en désignant par écrit, soit en original, soit par télécopie, par câble, par télégramme, par télex ou par courrier muni d'une signature électronique conforme aux exigences de la loi luxembourgeoise, une autre personne comme mandataire.

Si tous les Actionnaires sont présents ou représentés à l'Assemblée Générale, et déclarent avoir été dûment convoqués et informés de l'ordre du jour de l'Assemblée Générale, celle-ci pourra être tenue sans convocation préalable.

Les Actionnaires peuvent voter par écrit (au moyen d'un bulletin de vote) sur les projets de résolutions soumis à l'Assemblée Générale à la condition que les bulletins de vote incluent (1) les nom, prénom adresse et signature des Actionnaires, (2) l'indication des actions pour lesquelles l'Actionnaire exercera son droit, (3) l'agenda tel que décrit dans la convocation et (4) les instructions de vote (approbation, refus, abstention) pour chaque sujet de l'agenda. Les bulletins de vote originaux devront être reçus par la Société 72 (soixante-douze) heures avant la tenue de l'Assemblée Générale.

Art. 10. Administration de la Société. Dans ces Statuts, toute référence au Conseil d'Administration sera une référence à l'Administrateur Unique (tel que défini ci-après) (dans l'hypothèse où la Société n'a qu'un seul administrateur) tant que la Société a un Actionnaire Unique.

Tant que la Société n'a qu'un Actionnaire Unique, la Société peut être administrée par un Administrateur Unique seulement qui n'a pas besoin d'être l'Actionnaire Unique de la Société (l'Administrateur Unique). Si la Société a plus d'un Actionnaire, la Société sera administrée par un Conseil d'Administration comprenant au moins trois (3) administrateurs, lesquels ne seront pas nécessairement Actionnaires de la Société. Dans ce cas, l'Assemblée Générale doit nommer au moins 2 (deux) nouveaux administrateurs en plus de l'Administrateur Unique en place. L'Administrateur Unique ou, le cas échéant, les administrateurs seront élus pour un terme ne pouvant excéder six ans et ils seront rééligibles.

Lorsqu'une personne morale est nommée administrateur de la Société (la Personne Morale), la Personne Morale doit désigner un représentant permanent qui représentera la Personne Morale conformément à l'article 51bis de la Loi.

Le(s) administrateur(s) seront élus par l'Assemblée Générale. Les Actionnaires de la Société détermineront également le nombre d'administrateurs, leur rémunération et la durée de leur mandat. Un administrateur peut être révoqué avec ou sans motif et/ou peut être remplacé à tout moment par décision de l'Assemblée Générale.

En cas de vacance d'un poste d'administrateur pour cause de décès, de retraite ou toute autre cause, les administrateurs restants pourront élire, à la majorité des votes, un administrateur pour pourvoir au remplacement du poste devenu vacant jusqu'à la prochaine Assemblée Générale de la Société. En l'absence d'administrateur disponible, l'Assemblée Générale devra être rapidement réunie par le commissaire aux comptes et se tenir pour nommer de nouveaux administrateurs.

Art. 11. Réunion du Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration doit nommer un président (le Président) parmi ses membres et peut désigner un secrétaire, administrateur ou non, qui sera en charge de la tenue des procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration et des décisions de l'Assemblée Générale ou de l'Actionnaire Unique. Le Président présidera toutes les réunions du Conseil d'Administration et de l'Assemblée Générale. En son absence, l'Assemblée Générale ou les autres membres du Conseil d'Administration, le cas échéant, nommeront un président pro tempore qui présidera la réunion en question, par un vote à la majorité simple des administrateurs présents ou par procuration à la réunion en question.

Les réunions du Conseil d'Administration seront convoquées par le Président ou par deux administrateurs, au lieu indiqué dans l'avis de convocation qui sera au Luxembourg.

Avis écrit de toute réunion du Conseil d'Administration sera donné à tous les administrateurs au moins 24 (vingt-quatre) heures avant la date prévue pour la réunion, sauf s'il y a urgence, auquel cas la nature (et les motifs) de cette urgence seront mentionnés brièvement dans l'avis de convocation.

La réunion peut être valablement tenue sans convocation préalable si tous les administrateurs de la Société sont présents ou représentés lors du Conseil d'Administration et déclarent avoir été dûment informés de la réunion et de son ordre du jour. Il peut aussi être renoncé à la convocation écrite avec l'accord de chaque administrateur de la Société donné par écrit soit en original, soit par télécopie, câble, télégramme, par télex ou par courrier muni d'une signature électronique conforme aux exigences de la loi luxembourgeoise. Une convocation spéciale ne sera pas requise pour une réunion du Conseil d'Administration se tenant à une heure et à un endroit prévus dans une résolution préalablement adoptée par le Conseil d'Administration.

Tout administrateur pourra se faire représenter au Conseil d'Administration en désignant par écrit soit en original, soit par télécopie, câble, télégramme, par télex ou par courrier muni d'une signature électronique conforme aux exigences de la loi luxembourgeoise un autre administrateur comme son mandataire.

Tout administrateur peut participer à la réunion du Conseil d'Administration par conférence téléphonique, visio-conférence ou tout autre moyen de communication similaire grâce auquel (i) les administrateurs participant à la réunion du Conseil d'Administration peuvent être identifiés, (ii) toute personne participant à la réunion du Conseil d'Administration peut entendre et parler avec les autres participants, (iii) la réunion du Conseil d'Administration est retransmise en direct et (iv) les membres du Conseils d'Administration peuvent valablement délibérer; la participation à une réunion du Conseil d'Administration par un tel moyen de communication équivaldra à une participation en personne à une telle réunion.

Le Conseil d'Administration ne pourra délibérer et/ou agir valablement que si la majorité au moins des administrateurs est présente ou représentée à une réunion du Conseil d'Administration. Les décisions sont prises à la majorité des voix des administrateurs présents ou représentés lors de ce Conseil d'Administration. Au cas où lors d'une réunion, il existe une parité des votes pour et contre une résolution, la voix du Président de la réunion ne sera pas prépondérante.

Nonobstant les dispositions qui précèdent, une décision du Conseil d'Administration peut également être prise par voie circulaire pourvu qu'elle soit précédée par une délibération entre administrateurs par des moyens tels que mentionnés par exemple sous le paragraphe 6 du présent article 11. Une telle résolution doit consister en un seul ou plusieurs documents contenant les résolutions et signés, manuellement ou électroniquement par une signature électronique conforme aux exigences de la loi luxembourgeoise, par tous les membres du Conseil d'Administration (résolution circulaire). La date d'une telle décision sera la date de la dernière signature.

L'article 11 ne s'applique pas au cas où la Société est administrée par un Administrateur Unique.

Art. 12. Procès-verbal de réunion du Conseil d'Administration et des résolutions de l'Administrateur Unique. Les résolutions prises par l'Administrateur Unique seront inscrites dans des procès-verbaux tenus au siège social de la Société.

Les procès-verbaux des réunions du Conseil d'Administration seront signés par le Président, ou bien par un membre du Conseil d'Administration qui préside une telle assemblée. Les procès-verbaux des résolutions prises par l'Administrateur Unique seront signés par l'Administrateur Unique.

Les copies ou extraits de procès-verbaux destinés à servir en justice ou ailleurs seront signés par le Président, deux membres du Conseil d'Administration ou l'Administrateur Unique, le cas échéant.

Art. 13. Pouvoirs du Conseil d'Administration. Le Conseil d'Administration est investi des pouvoirs les plus larges pour accomplir tous les actes de disposition et d'administration dans l'intérêt de la Société, et notamment le pouvoir de transférer, céder et disposer des actifs de la Société conformément à la Loi. Tous les pouvoirs non expressément réservés par la Loi ou par les Statuts à l'Assemblée Générale sont de la compétence du Conseil d'Administration.

Art. 14. Délégation de pouvoirs. Le Conseil d'Administration peut nommer un délégué à la gestion journalière, Actionnaire ou non, membre du Conseil d'Administration ou non qui aura les pleins pouvoirs pour agir au nom de la Société pour tout ce qui concerne la gestion journalière.

Le Conseil d'Administration peut nommer une personne, Actionnaire ou non, administrateur ou non, en qualité de représentant permanent de toute entité dans laquelle la Société est nommée membre du Conseil d'Administration. Ce représentant permanent agira de son propre chef, mais au nom et pour le compte de la Société et engagera la Société en sa qualité de membre du Conseil d'Administration de toute telle entité.

Le Conseil d'Administration est aussi autorisé à nommer une personne, administrateur ou non pour l'exécution de missions spécifiques à tous les niveaux de la Société.

Art. 15. Signatures autorisées. La Société sera engagée, en toutes circonstances (y compris dans le cadre de la gestion journalière), vis-à-vis des tiers par (i) la signature conjointe de deux administrateurs de la Société ou (ii) en cas d'Administrateur Unique par sa signature unique ou (iii) par les signatures conjointes de toutes personnes ou l'unique signature de toute personne à qui de tels pouvoirs de signature auront été délégués par le Conseil d'Administration ou par l'Administrateur Unique et ce dans les limites des pouvoirs qui leur auront été conférés.

Art. 16. Conflit d'intérêts. Aucun contrat ou autre transaction entre la Société et une quelconque autre société ou entité ne seront affectés ou invalidés par le fait qu'un ou plusieurs administrateurs ou fondés de pouvoir de la Société auraient un intérêt personnel dans, ou sont administrateur, associé, fondé de pouvoir ou employé d'une telle société ou entité.

Tout administrateur ou fondé de pouvoir de la Société, qui est administrateur, fondé de pouvoir ou employé d'une société ou entité avec laquelle la Société contracterait ou s'engagerait autrement en affaires, ne pourra, en raison de sa position dans cette autre société ou entité, être empêchée de délibérer, de voter ou d'agir en relation avec un tel contrat ou autre affaire.

Au cas où un administrateur de la Société aurait un intérêt personnel et contraire dans une quelconque affaire de la Société, cet administrateur devra informer le Conseil d'Administration de la Société de son intérêt personnel et contraire et il ne délibérera et ne prendra pas part au vote sur cette affaire; rapport devra être fait au sujet de cette affaire et de l'intérêt personnel de cet administrateur à la prochaine Assemblée Générale. Ce paragraphe ne s'applique pas tant que la Société est gérée par un Administrateur Unique.

Tant que la Société est gérée par un Administrateur Unique, les procès-verbaux de l'Assemblée Générale devront décrire les opérations dans lesquelles la Société et l'Administrateur Unique se sont engagés et dans lesquelles l'Administrateur Unique a un intérêt opposé à celui de la Société.

Les deux paragraphes qui précèdent ne s'appliquent pas aux résolutions du Conseil d'Administration ou de l'Administrateur Unique concernant les opérations réalisées dans le cadre ordinaire des affaires courantes de la Société lesquelles sont conclues à des conditions normales.

Art. 17. Commissaire(s). La surveillance de la Société est confiée à un ou plusieurs commissaires. Ils sont nommés pour un terme n'excédant pas six années.

Art. 18. Exercice social. L'exercice social commencera le premier janvier de chaque année et se terminera le trente et un décembre de la même année.

Art. 19. Affectation des Bénéfices. Il sera prélevé sur le bénéfice net annuel de la Société 5% (cinq pour cent) qui seront affectés à la réserve légale. Ce prélèvement cessera d'être obligatoire lorsque la réserve légale aura atteint 10% (dix pour cent) du capital social de la Société tel qu'il est fixé ou tel que celui-ci aura été augmenté ou réduit de temps à autre, conformément à l'article 5 des Statuts.

L'Assemblée Générale décidera de l'affectation du solde restant du bénéfice net annuel et décidera seule de payer des dividendes de temps à autre, comme elle estime à sa discrétion convenir au mieux à l'objet et à la politique de la Société.

Les dividendes pourront être payés en euros ou en toute autre devise choisie par le Conseil d'Administration de la Société et devront être payés au lieu et place choisis par le Conseil d'Administration de la Société. Le Conseil d'Administration de la Société peut décider de payer des dividendes intérimaires sous les conditions et dans les limites fixées par la Loi.

Art. 20. Dissolution et Liquidation. La Société peut être dissoute, à tout moment, par une décision de l'Assemblée Générale de la Société statuant comme en matière de modifications des Statuts, tel que prescrit à l'article 21 ci-après. En cas de dissolution de la Société, il sera procédé à la liquidation par les soins d'un ou de Page 11 plusieurs liquidateurs (qui peuvent être des personnes physiques ou morales), et qui seront nommés par la décision de l'Assemblée Générale décidant cette liquidation. L'Assemblée Générale déterminera également les pouvoirs et la rémunération du ou des liquidateurs.

Art. 21. Modifications statutaires. Les présents Statuts pourront être modifiés de temps en temps par l'Assemblée Générale extraordinaire, dans les conditions de quorums et de majorité requises par la Loi.

Art. 22. Droit applicable. Toutes les questions qui ne sont pas régies expressément par les présents Statuts seront tranchées en application de la Loi.»

Deuxième résolution

L'assemblée prend acte de la démission des administrateurs et administrateur délégué en place, et leur donne quittance pour l'exercice de leur mandat.

L'assemblée décide de nommer aux fonctions d'administrateur unique Monsieur Latif TALEB, né le 2 octobre 1954 à Tarfilsay (Liban) et demeurant professionnellement quartier Mafanco, B 675, Conakry, République de Guinée.

Son mandat prendra fin lors de l'assemblée générale ordinaire qui aura lieu en 2020.

Evaluation des frais

Le montant des dépenses, frais, rémunérations et charges, sous quelque forme que ce soit, qui incombent à la Société ou qui sont mis à sa charge sont évalués à environ mille euros (EUR 1.000,-).

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

DONT ACTE, fait et passé à Luxembourg, en l'étude du notaire soussigné, date qu'en tête.

Et après lecture faite et interprétation donnée aux comparants, les membres du bureau ont signé avec le notaire le présent acte.

Signé: F. GIBERT, M. ZELLINGER et J. BADEN.

Enregistré à Luxembourg A.C. 1, le 27 octobre 2015. 1LAC / 2015 / 33915. Reçu soixante quinze euros € 75,-

Le Receveur (signé): MOLLING.

- POUR EXPEDITION CONFORME - délivrée à la Société sur demande.

Luxembourg, le 12 novembre 2015.

Référence de publication: 2015183761/261.

(150205213) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 novembre 2015.

Ostwind S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 51, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 201.021.

Les statuts coordonnés suivant l'acte n° 1386 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg. Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015184865/9.

(150206352) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Green Basil S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 6, rue Guillaume Schneider.

R.C.S. Luxembourg B 108.441.

Les statuts coordonnés de la société ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Référence de publication: 2015184687/10.

(150206151) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

HT Holding Luxembourg S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1724 Luxembourg, 3B, boulevard du Prince Henri.

R.C.S. Luxembourg B 165.702.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 12 novembre 2015.

Pour copie conforme

Pour la société

Maître Carlo WERSANDT

Notaire

Référence de publication: 2015184716/14.

(150205924) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

IMS, Inspiring More Sustainability, Association sans but lucratif.

Siège social: L-8070 Bertrange, 33, rue du Puits Romain.
R.C.S. Luxembourg F 7.358.

—
Assemblée Générale Extraordinaire du 20 octobre 2015

Titre I^{er}. Dénomination - Siège social

Art. 2. Son siège social est établi:

33, rue du Puits Romain
L-8070 Bertrange

Il peut être transféré par décision de l'assemblée générale dans toute autre commune du Grand-Duché du Luxembourg. Le conseil d'administration pourra décider de changer l'adresse du siège social à l'intérieur de la commune de Luxembourg.

Titre VI. Assemblée Générale

Art. 16. Tous les membres fondateurs et membres actifs peuvent prendre part à l'assemblée et y ont un droit de vote. Il leur est loisible de s'y faire représenter par un autre membre mais non par un tiers; la procuration doit être écrite.

Titre VII. Composition du conseil d'administration

Art. 28. Au cas où le poste d'un administrateur deviendrait vacant à la suite de décès, démission, retraite ou de révocation, les administrateurs restants délibéreront valablement sans cooptation tant que le nombre des membres du conseil d'administration ne tombe pas en-dessous du minimum requis de 3 membres.

Art. 29. Le nouvel administrateur sera nommé et élu par l'assemblée générale parmi les membres de l'association.

Titre X. Délibérations du conseil d'administration

Art. 44. Le conseil d'administration ne peut délibérer valablement que si la majorité de ses membres est présente ou représentée. Les décisions sont prises à la majorité absolue des voix.

En cas d'urgence et à titre exceptionnel, les membres du conseil d'administration peuvent prendre part à une réunion au moyen d'une conférence téléphonique ou d'un équipement de communication similaire par lequel toutes les personnes participant à la réunion peuvent s'entendre et se parler, la participation à la réunion par de tels moyens vaut présence personnelle à cette réunion.

En cas de partage, la voix de celui qui préside la réunion est prépondérante.

Un membre du conseil d'administration peut se faire représenter par un seul autre membre du conseil d'administration, sans que le nombre de voix par membre ne puisse dépasser deux (2). Le mandat doit être écrit.

Pareil mandat n'est valable que pour une seule réunion.

Titre XI. Signatures

Art. 47. À l'égard des tiers, l'association est valablement engagée, en tout état de cause, par la signature conjointe du président du conseil d'administration et d'un administrateur, ou en cas d'empêchement du président du conseil d'administration, par la signature conjointe de deux (2) administrateurs, dont un sera expressément mandaté par le président du conseil d'administration, en vue de le remplacer dans une telle hypothèse.

Titre XII. Délégation journalière - Comité de pilotage

Art. 49. Le comité exécutif se réunit sur convocation du président du conseil d'administration aussi souvent que l'intérêt de l'Association l'exige.

Le président du conseil d'administration doit convoquer le comité exécutif lorsque deux (2) de ses membres le demandent.

Un membre du comité exécutif ne peut se faire représenter que par un autre membre du comité exécutif.

Un membre du comité exécutif peut se faire représenter par un seul autre membre, sans que le nombre de voix par membre ne puisse dépasser deux (2). En outre, le mandat doit être écrit.

Pareil mandat n'est valable que pour une seule réunion.

Titre XV. Emploi du patrimoine en cas de dissolution

Art. 54. Au cas où l'association viendrait à être dissoute et quel qu'en soit le motif, l'assemblée générale désignera le ou les liquidateurs et déterminera leurs pouvoirs.

En cas de dissolution de l'association, l'actif net sera affecté, après liquidation du passif, à une fondation de droit luxembourgeois ou à une association sans but lucratif reconnue d'utilité publique par arrêté grand-ducal poursuivant une activité analogue à celle prévue à l'article 4 des statuts.

Référence de publication: 2015184732/52.

(150205622) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Kensal Holdings S.à.r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Capital social: GBP 222.000,00.

Siège social: L-1840 Luxembourg, 28, boulevard Joseph II.

R.C.S. Luxembourg B 195.233.

In the year two thousand fifteen, on the fourth of November.

Before Maître Danielle Kolbach, notary, residing in Redange-sur-Attert, acting in replacement of Maître Henri Hellinckx, notary residing in Luxembourg, who will be the depositary of the present deed,

THERE APPEARED:

Resolution IV Holdings S.à.r.l. a Luxembourg société à responsabilité limitée, registered with the Luxembourg Commercial Register under the number B 168.784, whose registered office is at 28, Boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg. Here represented by Arlette Siebenaler, by virtue of a proxy given under private seal.

The said proxy, signed "ne varietur" by the proxyholder of the person appearing and the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed with the registration authorities.

The appearing party, represented as stated hereabove, has requested the undersigned notary to enact the following:

- it is the sole actual partner of Kensal Holdings S.à.r.l., a Luxembourg société à responsabilité limitée, having its registered office at L-1840 Luxembourg, 28, Boulevard Joseph II, incorporated by a deed of Maître Henri HELLINCKX, notary residing in Luxembourg, on March 05, 2015, published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C number 1076 of 24 April 2015, and amended for the last time on the 16th of April 2015, by a deed of Maître Henri HELLINCKX, published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C number 1636 of 2nd of July 2015.

- the Company's capital is set at TWO HUNDRED AND TWENTY-TWO THOUSAND GREAT BRITAIN POUNDS (222,000.-GBP) divided into: (i) one hundred and twenty (120) Ordinary share quotas, (ii) seven hundred (700) Class A share quotas and (iii) one thousand four hundred (1,400) Class B share quotas of ONE HUNDRED GREAT BRITAIN POUNDS (100.-GBP) each;

- the sole partner takes all resolutions about the following agenda:

1) Conversion of the 700 Class A and of the 1,400 Class B share quotas into 2,100 Ordinary share quotas, in order to obtain a total of 2,220 Ordinary share quotas of one hundred Great Britain Pounds (100.-GBP), each;

2) Amendment of the articles six (6), seven (7) and eleven (11) of the articles of association;

- the sole partner takes the following resolutions:

I. It is resolved to convert the 700 (seven hundred) Class A and of the 1,400 (one thousand four hundred) Class B share quotas into 2,100 (two thousand one hundred) Ordinary share quotas, in order to obtain a total of 2,220 (two thousand two hundred) Ordinary share quotas of one hundred Great Britain Pounds (100.-GBP), each.

II. It is resolved to amend article six (6), seven (7) and eleven (11) of the articles of association, to read them as follows:

Art. 6. The capital is set at TWO HUNDRED AND TWENTY-TWO THOUSAND GREAT BRITAIN POUNDS (222,000.-GBP) divided into TWO THOUSAND TWO HUNDRED AND TWENTY Ordinary share quotas (2,220.-), each with a nominal value of one hundred Great Britain Pounds (100 GBP).

Art. 7. The share capital may be changed at any time by a decision of the single partner or by decision of the partners' meeting, in accordance with article 14 of these Articles.

Art. 11. In case the Company is dissolved, the liquidation will be carried out by one or several liquidators who may be but do not need to be Shareholders and who are appointed by the General Meeting of Shareholders who will specify their powers and remunerations.

The Company shall not be dissolved by reason of death, suspension of civil rights, insolvency or bankruptcy of the single partner or of one of the partners.

There being no further business, the meeting is terminated.

The undersigned notary, who knows English, states that on request of the appearing party, the present deed is worded in English, followed by a French version and in case of discrepancies between the English and the French text, the English version will be binding.

WHEREOF, the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day indicated at the beginning of this deed.

The document having been read to the proxyholder of the person appearing, she signed together with the notary the present original deed.

The document having been read to the proxyholder of the person appearing, she signed together with the notary the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède:

L'an deux mille quinze, le quatre novembre.

Pardevant Maître Danielle Kolbach, notaire de résidence à Redange-sur-Attert, agissant en remplacement de Maître Henri Hellinckx, notaire de résidence à Luxembourg, lequel dernier restera le dépositaire de la présente minute,

A COMPARU:

Resolution IV Holdings S.à.r.l., une société à responsabilité limitée, immatriculée auprès du Registre de Commerce sous le numéro B 168.784, avec siège social au 28, Boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg, Ici représentée par Arlette Siebenaler, avec adresse professionnelle à L- 1319 Luxembourg, 101, rue Cents, en vertu d'une procuration sous seing privé, laquelle restera, après avoir été signée "ne varietur par le comparant et le notaire instrumentant, annexée aux présentes.

Lequel comparant, représenté comme il est dit, a requis le notaire instrumentant d'acter ce qui suit:

- il est l'associé unique de Kensal Holdings S.à.r.l., une société à responsabilité limitée, avec siège social au 28, Boulevard Joseph II, L-1840 Luxembourg, constituée devant Maître Henri HELLINCKX, notaire de résidence à Luxembourg en date du 05 mars, 2015, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C number 1076 du 24 avril 2015 et modifié, pour la dernière fois par acte reçu par Maître Henri HELLINCKX, en date du 16 avril 2015, publié au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C number 1636 du 02 juillet 2015

- le capital social de la Société s'élève à DEUX CENT VINGT-DEUX MILLE LIVRES STERLING (222.000.-GBP) divisé en (I) cent vingt (120) parts sociales ordinaires, (ii) 700 parts sociales de Classe A et (iii) 1.400 parts sociales de Classe B de CENT livres sterling (100.-GBP) each;

L'associé unique prend des résolutions par rapport à l' agenda suivant:

1) Conversion des 700 parts sociales de Classe A et des 1,400 parts sociales de Classe B en 2,100 parts sociales Ordinaires d'une valeur nominale de 100 livres sterling (100.-GBP), chacune;

2) Amendement des articles six (6), sept (7) et onze (11) des statuts.

- Que l'associé unique a pris les résolutions suivantes:

I. Il a été décidé de convertir les 700 (sept cents) parts sociales de Classe A et les 1.400 (mille quatre cents) parts sociales de Classe B en 2.100 (deux mille cent) parts sociales ordinaires, d'une valeur nominale de 100 livres sterling (100.-GBP), chacune

II. Il a été décidé de modifier les articles six (6), sept (7) et onze (11) des statuts, afin de les lire comme suit:

Art. 6. Le capital social est fixé à la somme de DEUX CENT VINGT-DEUX MILLE LIVRES STERLING (222.000.-GBP), représenté par DEUX MILLE DEUX CENT VINGT actions ordinaires (2.220), d'une valeur nominale de cent livre sterling (100.-GBP), chacune.

Art. 7. Le capital social peut être modifié à tout moment par une décision de l'associé unique, ou par décision de l'assemblée générale des associés, en conformité avec l'article 14 des présents Statuts.

Art. 11. Dans le cas où la Société est dissoute, la liquidation sera réalisée par un ou plusieurs liquidateurs qui pourront, mais ne devront pas être Associés et qui seront nommés par l'Assemblée Générale des Associés qui spécifiera leurs pouvoirs et rémunérations.

La Société ne sera pas dissoute par suite du décès, de la suspension des droits civils, de l'insolvabilité ou de la faillite de l'associé unique ou d'un des associés.

Plus rien n'étant à l'ordre du jour, la séance est levée.

Le notaire soussigné, qui a personnellement la connaissance de la langue anglaise, déclare que le comparant l'a requis de documenter le présent acte en langue anglaise, suivi d'une version française, et en cas de divergence entre le texte anglais et le texte français, le texte anglais fera foi.

DONT ACTE, fait et passé à Luxembourg, date qu'en tête des présentes.

Et après lecture faite et interprétation donnée au mandataire du comparant, celui-ci a signé le présent acte avec le notaire.

Signé: A. SIEBENALER et D. KOLBACH.

Enregistré à Luxembourg A.C.1, le 10 novembre 2015. Relation: 1LAC/2015/35471. Reçu soixante-quinze euros (75.-EUR)

Le Receveur (signé): P. MOLLING.

- POUR EXPEDITION CONFORME - délivrée à la société sur demande.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Référence de publication: 2015184756/104.

(150205764) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Kensal Holdings S.à.r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.**Capital social: GBP 222.000,00.**

Siège social: L-1840 Luxembourg, 28, boulevard Joseph II.

R.C.S. Luxembourg B 195.233.

Statuts coordonnés déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Référence de publication: 2015184757/11.

(150206293) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Morgarten Luxembourg S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 12.500,00.**

Siège social: L-1661 Luxembourg, 31, Grand Rue.

R.C.S. Luxembourg B 155.663.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire tenue le 16 novembre 2015

Il en résulte dudit procès-verbal que:

- L'Assemblée Générale nomme en tant que Gérante de la Société Madame Célia Neves, ayant son adresse professionnelle au 48, rue d'Eich, L-1460 Luxembourg. La durée du mandat débute au 16 novembre 2015 pour une durée indéterminée.

Pour extrait conforme

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2015185491/15.

(150207185) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Multiplex Luxembourg General Partner S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 75.000,00.**

Siège social: L-1882 Luxembourg, 5, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 121.934.

Par résolutions signées en date du 23 octobre 2015, l'associé unique a pris les décisions suivantes:

1. Acceptation de la démission de Steven Skaar, avec adresse au 99, Bishopsgate, EC2M3XD London, Royaume-Uni, de son mandat de gérant de catégorie A, avec effet immédiat;

2. Nomination de Jean-François Magnée, avec adresse professionnelle au 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxembourg, au mandat de gérant A, avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185492/15.

(150207052) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Multiplex Luxembourg 1 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.**Capital social: EUR 17.500,00.**

Siège social: L-1882 Luxembourg, 5, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 121.935.

Par résolutions signées en date du 23 octobre 2015, l'associé unique a pris les décisions suivantes:

1. Acceptation de la démission de Steven Skaar, avec adresse au 99, Bishopsgate, EC2M3XD London, Royaume-Uni, de son mandat de gérant de catégorie A, avec effet immédiat;

2. Nomination de Jean-François Magnée, avec adresse professionnelle au 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxembourg, au mandat de gérant A, avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.
Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185494/15.

(150207254) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Madev Holding Corporation S.A., SPF, Société Anonyme - Société de Gestion de Patrimoine Familial.

Siège social: L-1855 Luxembourg, 44, avenue J.F. Kennedy.

R.C.S. Luxembourg B 16.532.

Extrait du procès-verbal de l'assemblée générale annuelle des actionnaires du 25 août 2015 à 15.00 heures

L'Assemblée Générale Annuelle des Actionnaires décide à l'unanimité de renouveler les mandats d'administrateur de:

Mrs Kena SHOVAL

Mrs Dominique BOURGER

Mr Pierre KURZ

Leurs mandats viendront à échéance lors de l'assemblée générale annuelle approuvant les comptes arrêtés au 31 mars 2016.

L'Assemblée Générale Annuelle des Actionnaires décide à l'unanimité de renouveler le mandat du Commissaire aux Comptes de:

la société EM AUDIT ET CONSEIL S.A., Genève

Son mandat viendra à échéance lors de l'assemblée générale annuelle approuvant les comptes arrêtés au 31 mars 2016.

Pour extrait conforme

FIDUPAR

Signatures

Référence de publication: 2015185496/21.

(150206597) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

MEDCLEAN Luxembourg S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-8030 Strassen, 163, rue du Kiem.

R.C.S. Luxembourg B 183.701.

Extrait du procès-verbal du conseil d'administration en date du 10 Novembre 2015

Le Conseil d'administration de la Société a approuvé le changement de siège social à partir du 10 Novembre 2015 au 163, rue du Kiem, L-8030 Strassen, Grand Duché de Luxembourg.

Référence de publication: 2015185506/10.

(150206871) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Menarini International Investment S.A. - Luxembourg, Société Anonyme.

Siège social: L-1611 Luxembourg, 1, avenue de la Gare.

R.C.S. Luxembourg B 66.819.

Extrait du Procès-Verbal de l'Assemblée générale Ordinaire des Actionnaires qui a eu lieu le 30 Octobre 2015 au siège social

Il résulte du procès-verbal de l'assemblée générale que:

- l'assemblée a décidé de renouveler le mandat des administrateurs suivants:

Monsieur Jean-Paul CAPELLINI,

Monsieur Giovanni d'AUBERT,

Monsieur Luca BRUNORI

jusqu'à la prochaine assemblée annuelle appelée à statuer sur les comptes annuels de la société au 31 décembre 2015;

- l'assemblée a décidé de renouveler le mandat de Monsieur Giovanni RICCI ARMANI jusqu'à la prochaine assemblée annuelle appelée à statuer sur les comptes annuels de la société au 31 décembre 2015;

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et associations.

Luxembourg, le 30 Octobre 2015.

Pour Menarini International Investments S.A. Luxembourg

Un mandataire

Référence de publication: 2015185507/21.

(150206700) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Merlin Lux Finco 1 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: USD 20.014,00.

Siège social: L-2453 Luxembourg, 2-4, rue Eugène Ruppert.

R.C.S. Luxembourg B 182.047.

Extrait des résolutions prises par l'associé unique de la Société en date du 12 novembre 2015

En date du 12 novembre 2015, l'associé unique de la Société a pris les résolutions suivantes:

- d'accepter la démission de Monsieur Colin North Armstrong de son mandat de gérant de la Société avec effet au 12 novembre 2015;

- de nommer Monsieur Philip Pateman, né le 19 janvier 1970 à Aldershot, Royaume-Uni, résidant professionnellement à l'adresse suivante: 3, Market Close, Poole, Dorset, BH15 1NQ, Royaume-Uni, en tant que nouveau gérant de la Société avec effet au 12 novembre 2015 et ce pour une durée indéterminée,

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Merlin Lux Finco 1 S.à r.l.

Signature

Référence de publication: 2015185486/19.

(150207415) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Multiplex Luxembourg Limited Partner S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 12.500,00.

Siège social: L-1882 Luxembourg, 5, rue Guillaume Kroll.

R.C.S. Luxembourg B 127.250.

Par résolutions signées en date du 23 octobre 2015, l'associé unique a pris les décisions suivantes:

1. Acceptation de la démission de Steven Skaar, avec adresse au 99, Bishopsgate, EC2M3XD London, Royaume-Uni, de son mandat de gérant de catégorie A, avec effet immédiat;

2. Nomination de Jean-François Magnée, avec adresse professionnelle au 5, rue Guillaume Kroll, L-1882 Luxembourg, au mandat de gérant A, avec effet immédiat et pour une durée indéterminée.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 13 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185493/15.

(150207249) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

M.I.O.L. S.A., Menarini International Operations Luxembourg S.A., en abrégé M.I.O.L. S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-1611 Luxembourg, 1, avenue de la Gare.

R.C.S. Luxembourg B 71.334.

Extrait du Procès-Verbal de l'Assemblée générale Ordinaire des Actionnaires qui a eu lieu le 30 Octobre 2015 au siège social

Il résulte du procès-verbal de l'assemblée générale que:

- l'assemblée a décidé de renouveler le mandat des administrateurs suivants

Monsieur Luca Brunori,

Monsieur Sandro Casini,

Monsieur Giovanni d'aubert (en tant qu'administrateur délégué)

Monsieur Attilio Sebastio

Monsieur Thierry Poiraud

jusqu'à la prochaine assemblée annuelle appelée à statuer sur les comptes annuels de la société au 31 décembre 2015;

- l'assemblée a décidé de renouveler le mandat du Réviseur d'Entreprises agréée Pricewaterhousecoopers S.à r.l., 400 route d'Esch, L-1471 Luxembourg jusqu'à la prochaine assemblée annuelle appelée à statuer sur les comptes annuels de la société au 31 décembre 2015;

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 30 Octobre 2015.

Pour Menarini International Operations Luxembourg S.A.

Un mandataire

Référence de publication: 2015185508/24.

(150206701) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Merck Finanz S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 31.000,00.

Siège social: L-1160 Luxembourg, 32-36, boulevard d'Avranches.

R.C.S. Luxembourg B 9.108.

Monsieur Christoph Kossmann, gérant de la Société, a élu domicile au 42 Chemin des Vignes, L-5576 Remich.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 10 Novembre 2015.

Référence de publication: 2015185509/11.

(150206967) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

KCH Even Markt S.à r.l., Société à responsabilité limitée unipersonnelle.

Capital social: EUR 4.106.500,00.

Siège social: L-1460 Luxembourg, 48, rue d'Eich.

R.C.S. Luxembourg B 134.489.

Extrait des résolutions prises lors de l'Assemblée Générale Extraordinaire tenue le 16 novembre 2015

Il en résulte dudit procès-verbal que:

- L'Assemblée Générale prend acte de la fin du mandat de Monsieur Sylvain Kirsch en tant que Gérant de la Société.
- L'Assemblée Générale nomme en tant que Gérante de la Société Madame Célia Neves, ayant son adresse professionnelle au 48, rue d'Eich, L-1460 Luxembourg. La durée du mandat débute au 16 novembre 2015 pour une durée indéterminée.

Pour extrait conforme

Signature

Un mandataire

Référence de publication: 2015185440/16.

(150207288) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 16 novembre 2015.

Le Premier Investment II S.C.A., Société en Commandite par Actions.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 6, rue Guillaume Schneider.

R.C.S. Luxembourg B 104.475.

EXTRAIT

La Société prend acte que le nom de Madame Marina LEBRUN, membre du conseil de surveillance de la Société est modifié en Madame Marina KERNEUR.

De plus, il résulte des résolutions prises lors de l'assemblée générale annuelle des associés de la Société en date du 30 octobre 2015 que:

1. Le mandat de Monsieur Patrick MOINET et Madame Corine CHATY, en tant que membre du conseil de surveillance de la Société, n'a pas été renouvelé.
2. Les personnes suivantes ont été nommées en tant que membre du conseil de surveillance de la Société et ce jusqu'à l'assemblée générale annuelle des associés de la Société qui se tiendra en 2016:
 - Madame Katia CAMBON, née le 24 mai 1972 à Le Raincy (France), demeurant professionnellement au 16, avenue Pasteur, L-2310 Luxembourg, en tant que commissaire; et
 - Madame Delphine BOSENDORF, née le 28 mars 1980 à Messancy (Belgique), demeurant professionnellement au 16, avenue Pasteur, L-2310 Luxembourg, en tant que commissaire.

3. Le mandat de Madame Marina KERNEUR, en tant que membre du conseil de surveillance de la Société, a été renouvelé jusqu'à l'assemblée générale annuelle des associés de la Société qui se tiendra en 2016.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour extrait conforme,

Le 16 novembre 2015.

Référence de publication: 2015185944/25.

(150207640) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 17 novembre 2015.

Deka Vienne Rocher SARL, Société à responsabilité limitée.

Capital social: EUR 137.300.000,00.

Siège social: L-1912 Luxembourg, 3, rue des Labours.

R.C.S. Luxembourg B 159.703.

In the year two thousand and fifteen, on the fifth day of November.

Before Maître Jean-Joseph WAGNER, notary residing in Sanem, Grand-Duchy of Luxembourg, acting in replacement of his prevented colleague Maître Cosita DELVAUX, notary residing in Luxembourg, Grand-Duchy of Luxembourg, the latter named shall remain depositary of the present deed;

THERE APPEARED:

Deka Immobilien Investment GmbH, a private limited liability company, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, duly organized and existing under the laws of Germany, having its registered office at 1, Taunusanlage, D - 60329 Frankfurt am Main and registered with the companies register of Frankfurt am Main, under number HRB 8633 (the "Sole Member"),

duly represented by Mrs. Estelle N'zougou, lawyer, residing professionally at 69, boulevard de la Pétrusse, L-2320 Luxembourg, by virtue of a proxy given under private seal on 13 October 2015.

The said proxy, after having been signed *ne varietur* by the proxy-holder representing the appearing person and by the undersigned notary, will remain annexed to the present deed to be filed at the same time with the registration authorities.

Such appearing person, represented as mentioned above, has requested the undersigned notary to state that:

I. Deka Immobilien Investment GmbH is the sole member of Deka Vienne Rocher S. à r.l., a private limited liability company, société à responsabilité limitée, duly organized and existing under the laws of Luxembourg, having its registered office at 3, rue des Labours, L-1912 Luxembourg and registered with the trade and companies register of Luxembourg under the number B 159.703 (the "Company");

II. The Company was incorporated pursuant to a deed received by Maître Henri Hellinckx, notary residing in Luxembourg, Grand-duchy of Luxembourg, on 21 February 2011, published on 24 June 2011 in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations number 1374.

III. The articles of association of the Company have been lastly amended by a deed enacted by Maître Henri Hellinckx dated 8 April 2014 published on 25 June 2014 in the Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations number 1625.

IV. The agenda of the meeting is the following:

Agenda

1. Acknowledgment of the waiver of the drawing up of the management's report relating to the below-described merger in accordance with paragraph 3 of article 265 of the law dated 10 August 1915 on commercial companies as amended (the "Law");

2. Acknowledgment of the waiver of the drawing up of the independent auditor's report relating to the below-described merger in accordance with paragraph 5 of article 266 of the Law;

3. Approval of the cross-border reverse merger proposal (the "Merger Proposal") drawn-up by the management bodies of both merging companies in relation to the merger whereby the Company will be absorbed by Deka Vienne Rocher PropCo, its 100% held subsidiary (the "Merger");

4. Approval of the audit report issued by an independent auditor in accordance with article L.225-8 of the French commercial code, as applicable by reference to article L.236-10 III of the said code, in relation to the valuation of the Company's assets and liabilities contribution to Deka Vienne Rocher within the Merger (the "Auditor's Report");

5. Acknowledgement of the confirmation letter issued by the Company's management, certifying that no material changes have occurred in the circumstances detailed in the Merger Proposal and the Merger interim accounts since their issuance and ascertaining the deposit at the Company's registered office of all required documents (the "Confirmation Letter");

6. Acknowledgement of the deposit of the documents listed under article 267 of the Law at the registered office of the Company;

7. Approval of (i) the Merger, (ii) the subsequent transfer of all assets and liabilities of the Company to Deka Vienne Rocher PropCo by universal succession of title through a contribution in kind and (iii) the dissolution without liquidation of the Company as a result of the Merger;

8. Full discharge to the managers of the Company;

9. Decision to keep all books and documents of the Company for five years at the registered office of Deka Vienne Rocher PropCo, the absorbing company, or any legal successor thereof;

10. Authorization to any one lawyer of the law firm Wildgen, Partners in Law, to carry out any action necessary or incidental in relation to the present agenda; and

11. Miscellaneous.

V. The Merger Proposal has been duly filed with the Luxembourg trade and companies register on 17 September 2015 and published in the *Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations*, on 23 September 2015, under number 2587, i.e. more than one month before the date of the present resolutions deciding on the Merger.

VI. The following provisions of the Law relating to mergers have been complied with:

- publication in the *Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations* of the Merger Proposal at least one month before the holding of the respective general meetings approving the Merger in accordance with article 262 of the Law;

- deposit of the documents listed under article 267 of the Law at the registered office of both merging companies at least one month before the holding of the respective general meetings approving the Merger.

After due consideration, the Sole Member took the following resolutions:

First resolution

The Sole Member of the Company acknowledged the waiver to its right to the drawing up of the management's report relating to the Merger, granted in accordance with paragraph 3 of article 265 of the Law by resolutions taken on 10 September 2015. Such resolutions will remain attached to the present deed to be registered together with it after having been signed "ne varietur" by the proxyholder and the notary.

Second resolution

The Sole Member of the Company acknowledged the waiver to its right to the drawing up of the independent expert's report relating to the Merger, granted in accordance with paragraph 5 of article 266 of the Law by resolutions taken on 10 September 2015. These are the same resolutions referred to under the first resolution and which will remain attached to the present deed.

Third resolution

The Sole Member of the Company, having duly considered the Merger Proposal approved by the board of managers of the Company in its meeting held on 10 September 2015 and published in the *Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations* number 2587 on 23 September 2015, resolved to approve the Merger Proposal.

Fourth resolution

The Sole Member of the Company, having duly considered the Auditor's Report issued on 30 September 2015, resolved to approve the Auditor's Report.

Fifth resolution

The Sole Member ascertained the deposit at the registered office of the Company of all the required documents (i.e. the Merger Proposal, the annual accounts and the annual reports of the Company for the last three financial years, interim Merger accounts, and the Auditor's Report) at least one month before the taking of the present resolutions, in compliance with article 267 of the Law.

A confirmation letter certifying that no material changes have occurred in the circumstances detailed in the Merger Proposal and the Merger's interim accounts since their issuance and ascertaining the deposit at the registered office of the Company of all these documents, signed by a duly empowered manager of the Company, will remain attached to the present deed to be registered together with it after having been signed "ne varietur" by the proxyholder and the notary.

Sixth resolution

The Sole Member approved, subject to the same approval by the Company acting as sole member of Deka Vienne Rocher PropCo, the reverse cross-border merger whereby the Company will be absorbed by Deka Vienne Rocher PropCo, its 100% held subsidiary, and will cease to exist through a process of dissolution without liquidation of the Company and resolved that the operations of the Company are considered as carried out in the name and on behalf of Deka Vienne Rocher PropCo as from 1 July 2015 from an accounting and tax point of view. The Sole Member acknowledged that the Merger will be effective both inter partes and vis-à-vis third parties as from the completion of the legality scrutiny referred to under article L.236-31 of the French commercial code, i.e. as from the date on which the registrar of Nanterre Commercial Court will issue the legality certificate provided for under article 11 of the Directive 2005/56/EC of the European Parliament and of the Council of 26 October 2005 on cross-border mergers of limited liability companies and article L-236-30 of the French commercial code (the "Merger Effective Date")

The Sole Member approved the subsequent transfer of all the assets and liabilities of the Company to Deka Vienne Rocher PropCo by universal succession of title through a contribution in kind, to be effective on the Merger Effective Date.

The Sole Member approved the dissolution of the Company without liquidation as a result of the Merger, to be effective on the Merger Effective Date.

The Sole Member noted that as a consequence of the approval of the Merger, subject to the same approval by the Company in its capacity as sole member of Deko Vienne Rocher PropCo, the Merger will be completed and have the following consequences ipso jure and simultaneously on the Merger Effective Date:

- the universal transfer through a contribution of all the assets and liabilities of the Company between Deko Vienne Rocher PropCo and the Company as well as against third parties;
- the Sole Member will become the sole member of Deko Vienne Rocher PropCo;
- the Company will cease to exist;
- the corporate units of the Company will be cancelled.

The contribution of all the assets and liabilities of the Company to Deko Vienne Rocher PropCo will be remunerated by allocating 1,371,080 (one million three hundred seventy-one thousand eighty) new shares having a nominal value of EUR 100 (one hundred Euro) each, fully paid up and having the same rights and obligations as the existing shares of Deko Vienne Rocher PropCo. Such new shares will be issued in the framework of a share capital increase of Deko Vienne Rocher PropCo in an amount of EUR 137,108,000 (one hundred thirty-seven million one hundred and eight thousand Euro) and will be allocated to the Sole Member.

Seventh resolution

The Sole Member resolved to grant full discharge to the managers of the Company being Mr. Paul Diederich, Mr. Gerd Kiefer and Mr. Thomas Seidler and Mr. Jakob Schaeffer.

Eighth resolution

The Sole Member resolved to keep all books and documents of the Company for five years at the registered office of Deko Vienne Rocher PropCo, the absorbing company, or to any legal successor thereof.

Ninth resolution

The Sole Member resolved to authorize any one lawyer of the law firm Wildgen, Partners in Law, to carry out any action necessary or incidental in relation to the present agenda.

There being no further business, the meeting was closed.

The amount of expenses, costs, remuneration and charges to be paid by the Company as a result of the present stated deed is estimated at two thousand seven hundred Euro (EUR 2,700.-).

The undersigned notary, who understands and speaks English, stated that at the request of the above appearing person, the present deed is worded in English, followed by a German translation; at the request of the same appearing person and in case of divergence between the English and the German text, the English text shall prevail.

Whereof, the present notarial deed is drawn up in Luxembourg, on the day mentioned at the beginning of this document. The document having been read to the person appearing, he signed together with the notary the present deed.

Es Folgt die Deutsche Fassung des Vorangehenden Textes:

Im Jahre zweitausendfünfzehn, am fünften November,

Vor Uns, Maître Jean-Joseph WAGNER, Notar mit Amtssitz in Sanem, Großherzogtum Luxemburg, handelnd in Vertretung seines verhinderten Kollegen Maître Cosita DELVAUX, Notar mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, der letztgenannte soll der Verwahrer der vorliegenden Urkunde bleiben;

IST ERSCHIENEN:

Deko Immobilien Investment GmbH, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ordnungsgemäß gegründet und bestehend nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland, mit Gesellschaftssitz in Taunusanlage 1, D-60329 Frankfurt am Main und eingetragen im Handelsregister Frankfurt am Main, unter Nummer HRB 8633 (der "Alleingesellschafter"),

ordnungsgemäß vertreten durch Frau Estelle N'zoungou, Rechtsanwältin, beruflich ansässig in 69, boulevard de la Pétrusse, L-2320 Luxemburg, gemäß privatschriftlicher Vollmacht vom 13. Oktober 2015.

Die vorbezeichnete Vollmacht wird, nachdem sie durch die Bevollmächtigte in Vertretung der erschienenen Person und durch den unterzeichneten Notar ne varietur unterzeichnet worden ist, dieser notariellen Urkunde beigelegt bleiben und zeitgleich mit dieser den für die Eintragung zuständigen Behörden übermittelt werden.

Diese erschienene Person, wie oben angegeben vertreten, hat den unterzeichneten Notar gebeten, das Folgende festzuhalten:

I. Deko Immobilien Investment GmbH ist Alleingesellschafter der Deko Vienne Rocher S. à r.l., eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, société à responsabilité limitée, ordnungsgemäß gegründet und bestehend nach den Luxemburger Gesetzen, mit Gesellschaftssitz in 3, rue des Labours, L-1912 Luxemburg und eingetragen im Handels- und Gesellschaftsregister Luxemburg unter Nummer B 159.703 (die "Gesellschaft");

II. Die Gesellschaft wurde gegründet gemäß Urkunde aufgenommen am 21. Februar 2011 durch Notar Maître Henri Hellinckx, mit Amtssitz in Luxemburg, Großherzogtum Luxemburg, veröffentlicht im Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, am 24. Juni 2011 unter Nummer 1374.

III. Die Satzung der Gesellschaft wurde zuletzt abgeändert gemäß Urkunde aufgenommen am 8. April 2014 durch Maître Henri Hellinckx, veröffentlicht im Amtsblatt des Großherzogtums Luxemburg Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations, am 25. Juni 2014 unter Nummer 1625.

IV. Die Tagesordnung der Versammlung lautete wie folgt:

Tagesordnung

1. Bestätigung des Verzichts zur Erstellung eines Geschäftsberichts bezüglich der unten beschriebenen Verschmelzung gemäß Artikel 265 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. August 1915 über Handelsgesellschaften, wie abgeändert (das „Gesetz“);

2. Bestätigung des Verzichts zur Erstellung eines Berichts des unabhängigen Wirtschaftsprüfers bezüglich der unten beschriebenen Verschmelzung gemäß Artikel 266 Absatz 5 des Gesetzes;

3. Genehmigung des Verschmelzungsplan einer grenzüberschreitenden, umgekehrten Verschmelzung (der „Verschmelzungsplan“), aufgestellt durch die Geschäftsführungsorgane beider verschmelzender Gesellschaften in Bezug auf die Verschmelzung, wobei die Gesellschaft durch die Deka Vienne Rocher PropCo, ihrer einhundertprozentigen Tochtergesellschaft, absorbiert werden wird (die „Verschmelzung“);

4. Genehmigung des von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer gemäß Artikel L.225-8 des französischen Handelsgesetzbuchs, wie anwendbar durch Verweis auf Artikel L.236-10 III dieses Gesetzbuchs, erstellten Prüfungsberichts in Bezug auf die Bewertung der Einbringung der Aktiva und Passiva an Deka Vienne Rocher bei der Verschmelzung („Prüfungsbericht“);

5. Bestätigung des von den Geschäftsführern der Gesellschaft erstellten Bestätigungsschreibens, das bescheinigt, dass in Bezug auf die in dem Verschmelzungsplan und dem Verschmelzungszwischenabschluss dargelegten Umstände seit der Erstellung dieser Dokumente keine erheblichen Änderungen eingetreten sind, und in dem die Hinterlegung aller notwendigen Dokumente am Sitz der Gesellschaft festgestellt wird (das „Bestätigungsschreiben“);

6. Bestätigung der Hinterlegung der in Artikel 267 des Gesetzes aufgeführten Unterlagen am Sitz der Gesellschaft;

7. Genehmigung (i) der Verschmelzung, (ii) der nachfolgenden Übertragung aller Aktiva und Passiva der Gesellschaft an Deka Vienne Rocher PropCo durch Gesamtrechtsnachfolge durch eine Sacheinlage und (iii) der Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation infolge der Verschmelzung;

8. Vollständige Entlastung der Geschäftsführer der Gesellschaft;

9. Beschluss, alle Bücher und Unterlagen der Gesellschaft für die Dauer von fünf Jahren am Sitz der Deka Renaissance Vienne Rocher PropCo, der absorbierenden Gesellschaft, oder einem Rechtsnachfolger hiervon aufzubewahren;

10. Bevollmächtigung jedes Rechtsanwalts der Kanzlei Wildgen, Partners in Law, um alle im Zusammenhang mit dieser Tagesordnung erforderlichen oder damit verbundenen Handlungen vorzunehmen; und

11. Verschiedenes.

V. Der Verschmelzungsplan wurde ordnungsgemäß im Luxemburger Handels- und Gesellschaftsregister am 17. September 2015 eingetragen und im Amtsblatt des Großherzogtums Mémorial C, Recueil Spécial des Sociétés et Associations am 23. September 2015 unter Nummer 2587 veröffentlicht, d.h. mehr als einen Monat vor der Beschlussfassung vorliegender Beschlüsse über die Verschmelzung.

VI. Die nachfolgenden Bestimmungen des Gesetzes in Bezug auf Verschmelzungen wurden eingehalten:

- Veröffentlichung des Verschmelzungsplans im Amtsblatt des Großherzogtums Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations mindestens einen Monat vor der Abhaltung der entsprechenden Generalversammlungen zur Genehmigung der Verschmelzung gemäß Artikel 262 des Gesetzes;

- Hinterlegung der in Artikel 267 des Gesetzes aufgeführten Unterlagen am Sitz beider verschmelzenden Gesellschaften mindestens einen Monat vor der Abhaltung der entsprechenden Generalversammlungen zur Genehmigung der Verschmelzung.

Nach eingehender Erörterung, fasste der Alleingesellschafter die folgenden Beschlüsse:

Erster Beschluss

Der Alleingesellschafter der Gesellschaft bestätigte den Verzicht auf sein Recht zur Erstellung eines Geschäftsberichts bezüglich der Verschmelzung, welcher durch die Beschlüsse vom 10. September 2015 gemäß Artikel 265 Absatz 3 des Gesetzes erteilt wurde. Diese Beschlüsse werden, nachdem sie durch die Bevollmächtigte und den Notar „ne varietur“ unterzeichnet worden sind, gegenwärtiger Urkunde beigelegt bleiben, um gemeinsam mit dieser registriert zu werden.

Zweiter Beschluss

Der Alleingesellschafter der Gesellschaft bestätigte den Verzicht auf sein Recht zur Erstellung eines Berichts des unabhängigen Wirtschaftsprüfers bezüglich der Verschmelzung, welcher durch die Beschlüsse vom 10. September 2015 gemäß Artikel 266 Absatz 5 des Gesetzes erteilt wurde. Es handelt sich um die gleichen unter dem ersten Beschluss bezeichneten Beschlüsse, welche gegenwärtiger Urkunde beigelegt bleiben werden.

Dritter Beschluss

Der Alleingesellschafter der Gesellschaft beschloss nach gebührender Prüfung des Verschmelzungsplans, welcher durch die Geschäftsführung der Gesellschaft in ihrer am 10. September 2015 abgehaltenen Sitzung genehmigt und im Amtsblatt des Großherzogtums Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations am 23. September 2015 unter Nummer 2587 veröffentlicht wurde, den Verschmelzungsplan zu genehmigen.

Vierter Beschluss

Der Alleingesellschafter der Gesellschaft beschloss nach gebührender Prüfung des am 30. September 2015 ausgegebenen Prüfungsberichts, den Prüfungsbericht zu genehmigen.

Fünfter Beschluss

Der Alleingesellschafter stellte fest, dass die Hinterlegung der notwendigen Dokumente (d.h. der Verschmelzungsplan, die Jahresabschlüsse und die Jahresberichte der Gesellschaft für die letzten drei Geschäftsjahre, der Verschmelzungszwischenabschluss und der Prüfungsbericht) mindestens einen Monat bevor die vorliegenden Beschlüsse getroffen werden, gemäß Artikel 267 des Gesetzes am Sitz der Gesellschaft erfolgt ist.

Ein durch einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Geschäftsführer der Gesellschaft unterzeichnetes Bestätigungsschreiben zur Bescheinigung, dass keine wesentlichen Änderungen in den im Verschmelzungsplan und Verschmelzungszwischenabschluss näher ausgeführten Umständen seit deren Ausgabe aufgetreten sind, und zur Feststellung der Hinterlegung aller Unterlagen am Sitz der Gesellschaft, wird, nachdem sie durch die Bevollmächtigte und den Notar „ne varietur“ unterzeichnet worden sind, gegenwärtiger Urkunde beigefügt bleiben, um gemeinsam mit dieser registriert zu werden.

Sechster Beschluss

Der Alleingesellschafter genehmigte, vorbehaltlich der gleichen Genehmigung durch die Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Alleingesellschafter der Deka Vienne Rocher PropCo, die umgekehrte, grenzüberschreitende Verschmelzung, wobei die Gesellschaft durch die Deka Vienne Rocher de Wagram PropCo, ihre einhundertprozentige Tochtergesellschaft, absorbiert werden und durch einen Auflösungsprozess ohne Liquidation nicht mehr existieren wird, und beschloss, dass die Geschäfte der Gesellschaft ab dem 1. Juli 2015 aus buchhalterischer und steuerlicher Sicht als im Namen und im Auftrag der Deka Vienne Rocher PropCo vorgenommene Tätigkeiten gelten. Der Alleingesellschafter bestätigt, dass die Verschmelzung zwischen den Beteiligten und gegenüber Dritten ab dem Zeitpunkt des Abschlusses der rechtlichen Prüfung gemäß Artikel L.236-31 des französischen Handelsgesetzbuchs wirksam sein wird, d.h. ab dem Datum, an dem die Registrar des Handelsgericht Nanterre die Bescheinigung der Rechtmässigkeit gemäß Artikel 11 der Richtlinie 2005/56/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2005 über die Verschmelzung von Kapitalgesellschaften aus verschiedenen Mitgliedstaaten und gemäß Artikel L.236-30 des französischen Handelsgesetzbuchs ausgibt („Wirksamkeitsdatum der Verschmelzung“).

Der Alleingesellschafter genehmigte die nachfolgende Übertragung aller Aktiva und Passiva der Gesellschaft an die Deka Renaissance de Wagram PropCo im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Einbringung einer Sacheinlage, die am Wirksamkeitsdatum der Verschmelzung wirksam sein soll.

Der Alleingesellschafter genehmigte die Auflösung der Gesellschaft ohne Liquidation infolge der Verschmelzung, die am Wirksamkeitsdatum der Verschmelzung wirksam sein soll.

Der Alleingesellschafter stellte fest, dass infolge der Genehmigung der Verschmelzung und vorbehaltlich der gleichen Genehmigung durch die Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als Alleingesellschafter der Deka Vienne Rocher PropCo die Verschmelzung abgeschlossen sein und folgende Auswirkungen ipso jure und gleichzeitig am Wirksamkeitsdatum der Verschmelzung haben wird:

- die Übertragung aller Aktiva und Passiva der Gesellschaft im Wege der Gesamtrechtsnachfolge durch Einlage ist gültig sowohl zwischen Deka Vienne Rocher PropCo und der Gesellschaft als auch gegenüber Dritten;
- der Alleingesellschafter wird Alleingesellschafter der Deka Vienne Rocher PropCo werden;
- die Gesellschaft wird nicht mehr bestehen;
- die Anteile der Gesellschaft werden annulliert werden.

Die Einbringung aller Aktiva und Passiva der Gesellschaft in die Deka Vienne Rocher PropCo wird durch die Zuteilung von 1.371.080 (einer Million dreihunderteinundsiebzigtausend achtzig) neuen Anteilen mit einem Nominalwert von je EUR 100 (einhundert Euro) vergütet, die voll eingezahlt und mit den gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet sind wie die bestehenden Anteile der Deka Vienne Rocher PropCo. Diese neuen Anteile werden im Rahmen der Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Deka Renaissance de Wagram PropCo S.à r.l. in Höhe von EUR 137.108.000 (einhundertsiebenunddreißig Millionen einhunderachttausend Eurp) ausgegeben und dem Alleingesellschafter zugeteilt.

Siebter Beschluss

Der Alleingesellschafter beschloss den Geschäftsführern der Gesellschaft, Herrn Paul Diederich, Herrn Gerd Kiefer, Herrn Thomas Seidler und Herrn Jakob Schaeffer, vollständige Entlastung zu erteilen.

Achter Beschluss

Der Alleingesellschafter beschloss, alle Bücher und Unterlagen der Gesellschaft für die Dauer von fünf Jahren am Sitz der Deka Vienne Rocher PropCo, der absorbierenden Gesellschaft, oder einem Rechtsnachfolger hiervon aufzubewahren.

Neunter Beschluss

Der Alleingesellschafter beschloss, jeden Rechtsanwalt der Kanzlei Wildgen, Partners in Law zu bevollmächtigen, alle im Zusammenhang mit dieser Tagesordnung erforderlichen oder damit verbundenen Handlungen vorzunehmen.

Da die Tagesordnung somit erledigt ist, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Ausgaben, Kosten, Vergütungen und Auslagen, die der Gesellschaft aus der vorliegenden Urkunde entstehen, werden auf ungefähr zweitausendsiebenhundert Euro (EUR 2.700,-) geschätzt.

Der unterzeichnende Notar, der die englische Sprache spricht und versteht, stellt hiermit fest, dass auf Antrag der Erschienenen, die vorliegende Urkunde in Englisch abgefasst werden soll, gefolgt von einer deutschen Fassung und im Fall von Abweichungen zwischen dem englischen und deutschen Wortlaut, die englische Fassung Vorrang haben soll.

WORÜBER, die vorliegende Urkunde wird am Tag, wie eingangs dieser Urkunde genannt, in Luxemburg erstellt.

Nach Verlesung der Urkunde vor den Erschienenen, wurde die vorliegende Urkunde von diesen zusammen mit Uns, dem Notar, unterzeichnet.

Gezeichnet: E. N'ZOUNGOU, J. J. WAGNER.

Enregistré à Luxembourg Actes Civils 1, le 06 novembre 2015. Relation: 1LAC/2015/35183. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €.

Le Receveur (signé): P. MOLLING.

FUER GLEICHLAUTENDE AUSFERTIGUNG, zwecks Hinterlegung im Handels- und Gesellschaftsregister und zum Zwecke der Veröffentlichung im Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxemburg, den 12. November 2015.

Me Cosita DELVAUX.

Référence de publication: 2015183694/292.

(150205351) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 novembre 2015.

PayPal 2 S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Capital social: USD 3.340.000.000,00.

Siège social: L-2449 Luxembourg, 22-24, boulevard Royal.

R.C.S. Luxembourg B 127.758.

In the year two thousand and fifteen, the twenty-seventh day of October, before Maître Jacques Kessler, notary residing in Pétange, Grand Duchy of Luxembourg,

there appears

Simon Joly, lawyer, professionally residing in Luxembourg,

acting in the name and on behalf of the board of managers of PayPal 2 S.à r.l., a Luxembourg private limited liability company (société à responsabilité limitée), with registered office at 22-24, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg, registered with the Luxembourg Trade and Companies Register under number B 127.758 (the Company), by virtue of a resolution taken by the board of managers of the Company (the Board of Managers) on 21 October 2015.

An extract of the resolutions of the Board of Managers including the above-mentioned resolution of the Board of Managers will remain attached to the present deed after having been signed by the appearing person and the undersigned notary.

The appearing person declares and requests the notary to record that:

(a) The Company was incorporated on 18 April 2007 pursuant to a deed of Maître Joëlle Baden, notary residing in Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C-N°1318 of 29 June 2007. The articles of association of the Company (the Articles) have been amended several times and for the last time on 20 August 2015 pursuant to a deed of Maître Jacques Kessler, notary residing in Pétange, Grand Duchy of Luxembourg, published in the Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations C-N°2910 of 22 October 2015. The Company has its registered office at 22-24, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg, and is registered with the Luxembourg Trade and Companies Register under the number B 127.758.

(b) The Company had a subscribed and entirely paid up share capital set at USD 3,140,000,000 (three billion one hundred and forty million dollars of the United States of America) represented by 3,140,000 (three million one hundred and forty thousand) shares having a nominal value of USD 1,000 (one thousand dollars of the United States of America) each.

(c) Article 5 of the Articles authorises the Board of Managers to increase the share capital of the Company and to issue new shares under the authorised share capital, subject to the limitations set forth therein.

(d) The Board of Managers resolved on 21 October 2015 to, inter alia:

(i) Increase the share capital of the Company by an amount of USD 200,000,000 (two hundred million dollars of the United States of America) in order to raise it to USD 3,340,000,000 (three billion three hundred and forty million dollars of the United States of America) (the Share Capital Increase), by the creation and issuance of 200,000 (two hundred thousand) new shares of the Company having a nominal value of USD 1,000 (one thousand dollars of the United States of America) each (the New Shares) for a total subscription and issue price of USD 200,000,000 (two hundred million dollars of the United States of America) (the Subscription Price); and

(ii) authorise and empower any lawyer of the law firm Allen & Overy, société en commandite simple, registered on list V of the Luxembourg bar, itself represented by any lawyer practising within, or employee of, Allen & Overy, société en commandite simple, all with professional address at 33, Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand Duchy of Luxembourg, to individually, with full power of substitution, appear, within a month of the completion of the Share Capital Increase and the issuance of the New Shares, as the representative of the Board of Managers before any notary public in Luxembourg to (i) register the Share Capital Increase and issuance of the New Shares, (ii) amend the articles of association of the Company accordingly and (iii) do any and all things which may be necessary or useful in connection therewith.

(e) In accordance with article 5 of the Articles and pursuant to the authority given above, Simon Joly, pre-named, acting in the name and on behalf of the Board of Managers, requests the notary to record the Share Capital Increase and the creation and issuance of the New Shares.

(f) Thereupon, Simon Joly, pre-named, declares that the Board of Managers has accepted the subscription on 21 October 2015 of the New Shares by PayPal PTE. LTD., being the sole shareholder of the Company, by way of a contribution in cash in an aggregate amount of USD 200,000,000 (two hundred million dollars of the United States of America).

The above contribution in cash in an aggregate amount of USD 200,000,000 (two hundred million dollars of the United States of America) was allocated to the share capital of the Company.

All the New Shares having been subscribed and fully paid up in cash by the subscriber, the total amount of USD 200,000,000 (two hundred million dollars of the United States of America) has been at the disposal of the Company.

(g) As a consequence of the Share Capital Increase, the first paragraph of article 5 of the Articles is amended so that it shall henceforth read as follows:

"The subscribed share capital of the Company is set at three billion three hundred and forty million dollars of the United States of America (USD 3,340,000,000) represented by three million and three hundred forty thousand (3,340,000) shares of one thousand dollars of the United States of America (USD 1,000) each."

The undersigned notary who understands and speaks English, states herewith that on request of the appearing person, the present deed is drawn up in English followed by a French version. At the request of the same appearing person, it is stated that, in case of discrepancies between the English and the French texts, the English version shall prevail.

Whereof, the present notarial deed was drawn up in Luxembourg, on the day named at the beginning of this document.

The document having been read to the appearing person, the appearing person signed together with us, the notary, the present original deed.

Suit la traduction française du texte qui précède

L'an deux mille quinze, le vingt-septième jour du mois d'octobre, par-devant Maître Jacques Kessler, notaire de résidence à Pétange, Grand Duché de Luxembourg,

comparaît

Simon Joly, avocat, demeurant professionnellement à Luxembourg,

agissant au nom et pour compte du conseil de gérance de PayPal 2 S.à r.l., une société à responsabilité limitée de droit luxembourgeois, ayant son siège social à 22-24, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg, enregistrée au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 127.758 (la Société), en vertu d'une décision prise par le conseil de gérance de la Société (le Conseil de Gérance) le 21 octobre 2015.

Un extrait des résolutions du Conseil de Gérance contenant ladite décision du Conseil de Gérance restera annexé au présent acte après avoir été signé par le comparant et le notaire instrumentant.

Le comparant déclare et requiert le notaire d'enregistrer ce qui suit:

(a) La Société a été constituée le 18 avril 2007 suivant un acte de Maître Joëlle Baden, notaire de résidence à Luxembourg, Grand-Duché de Luxembourg, lequel acte a été publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations N°1318 du 29 juin 2007. Les statuts de la Société (les Statuts) ont été modifiés plusieurs fois et pour la dernière fois le 20 août 2015 suivant un acte de Maître Jacques Kessler, notaire de résidence à Pétange, Grand Duché de Luxembourg, lequel acte a été publié au Mémorial C, Recueil des Sociétés et Associations N°2910 du 22 octobre 2015. La Société a son siège social à 22-24, boulevard Royal, L-2449 Luxembourg, et est enregistrée au Registre de Commerce et des Sociétés de Luxembourg sous le numéro B 127.758.

(b) La Société disposait d'un capital social souscrit et entièrement libéré de 3.140.000.000 USD (trois milliards cent quarante millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique), représenté par 3.140.000 (trois millions cent quarante mille) parts sociales ayant une valeur nominale de 1.000 USD (mille dollars des Etats-Unis d'Amérique).

(c) L'article 5 des Statuts autorise le Conseil de Gérance à augmenter le capital de la Société et à émettre des nouvelles parts sociales dans le cadre du capital autorisé et dans les limites prévues à cet article.

(d) Le Conseil de Gérance a décidé le 21 octobre 2015 notamment:

(i) d'augmenter le capital social de la Société d'un montant de 200.000.000 USD (deux cent millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique) afin de le porter à 3.340.000.000 USD (trois milliards trois cent quarante millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique) (l'Augmentation de Capital) par la création et l'émission de 200.000 (deux cent mille) nouvelles parts sociales de la Société d'une valeur nominale de 1.000 USD (mille dollars des Etats-Unis d'Amérique) (les Nouvelles Parts Sociales) de telle manière que le montant total de souscription et le prix d'émission est égal à 200.000.000 USD (deux cent millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique) (le Prix de Souscription); et

(ii) d'autoriser et de donner pouvoir individuellement au cabinet d'avocats Allen & Overy, société en commandite simple, société d'avocats inscrite à la liste V du barreau de Luxembourg, elle-même représentée par tout avocat exerçant au sein, ou employé d'Allen & Overy, société en commandite simple, tous ayant comme adresse professionnelle 33, Avenue J.F. Kennedy, L-1855 Luxembourg, Grand Duché of Luxembourg, avec plein pouvoir de substitution, afin de représenter, dans le mois de la réalisation de l'Augmentation de Capital et de l'émission des Nouvelles Parts Sociales, le Conseil de Gérance devant un notaire luxembourgeois afin (i) d'acter l'Augmentation de Capital et l'émission des Nouvelles Parts Sociales, (ii) de modifier les statuts de la Société en conséquence et (iii) de procéder à toutes les actions nécessaires ou utiles en relation avec ceci.

(e) En vertu des dispositions précitées de l'article 5 des Statuts et conformément à l'autorisation donnée ci-dessus, Simon Joly, précité, agissant au nom et pour compte du Conseil de Gérance, requiert le notaire instrumentant d'acter l'Augmentation de Capital et l'émission des Nouvelles Parts Sociales.

(f) A la suite de quoi, Simon Joly, précité, déclare que le Conseil de Gérance a accepté le 21 octobre 2015 la souscription des Nouvelles Parts Sociales par PayPal PTE. LTD., l'associé unique de la Société, au moyen d'un apport en numéraire de 200.000.000 USD (deux cent millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique).

L'apport en numéraire ci-dessus de 200.000.000 USD (deux cents millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique) a été alloué au capital social de la Société.

Toutes les Nouvelles Parts Sociales ayant été souscrites et entièrement libérées au moyen d'un apport en numéraire par le souscripteur, la somme totale de 200.000.000 USD (deux cents millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique) a été à la disposition de la Société.

(g) A la suite de l'Augmentation de Capital, le premier paragraphe de l'article 5 des Statuts est modifié et aura désormais la teneur suivante:

"Le capital social souscrit de la Société est fixé à la somme de trois milliards trois cent quarante millions de dollars des Etats-Unis d'Amérique (3.340.000.000 USD) représenté par trois millions trois cent quarante mille (3.340.000) parts sociales d'une valeur nominale de mille dollars des Etats-Unis d'Amérique (1.000 USD) chacune."

Le notaire soussigné, qui comprend et parle anglais, déclare qu'à la requête du comparant, le présent acte a été établi en anglais, suivi d'une version française. A la requête du comparant, et en cas de divergences entre les versions anglaise et française, la version anglaise fera foi.

Dont acte, passé, date qu'en tête des présentes, à Luxembourg.

Et après lecture faite au comparant, le comparant a signé ensemble avec le notaire l'original du présent acte.

Signé: Joly, Kessler.

Enregistré à Esch/Alzette Actes Civils, le 29 octobre 2015. Relation: EAC/2015/25221. Reçu soixante-quinze euros 75,00 €.

Le Receveur ff. (signé): M. Halsdorf.

POUR EXPEDITION CONFORME.

Référence de publication: 2015184140/132.

(150205262) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 12 novembre 2015.

I.C.S. S.à r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1627 Luxembourg, 7, rue Giselbert.

R.C.S. Luxembourg B 16.881.

Les comptes annuels au 31 décembre 2014 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015193517/2.

(150216727) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.

German Retail Portfolio 2 S.à.r.l., Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-2633 Senningerberg, 6D, route de Trèves.

R.C.S. Luxembourg B 116.968.

Les comptes annuels au 31/12/2013 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Pour la société

Signature

Référence de publication: 2015193453/11.

(150217105) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.

Global I.T. SOLUTIONS, Société à responsabilité limitée.

Siège social: L-1511 Luxembourg, 119, avenue de la Faïencerie.

R.C.S. Luxembourg B 162.542.

Les comptes annuels au 31.12.2012 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

GLOBAL I.T. SOLUTIONS S.à r.l.

Référence de publication: 2015193456/10.

(150217019) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.

GIA Finance S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-2522 Luxembourg, 6, rue Guillaume Schneider.

R.C.S. Luxembourg B 173.249.

Les comptes annuels au 31 décembre 2014 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Luxembourg, le 27 novembre 2015.

Référence de publication: 2015193470/10.

(150217433) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.

Global Logistic Solutions Luxembourg S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-9061 Ettelbruck, 26, rue Michel Rodange.

R.C.S. Luxembourg B 136.653.

Les comptes annuels au 31 décembre 2014 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Signature.

Référence de publication: 2015193472/10.

(150216866) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.

Guillaume Invest S.A., Société Anonyme.

Siège social: L-5254 Sandweiler, 31, rue Batty Weber.

R.C.S. Luxembourg B 37.599.

Les comptes annuels au 31 décembre 2014 ont été déposés au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg.

Pour mention aux fins de la publication au Mémorial, Recueil des Sociétés et Associations.

Référence de publication: 2015193480/9.

(150216707) Déposé au registre de commerce et des sociétés de Luxembourg, le 1^{er} décembre 2015.
